

## A1 K-1: Präambel

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1. Präambel

Berlin ist wunderbar und hat noch viel mehr Potential. Wir haben die Vision einer klimaneutralen, lebenswerten und gerechten, einer offenen und freien Weltstadt.

Mit Mut im

Herzen und voller Tatkraft sind wir 2016 angetreten, genau dafür zu arbeiten.

Wir waren die

Neuen, die Regierungsverantwortung übernommen haben. Wir haben gekämpft und wir haben viel

erreicht. Nun verlangt uns allen die Corona-Krise viel ab. Wir sind uns aber

sicher: Diese

Stadt hat alles, was es braucht, um gerechter und ökologischer und krisenfester zu werden.

Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

Es geht aufwärts in Berlin

Gemeinsam bauen wir auch in Zeiten einer Pandemie die klimaneutrale und solidarische Stadt.

Eine Metropole, in der allen Menschen alle Wege offenstehen – gleich ob sie reich oder arm,

jung oder alt sind, wen sie lieben, an wen sie glauben, wie sie aussehen oder wo sie geboren

wurden. Eine Großstadt mit gesunden Bäumen, frischer Luft, klarem Wasser in der Spree und

schnellem Netz auf dem Smartphone. Mit Fahrradwegen und Elektrobussen, mit Solarpaneelen auf

den Dächern und frisch sanierten Schulen, mit ausreichend Kitaplätzen und gesundem Essen aus

der Region, mit weniger Müll, mehr BVG, zuverlässigen, digitalen

Bürger\*innendiensten, mit

guter ärztlicher Versorgung in ganz Berlin, dem Wochenmarkt und dem Einzelhandel in der Nähe

und der Kiezkneipe an der Ecke.

Über Jahrzehnte wurde in Berlin für das Auto geplant, die „autogerechte Stadt“ in Beton

gegossen. Nun ist die Verkehrswende eingeleitet. Überall entstehen Fahrradwege, mit Autos

verstopfte Kieze werden langsam zu neuen Lebensräumen. Mieter\*innen dieser Stadt leiden

immer noch darunter, dass landeseigene Wohnungen verscherbelt wurden. Heute

kämpfen wir

gemeinsam mit ihnen um jedes Haus, kaufen Wohnungen an, stärken den Neubau und haben die

---

43 Mieten gedeckelt. Wir haben das „Ausländeramt“ zum „Einwanderungsamt“ gemacht,  
44 haben  
45 Kohlekraftwerke abgeschaltet und investieren viel Geld, um die Schulen zu  
46 sanieren, die wir  
47 in miserablen Zustand vorgefunden haben. Nach jahrelangem Sparen haben wir  
48 wieder Personal  
49 in Ämtern und Verwaltung eingestellt und Hunderte U-Bahn-Wagen und Elektrobusse  
50 für die BVG  
51 geordert. Jahrzehntlang wurde Berlin kaputtgespart und zubetoniert. Diese  
52 Versäumnisse  
53 lassen sich nur mühsam beheben. Aber die Wende haben wir eingeleitet: Wir  
54 erhalten und  
55 schaffen neue Freiräume für Wirtschaft, Kultur, die Freigeister dieser Stadt und  
56 das Leben.  
57 Die Natur kehrt nach Berlin zurück, neue Bäume wachsen, Dächer werden begrünt.  
58 Über 100.000  
59 neue Jobs sind entstanden und in unserer Stadt gilt heute der bundesweit höchste  
60 Mindestlohn. Es geht aufwärts in Berlin.

61 Die Substanz bewahren und die Stadt entwickeln

62 Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig das ist, was wir begonnen haben. Wir haben  
63 beherzt  
64 gehandelt, um den vielen Solo-Selbstständigen, Kulturschaffenden und kleinen  
65 Betrieben  
66 unserer Stadt schnell und unkompliziert zu helfen. In der Krise wurde deutlich,  
67 wie richtig  
68 es war, dass wir seit 2016 in die Widerstandsfähigkeit und Stabilität Berlins  
69 investiert  
70 haben: Investitionen in die Krankenhäuser, in die Digitalwirtschaft, der massive  
71 Wiederaufbau von Personal in den Bezirksämtern, die Sicherheit, dass die Kosten  
72 der  
73 Unterkunft übernommen werden, wenn es knapp wird – all das sind wir vor der  
74 Krise  
75 angegangen. In der Krise war unsere solide öffentliche Grundversorgung mit einem  
76 stabilen  
77 Gesundheits- und Sozialsystem die Basis, die unsere Stadt zusammenhielt. Die  
78 Krise hat uns  
79 darin bestätigt, dass sich das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur  
80 bitter rächen  
81 kann. Auch die vielen Pop-up-Radwege, die in der Krise die Bewegungsfreiheit auf  
82 Abstand  
83 erleichtert haben, beruhten auf jahrelanger Planung zur Umgestaltung des  
84 öffentlichen Raums.  
85 Nach der Krise ist diese Substanz nun die Basis, auf der wir unsere große Vision  
86 der Stadt  
87 weiterbauen.

88 Die Herausforderungen sind enorm und wir brauchen Mut, sie entschlossen  
89 anzugehen. Wir  
90 müssen jetzt die Klimakatastrophe stoppen, denn wir werden die letzte Generation  
91 sein, die  
92 dazu die Chance haben wird. Wir müssen jetzt entschieden handeln, wenn

93 Verdrängung und  
94 soziale Spaltung zwischen Arm und Reich unsere Gesellschaft zu zerreißen drohen.  
95 Und wir  
96 müssen uns jetzt Rechtsextremist\*innen und Populist\*innen entgegenstellen, die  
97 dazu  
98 aufrufen, unsere demokratische und weltoffene Gesellschaft zu zerstören. Nie war  
99 es  
100 dringlicher, diese Herausforderungen anzugehen.

101 Wir haben einen Auftrag...

102 Berlin hat alles, um gerechter und ökologischer aus der Krise zu kommen, als es  
103 hineingegangen ist. Aber Berlin muss sich jetzt dafür entscheiden.

104 Wenn Berlin sich dafür entscheidet, können wir gemeinsam das Klima schützen und  
105 die  
106 Verkehrswende voranbringen, lebendige Kieze entwickeln und Wohnen bezahlbar  
107 halten, die  
108 Wirtschaft ökologisch modernisieren und Arbeitsplätze schaffen, Kitas und  
109 Schulen  
110 zukunftsfest machen, eine freie und offene Gesellschaft sichern und unsere  
111 Demokratie  
112 bewahren. Nach fünf Jahren grüner Regierungsbeteiligung haben wir die Wende  
113 eingeleitet, mit  
114 einem Auftrag für fünf Jahre an der Spitze kann noch viel mehr gelingen.

115 ...und schmieden Bündnisse für die Zukunft

116 Diese Stadt erfolgreich zu führen, heißt die Bündnisarbeit zur politischen  
117 Methode zu  
118 erheben. Alleine werden wir unsere Vision nicht verwirklichen können. Deshalb  
119 haben wir auch  
120 für dieses Programm mit Zukunftskräften dieser Stadt zusammengearbeitet –  
121 Initiativen,  
122 Umweltverbände, Gewerkschaften, Wissenschaftler\*innen, Glaubensgemeinschaften  
123 und  
124 Unternehmen haben uns beraten. Und gemeinsam mit allen, die für Berlin brennen,  
125 können wir  
126 auch die Aufgaben bewältigen: Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der es egal  
127 ist, woher man  
128 kommt, und nur zählt, wohin wir gemeinsam gehen wollen. Berlin zu einer Stadt  
129 umzubauen, in  
130 der Unterschiede ausgehalten werden, in der Babys und Beats, Bienen und Bauen  
131 ihren Platz  
132 finden. Berlin zu einer Stadt umzubauen, in der radikale Ideen zu vernünftigen  
133 Lösungen  
134 werden können. Daran wollen wir weiter arbeiten. Die Zukunft liegt in unserer  
135 Hand.

## A2 K-2 Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 2. Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und 2 Natur

3 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume  
4 und Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das  
5 Nahrungsangebot für Insekten, Vögel und Säugetiere wird spürbar weniger.  
6 Menschen leiden unter gesundheitlichen Problemen – besonders Ältere, kleine  
7 Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen Wetterlagen werden noch stärker  
8 zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin fit für die Klimakrise zu machen und  
9 auch auf Klimaanpassung zu setzen. Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben: zu  
10 einer Metropole, in der ökologische Verantwortung, moderne Infrastruktur und  
11 eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern Grundpfeiler  
12 einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Noch ist Berlin eine der grünsten  
13 Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen Lebensqualität und schaffen  
14 ein angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere Stadt, sind  
15 Lebensraum für viele Tiere und binden CO<sub>2</sub>. Doch auch diese wichtige Stadtnatur  
16 ist durch die Erderwärmung gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für  
17 unsere Existenzgrundlage auf diesem Planeten. Das Zeitfenster, sie ganz  
18 abzuwenden, haben wir bereits verpasst. Aber noch können wir die schlimmsten  
19 Folgen abmildern. Dafür müssen wir jetzt handeln!

#### 20 Klimaneutrales Berlin

21 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser  
22 Klimaabkommens einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu  
23 kommen. Deshalb haben wir Grüne in den letzten Jahren in der rot-rot-grünen  
24 Koalition – auch gegen Widerstände – eine ambitionierte Klimapolitik  
25 eingefordert und vorgebracht. Der Aufholbedarf war groß, nachdem die  
26 Klimapolitik in Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir  
27 haben zwei von vier Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin  
28 als erstes Bundesland die Klimanotlage ausgerufen hat. Wir wollen die  
29 gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch auf den Dächern der Stadt zu 100  
30 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig soll auf allen Neubauten  
31 verpflichtend eine Solaranlage installiert werden. Die Berliner Stadtwerke  
32 werden für fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und  
33 Wärmeversorgung der Urban Tech Republic übernommen und mit dem größten in  
34 Berlin-Brandenburg genehmigten Windpark Albertshof erneuerbare Energien für  
35 30.000 Haushalte ans Netz genommen. Der vollständige Rückkauf des Berliner  
36 Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht  
37 endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt.  
38 Um den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein  
39 neues Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine  
40 klimaschonende Wärmeversorgung geschaffen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau  
41 der erneuerbaren Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030  
42 alle Kohlekraftwerke in Berlin vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den  
43 1,5-Grad-Pfad bringen.

## 44 Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt

45 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden  
46 Ort der Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb  
47 ist unser Ziel, dass alle Menschen in Berlin rasch, bequem und klimaneutral  
48 unterwegs sein können. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto  
49 mehr Platz bleibt für diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

50 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den  
51 Mittelpunkt der städtischen Mobilitätsplanung. Dies schützt nicht nur das Klima,  
52 sondern nimmt auch alle Berliner\*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto  
53 leisten können oder wollen, denn sie sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV  
54 sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür haben wir Grüne ein bundesweit  
55 einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr, zweitgrößten  
56 Verursacher von CO<sub>2</sub> in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu machen.

57 Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Planung von  
58 Verkehrsstraßen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel vor dem Autoverkehr zu  
59 berücksichtigen sind. Viele Berliner\*innen sind bereits auf das Fahrrad und den  
60 ÖPNV umgestiegen. Das liegt nicht nur an der wachsenden Anzahl von Radwegen in  
61 der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich breiter und  
62 sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in  
63 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals  
64 ausschließlich Autos vorbehalten waren, für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen  
65 geöffnet haben. An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere  
66 Straßen werden bald schon folgen – egal ob temporär oder dauerhaft.

67 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit  
68 auch die Gesundheit der Menschen an besonders feinstaubbelasteten Straßen. Sie  
69 erkranken nicht nur öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-  
70 Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut,  
71 dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben und damit nicht nur die  
72 Feinstaub-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm wollen  
73 wir nachhaltig mindern. Während der Corona-Krise sind die Flugbewegungen massiv  
74 zurückgegangen. Viele Menschen haben den wegfallenden Lärm als eine Wohltat  
75 erlebt. Wir wollen, dass dann, wenn der Flugverkehr wieder zunimmt, Menschen  
76 dennoch in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes  
77 Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr gelten.

78 Nur wenn sich Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sicher bewegen können und  
79 Busse und Bahnen günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich  
80 Menschen für klimafreundliche Mobilität. Deshalb haben wir milliardenschwer in  
81 den Ausbau von Bahnen und Bussen investiert: mehr Strecken, mehr Waggons,  
82 kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb. Mittlerweile bringen die ersten E-Busse  
83 die Berliner\*innen sauber und leise durch die Stadt, der Ausbau von weiteren  
84 Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits in vollem  
85 Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung  
86 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes  
87 Kriterium ist der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse.  
88 Darüber hinaus ist es auch entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und  
89 Bahn leisten können. Deshalb haben wir die Preise für das Sozial-, Azubi- und  
90 Firmenticket stark gesenkt und Schüler\*innen können seit 2019 in Berlin sogar  
91 kostenlos durch die Stadt fahren.

92 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem  
93 mehr Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum  
94 Auto ausbauen, profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch  
95 hat das Auto mit fossilem Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch  
96 sind die Schadstoffbelastung, der Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb  
97 wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone  
98 umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit fossilem Verbrennungsmotor  
99 mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf weitere Teile Berlins ausdehnen  
100 wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und klimaneutrale Antriebe  
101 wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial abfedern, die aus  
102 gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen auf ein Auto in der Stadt  
103 angewiesen sind.

#### 104 Berlins Stadtgrün sichern

105 Berlin muss nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf  
106 die bereits akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten. Ansonsten werden unsere  
107 Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die Stadtnatur  
108 massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer  
109 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser,  
110 Transportwege und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit.  
111 Bereits jetzt ist absehbar, dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und  
112 längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben werden. Deshalb müssen Flächen  
113 entsiegelt werden, damit der wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden  
114 kann, wo er fehlt. Die Gründung der Regenwasseragentur war dafür ein erster  
115 wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne Dächer“ oder dem Berliner  
116 Energie- und Klimaschutzprogramm werden bis auf die zivilgesellschaftliche Ebene  
117 der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Mit der „Charta  
118 Stadtgrün“ haben wir einen Plan vorgelegt, wie zukünftig die  
119 Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll. Jahrzehntlang wurde die  
120 Grünpflege in Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit haben wir  
121 Schluss gemacht und die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch  
122 die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin  
123 gepflanzt werden. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir fast alle  
124 Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns auch darüber  
125 hinaus für ihren Erhalt einsetzen.

#### 126 2.1 Klimaneutrales Berlin. Wir machen den Weg frei

127 Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Die Ausrufung der Klimanotlage, das  
128 Abschalten von zwei Berliner Kohlekraftwerken und der Einstieg in eine  
129 konsequente Verkehrswende waren erste wichtige Schritte. Doch es bleibt keine  
130 Zeit, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin  
131 auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele zu erreichen.  
132 Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der  
133 kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen,  
134 mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast  
135 eine halbe Million Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen, bis 2030 sollen alle Kohlekraftwerke  
136 vom Netz gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen.  
137 Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für  
138 Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden.

#### 139 Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

140 Damit Berlin seine CO<sub>2</sub>-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die  
141 Energiewende. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der Solarenergie auf  
142 Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von derzeit  
143 1 Prozent Solarstrom auf knapp 25 Prozent bis 2035 erhöhen. Wir wollen  
144 gesetzlich festschreiben, dass der Einbau von Solaranlagen zur Strom- und  
145 Wärmegewinnung bei Neubauten verpflichtend wird. Die Stadtwerke Berlin werden  
146 für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-  
147 Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Bis 2030  
148 sollen alle öffentlichen Gebäude, auf denen das möglich und sinnvoll ist, mit  
149 Solaranlagen ausgestattet sein. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“  
150 haben wir bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv  
151 gefördert. Die digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so  
152 dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung  
153 gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm wollen wir  
154 fortführen und weiter ausbauen, denn gerade bei Ein- und Zweifamilienhäusern  
155 sind Speicher die sinnvolle Ergänzung zur Photovoltaik-Anlage auf dem Dach.

156 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, auf erneuerbare  
157 Energien umzusteigen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den  
158 wir in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus sollen Kleinstanlagen  
159 für den privaten Gebrauch stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die  
160 Mieter\*innenstrom-Projekte der Berliner Stadtwerke sollen deutlich ausgebaut  
161 werden. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir die Solarwende einleiten.

162 Gebäude- und Wärmesektor klimaneutral machen

163 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und  
164 Wärmesektor an. Hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv  
165 reduzieren. Dazu soll die kohlebetriebene Fernwärmeerzeugung beendet werden. Wir  
166 halten am Ziel fest, die Kraftwerke bis 2035 komplett auf klimafreundliche  
167 Energieerzeugung umzustellen. Neben der Fernwärme sollen auch andere Formen der  
168 Wärmeerzeugung klimaneutral werden. Den Umbau von Gas- und Ölkesseln auf  
169 klimafreundliche Heizungsanlagen, wie Solarthermie oder Wärmepumpen, wollen wir  
170 stärker fördern. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Einbau  
171 von neuen Ölkesseln verboten wird. Unser Ziel ist es, örtlich erzeugte Wärme aus  
172 verschiedenen regenerativen Quellen in ein Nahwärmenetz einzuspeisen und lokal  
173 zu verteilen. Den rechtlichen Rahmen hierfür soll das Berliner Erneuerbare-  
174 Wärme-Gesetz bieten. In diesem Zusammenhang wollen wir gleichzeitig einen  
175 sozial-ökologischen Sanierungsfahrplan einführen. Wir setzen dabei auch auf  
176 lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen und geben regenerativen Quellen bei der  
177 Einspeisung einen Vorrang. Dem zugrunde liegt eine berlinweite Wärmeplanung. Sie  
178 ist ein wichtiges Instrument, um Maßnahmen zur Erreichung der Klimaschutzziele  
179 zu ergreifen und dabei Aktivitäten verschiedener Akteur\*innen zu koordinieren.  
180 Mit einem stetig wachsenden CO<sub>2</sub>-Preis werden zudem Netzbetreibende, die auf  
181 fossile Brennstoffe setzen, stärker in die Pflicht genommen.

182 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch stärker die energetische  
183 Sanierung von Gebäuden voranbringen. Auch hier gibt es große CO<sub>2</sub>-  
184 Einsparpotentiale. Allerdings ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten,  
185 wie derzeit im Bundesmietrecht vorgesehen, komplett auf Mieter\*innen abgewälzt  
186 werden. Das schafft keine Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen und befördert  
187 soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine faire Kostenverteilung

188 im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter\*innen, den Vermieter\*innen und  
189 der öffentlichen Hand ein. Für Mieter\*innen soll die Warmmiete durch sinkende  
190 Energiekosten neutral bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere  
191 Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der  
192 energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und einer stärkeren  
193 Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen hier in Berlin. Mit dem  
194 Bauinformationszentrum wollen wir einen Anlaufpunkt für Immobilienbesitzende wie  
195 auch Mieter\*innen schaffen, die sich hier informieren können.

196 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

197 Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden.  
198 Wir wollen, dass jeder Bereich feste Vorgaben für seine jährlichen Treibhausgas-  
199 Einsparungen erhält und damit politische Entscheidungen stärker an die  
200 Klimaziele knüpfen. Werden die jeweiligen Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und  
201 die vorgegebene CO<sub>2</sub>-Reduktion durch andere Maßnahmen umgesetzt werden. Damit  
202 wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich  
203 sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

204 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen  
205 Klimavorbehalt stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle  
206 transparenten Überblick über den aktuellen Stand der Berliner CO<sub>2</sub>-Emissionen.

207 Mithilfe dieser Daten kann genau ermittelt werden, ob der vereinbarte  
208 Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die verschiedenen Sektoren daran  
209 haben. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir stärken und ihm die Möglichkeit  
210 einräumen, rechtzeitig eine Überarbeitung von klimaschädlichen Entscheidungen  
211 einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und Bezirke ihre  
212 Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Darüber hinaus wollen wir die Zivilgesellschaft  
213 noch stärker in klimapolitische Entscheidungen des Landes einbeziehen und dafür  
214 einen Klimabürger\*innen-Rat gründen. Das Berliner Energie- und Klimaprogramm  
215 (BEK) werden wir ausbauen und dafür sorgen, dass die zur Verfügung gestellten  
216 Mittel noch besser genutzt werden können.

217 Klimaschutz in den Bezirken

218 Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um  
219 Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und  
220 ressourcenschonendes Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt  
221 werden. In allen Bezirken sollen Klimaschutzmanager\*innen zum Einsatz kommen, die  
222 das Klima-Budget im jeweiligen Bezirk kontrollieren und in allen Ämtern  
223 etablieren. Damit die Bezirke stärker als bisher die Mittel aus dem BEK in  
224 Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die  
225 Antragstellung verfügen. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-,  
226 Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz deutlich  
227 ausweiten.

228 2.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und Artenvielfalt schützen

229 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das  
230 so bleibt, müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem  
231 Gange und hat schon sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in  
232 Berlin zeigen Schäden, die auf die langen Dürreperioden der letzten Jahre  
233 zurückzuführen sind. Gleichzeitig finden sich immer mehr Tiere auf der Roten  
234 Liste. Berlins Stadtgrün ist wertvoll, denn es ist nicht nur ein Ort der



235 Erholung, sondern auch der Artenvielfalt, Frischluftversorgung, Klimakühlung und  
236 CO<sub>2</sub>-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur in der Stadt enorm unter der  
237 Verdichtung, dem Lärm, Stress und den Folgen der Klimakrise leiden. Eine intakte  
238 Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung. Denn neben dem  
239 Erreichen der Pariser Klimaziele wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine  
240 der größten Herausforderungen in den kommenden Jahren sein.

241 Stadtgrün erhalten und aufforsten

242 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen,  
243 der Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch  
244 uns wurde die größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang  
245 aus Flächensicherung, Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen  
246 wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um dem Klimawandel die Stirn bieten zu können,  
247 müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter ausbauen. Wir wollen die  
248 Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen ausbauen. Unser Ziel ist eine  
249 grüne Null bei den Straßenbäumen: Künftig müssen jährlich mindestens genauso  
250 viele Bäume gepflanzt werden, wie zum Beispiel durch Bauprojekte oder  
251 Klimaschäden verschwinden. Dabei wollen wir Baumarten anpflanzen, die den  
252 veränderten klimatischen Veränderungen und auch den meist schlechten Bedingungen  
253 im Berliner Straßenland besser Rechnung tragen. Zusätzlich wollen wir in den  
254 Bezirken Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden und Berlin mehr und mehr  
255 in eine „essbare Stadt“ verwandeln.

256 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar. Wir wollen sie  
257 erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir dafür  
258 ein starkes Instrument geschaffen und auch darüber hinaus wollen wir eine  
259 langfristige Strategie. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die  
260 soziale Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit  
261 alle Berliner\*innen von ihnen profitieren können, sollen sich die  
262 Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für die Stadtgesellschaft öffnen und  
263 neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv unterstützen. Durch eine  
264 Parzellenteilung von großen Gärten sollen noch mehr Menschen in den Genuss von  
265 Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit oder zum Anbau von  
266 seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und intensivieren.

267 Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich

268 Seltene Pflanzen und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren  
269 Genpool zu stärken und die Biodiversität in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier  
270 müssen endlich genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen,  
271 Renaturierung der Bäche und Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den  
272 Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an Autobahnen, Straßen und  
273 Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher geschaffen werden.  
274 Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und das  
275 innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden.

276 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und  
277 ausbauen. Die schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet  
278 Imker\*innen weiter, die Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir  
279 unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur ökologischen Bienenhaltung werden  
280 besser finanziert. Die Kooperation zwischen den Imker\*innen und bezirklichen  
281 Veterinärämtern wollen wir verbessern.

282 Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und  
283 Klimaschutz

284 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß, es ist leider  
285 davon auszugehen, dass dieser Trend anhält. Extreme Hitze ist  
286 gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen mit  
287 Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen  
288 wir deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Berlin muss sich besser auf  
289 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen  
290 Investitionen in die Stadtinfrastruktur.

291 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen  
292 wollen wir Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern  
293 und nutzen, statt es zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt  
294 und hält die Gewässer sauber. Mit der Gründung einer Regenwasseragentur und dem  
295 „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen Weg bereits eingeschlagen.  
296 Dadurch können Starkregenereignisse leichter weggesteckt und das Wasser für  
297 Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Ein Hauptproblem bleibt aber  
298 die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser  
299 versickern und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt  
300 aufheizen. Wir werden gezielt Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe  
301 identifizieren, um sie von Beton und Asphalt zu befreien und für einen besseren  
302 Regenrückhalt zu sorgen. Dazu werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm  
303 auflegen und eine jährliche Zielmarke festlegen. Das bestehende Programm „Grün  
304 macht Schule“ wollen wir finanziell und personell deutlich aufstocken. Nach dem  
305 Vorbild Wiens wollen wir in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr  
306 Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen,  
307 Erfrischungsmöglichkeiten für Jung und Alt sowie entsiegelten Stellen und  
308 ausreichend Sitzgelegenheiten schaffen wir in den Kiezen kleine Oasen, die auch  
309 der Gesundheit und dem Hitzeschutz dienen.

310 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen, die nicht zum Hauptverkehrsnetz  
311 gehören, sollen mit versickerungsfähigem Belag versehen werden. Immer mehr  
312 Berliner\*innen wollen aktiv das Grün in ihrer Nachbarschaft schützen und  
313 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie  
314 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-  
315 Initiativen wollen wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung  
316 stellen, um den Stadtraum zu begrünen. Außerdem wollen wir  
317 Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes Programm finanziell  
318 unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass Grünflächen und  
319 Biotope vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen für  
320 Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zu Verfügung stehen. Wir wollen dafür  
321 einen Berliner Naturcent einführen. Dabei gilt immer, dass jede versiegelte  
322 Fläche konsequent und ortsnah durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen werden  
323 muss. Ausgleichszahlungen dürfen nur im absoluten Ausnahmefall möglich sein.

324 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden,  
325 wir haben über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie  
326 Schulen oder Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen,  
327 gerade für Hitze-Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf  
328 der Straße leben, wollen wir einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser  
329 schaffen.

## 330 20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet

331 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große  
332 Freiflächen, in denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir  
333 Menschen uns erholen. Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als  
334 Landschaftsschutzgebiet gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche.  
335 Wir wollen weitere Naturgebiete schützen, indem wir sie zu  
336 Landschaftsschutzgebieten aufwerten. Damit soll der Anteil auf 20 Prozent der  
337 Landesfläche steigen. Zudem sollen mindestens vier Prozent der Landesfläche  
338 zukünftig völlig unter Naturschutz stehen. Die Berliner Wälder wollen wir  
339 gezielt aufforsten und sie durch mehr Mischwald besser vor der Klimakrise  
340 schützen. Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher,  
341 dringend vor dem Austrocknen bewahrt und durch ein ambitioniertes  
342 Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere Seen wollen wir  
343 schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir die  
344 bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für  
345 Flora und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition  
346 durchgesetzte Projekt „Einstellung von Naturranger\*innen und Parkmanager\*innen“  
347 wollen wir verstetigen. Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer  
348 Feldes als einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins. Wir werden die  
349 Wasserrahmenrichtlinie der EU, die das Ziel des Biotopverbundes im Blick hat,  
350 endlich umsetzen. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer  
351 reduzieren und besser regeln. Die Friedhofsflächen sind für die Stadtnatur  
352 wertvolle Orte, die wir weiterhin schützen werden.

## 353 Eine Stadt ohne Müll

354 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu  
355 verpflichtet, zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem  
356 Abfallwirtschaftsgesetz und der Zero-Waste-Strategie sind wir erste wichtige  
357 Schritte gegangen, weitere müssen folgen. Den Bezirken wollen wir deshalb bei  
358 der Pflege und Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen noch stärker  
359 finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den Reinigungstakt in den  
360 besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die Anwohnenden  
361 zu erhöhen. Gerade Straßen mit hohem Touristenaufkommen oder viel  
362 Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es ist eine Frage  
363 der Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den Mehrkosten alleinzulassen.

364 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen  
365 wir insbesondere gegen den Verpackungswahnsinn ankämpfen und unterstützen den  
366 Verkauf von unverpackten Produkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner  
367 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen  
368 wollen. Was am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt  
369 werden. Besonders die Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet  
370 werden, anstatt sie mit dem Restmüll zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen  
371 von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen wir die Sperrmüllsammlung  
372 dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte sollen nicht  
373 gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés günstig repariert werden  
374 können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das fördert eine längere  
375 Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben wir  
376 bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an  
377 zertifizierten Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen  
378 wir weiter ausbauen, um organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von

379 Biogas, verwerten zu können. Um Müll einzusparen, wollen wir in Kantinen und im  
380 Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-Systeme fördern, sowohl bei der  
381 Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von Zutaten. Einen weiteren  
382 Ausbau der Berliner Müllverbrennungsanlage lehnen wir ab. Die  
383 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze zur Verbrennung des Berliner  
384 Restmülls darf nicht überschritten werden.

#### 385 Bildung für nachhaltige Entwicklung

386 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst  
387 und Menschen erfahren können, wie sie ihr eigenes Handeln umwelt- und  
388 klimafreundlich gestalten können, wollen wir die Bildungsarbeit im Bereich der  
389 nachhaltigen Entwicklung weiter stärken. In den vergangenen vier Jahren haben  
390 wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer  
391 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der  
392 Senatsverwaltung für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen  
393 wir ausweiten und eine Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Wir  
394 haben es geschafft, in jedem Bezirk ein Umweltbildungszentrum zu errichten und  
395 zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog\*innen verbessert und die  
396 Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die begonnenen  
397 Projekte weiter verstetigen. Neben den Schulen und Kitas müssen dazu auch  
398 zivilgesellschaftliche Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung mehr  
399 Unterstützung erfahren.

#### 400 2.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere

401 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale  
402 und ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik,  
403 Verwaltung und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Deshalb wollen wir die  
404 Stadt weiter zusammen mit den Berliner\*innen gestalten und den Austausch von  
405 Ideen fördern, etwa durch Architekturwettbewerbe. Ein Ziel dessen kann  
406 beispielsweise der weitere Umbau des Öffentlichen Raums, zu Begegnungszonen  
407 sein. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein, dass sie verschiedene  
408 Nutzergruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Um Freiflächen zu  
409 erhalten, setzen wir auf intelligente Nachverdichtung und den Bau von  
410 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt  
411 wächst, muss auch das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden  
412 begrünen, beim Bau neuer Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und  
413 ausreichend Grünflächen ausweisen. Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu  
414 geplante und schon bestehende, bieten Platz für Wohnen, Arbeiten, Bildung,  
415 Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung. Die Wege zu Bildungs- und  
416 Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind kurz und die  
417 Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die  
418 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Berlin hat viele besondere  
419 Orte. Über deren Zukunft wollen wir eine Stadtdebatte führen. Den Denkmalschutz  
420 und die Baukultur wollen wir weiterentwickeln.

#### 421 Klimaneutrales und nachhaltiges Bauen

422 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Bauen von Häusern und  
423 Wohnquartieren. Wir setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und  
424 nachhaltiges Bauen ein. Beim Bau oder bei der Modernisierung von Häusern müssen  
425 deshalb zukünftig ökologische und energieeffiziente Dämm- und Baustoffe wie  
426 Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton genutzt werden. Mit der

427 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für  
428 öffentliche Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt. Was nun folgen muss, sind  
429 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der  
430 Allgemeinen Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben  
431 Berlins (ABau). In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt  
432 werden. Das bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut  
433 werden, die später wiederverwendet oder recycelt werden können. Damit dem  
434 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen  
435 ist, zum Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm  
436 und eine Holzbau-Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene  
437 Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll  
438 die Holzbau-Quote bei mindestens 50 Prozent liegen. Gemeinsam mit Brandenburg,  
439 als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir ein Holzbau-Cluster  
440 aufbauen. Auch beim Recyclingbeton wollen wir Mindestquoten bei allen Neubauten  
441 einführen.

#### 442 Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern

443 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten  
444 zukünftig nur noch mit einem Gründach oder einer Grünfassade errichtet werden.  
445 Gebäude sind wichtige Lebensräume für Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem  
446 Rechnung trägt und Gebäudebrüter nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden.  
447 Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle städtischen Grundstücke  
448 wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung  
449 integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden Tieren berücksichtigt  
450 (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen insekten- und tierfreundlich  
451 gestaltet werden, um Lebensräume für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten.

#### 452 Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes

453 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung  
454 klimaneutral werden. Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner  
455 Institutionen des Landes Berlin, die Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen  
456 Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis  
457 2035 so umgebaut werden kann, dass er weitestgehend CO<sub>2</sub>-neutral wird. Die  
458 Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich  
459 mehr Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von energetischen  
460 Sanierungsmaßnahmen ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem  
461 Land Berlin und den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir ebenfalls  
462 verbindliche ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und  
463 Vergütungsvereinbarungen aufnehmen.

464 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich  
465 wollen wir weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird,  
466 halten wir weiter fest. Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter\*innen  
467 und Eigentümer\*innen weiterführen und ein Register mit typischen Asbestbauteilen  
468 und betroffenen Gebäuden aufbauen.

#### 469 Stadtquartiere der Zukunft

470 Doch Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser hinaus: Wir wollen die  
471 Stadtquartiere der Zukunft schaffen. Dafür planen wir gemeinsam mit Brandenburg  
472 eine internationale Bauausstellung (IBA), um die großen Themen der  
473 Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitätswende und

474 Bauwende, des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und  
475 Erholung beispielhaft und praktisch umzusetzen. Zudem wollen wir Bezirke dabei  
476 unterstützen, zwei integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte für  
477 Stadtumbau, Erweiterung des Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte,  
478 Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit  
479 Bürger\*innenbeteiligung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien  
480 verbunden. Neue Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei,  
481 klimaneutral und ressourcenschonend geplant werden. Der Bau von sozial-  
482 ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss vorangetrieben  
483 werden. Mit dem neuen Quartier Tegel machen wir den Anfang – viele weitere  
484 müssen schnell folgen. In jedem Stadtteil sollen sie Modell stehen für das  
485 Wohnen der Zukunft.

#### 486 Mitbestimmung in aktiven Nachbarschaften

487 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die  
488 Mitbestimmung stärken und aktive Nachbarschaften fördern. Die Umsetzung der  
489 Bürger\*innenbeteiligungsleitlinien in der räumlichen Stadtentwicklung soll  
490 vorangetrieben und durch beispielhafte und weithin sichtbare Projekte verankert  
491 werden. Die Bezirke werden dabei unterstützt, eigene Beteiligungsleitlinien  
492 aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort auszubauen. Den öffentlichen Raum  
493 wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit stadteilnaher  
494 Bürger\*innenbeteiligung unterstützen wir die Nachbarschaftsbildung und das  
495 demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner\*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld,  
496 sei es in der Nachbarschaft oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Den  
497 Bezirken sollen hierfür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung  
498 gestellt werden.

499 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen  
500 schaffen, um regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche  
501 Entwicklungskonzepte aufzustellen. Gemeinsam mit diversitätssensiblen  
502 Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein Raum für die  
503 öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um  
504 beispielsweise Maßnahmen für den Klimaschutz oder die Verkehrswende erfolgreich  
505 begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll zudem der  
506 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt,  
507 wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, Studierenden, Geflüchteten,  
508 Älteren und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere  
509 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte  
510 Marktsegment“ vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem  
511 leichteren Zugang zu Bürgschaften der Stadt erhalten.

#### 512 Die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei

513 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in  
514 den vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem  
515 anderen in den Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt  
516 und steht einer nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau  
517 neuer Shopping-Malls ab und setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit  
518 wirtschaftlichen Problemen zurückgebaut werden. Neue Nutzungskonzepte müssen  
519 geprüft und vom Land unterstützt werden.

#### 520 2.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die Hauptstadt

521 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der  
522 Umbau Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und  
523 gleichzeitig schützen wir auch das Klima und die Gesundheit der Berliner\*innen,  
524 denn Lärm und Emissionen machen krank. Nach Jahrzehnten einer Politik, die das  
525 Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen für eine zukunftsfähige  
526 Verkehrspolitik gestellt, die emissionsfrei, sicher und leise ist und allen  
527 Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste  
528 Mobilitätsgesetz Deutschlands, das in dieser Wahlperiode für Berlin  
529 verabschiedet wurde. Außerdem haben wir mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu  
530 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zugesagt:  
531 ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der Verkehrspolitik in der  
532 Hauptstadt.

533 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit  
534 entlasten wir auch die Berliner\*innen an großen, lauten Straßen, die besonders  
535 unter Lärm und Emissionen leiden. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist  
536 – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten genutzte Fortbewegungsoption der  
537 Berliner\*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich, sondern auch eine  
538 günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin ans  
539 Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb  
540 weiter stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und  
541 zuverlässiger machen. Bis 2030 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei  
542 betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“ zeigen wir, dass wir über die  
543 Landesgrenzen hinaus denken. Erste Strecken werden noch in dieser Wahlperiode  
544 eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr nach  
545 Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,  
546 Stettin und an die Ostsee ein.

547 Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen

548 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV  
549 umzusteigen, braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität  
550 bietet. Unser Ziel ist es, in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob  
551 sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen  
552 Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht besiedelten Gebieten  
553 soll den Berliner\*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot zur  
554 Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter ausgebaut  
555 werden. Wir denken dabei den Ausbau von Tram, U-Bahn, S-Bahn und Regionalbahn  
556 zusammen. Die U-Bahn steht nicht in Konkurrenz zur Straßenbahn, sondern bildet  
557 die Schnittstelle zwischen leistungsfähigen Straßenbahnen, S- und  
558 Regionalbahnen. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue  
559 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den  
560 Regionalbahnen schaffen. Gerade wenn wir mehr Pendler\*innen aus dem Auto auf die  
561 Schiene bringen wollen, brauchen wir eine Erweiterung und neue Verknüpfungen im  
562 Netz.

563 Ein Drittel mehr Tramstrecken in Berlin

564 Besonders den Bau weiterer Tramverbindungen wollen wir fortsetzen. In den  
565 kommenden Jahren wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert – zunächst  
566 nach Adlershof, zur Turmstraße und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann  
567 auch vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach Spandau, zum Hermannplatz, zum

568 Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo Straßenbahnen fahren. Um das  
569 gewährleisten zu können, braucht die BVG neue und moderne Züge und Busse.

570 Ausbau von U-, S- und Regionalbahn

571 Damit Berliner\*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen  
572 können und Pendler\*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die  
573 Innenstadt kommen, haben wir im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn und U-Bahn-  
574 Wagen durchgesetzt. Berlin baut einen eigenen S-Bahn-Fuhrpark auf. Dazu haben  
575 wir 1.380 neue S-Bahn-Wagen, im Wert von rund drei Milliarden Euro,  
576 ausgeschrieben, die bis 2033 durch die Stadt fahren sollen, und eine Option auf  
577 über 850 weitere gesichert. Dadurch kann nicht nur die Taktung des S-Bahn-  
578 Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit und  
579 Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-  
580 Bahn anbinden.

581 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere  
582 Züge angeboten werden. Die bestehenden U-Bahn-Strecken wollen wir weiter  
583 ausbauen und wir haben nach Jahren des Stillstandes endlich wieder  
584 Machbarkeitsstudien dazu in Auftrag gegeben. Der Bau von U-Bahnen ist allerdings  
585 deutlich langwieriger und kostenintensiver als der Ausbau von Tramlinien. Darum  
586 gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat für uns der  
587 Tram-Ausbau Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahnnetz  
588 weiter aus, wo es verkehrlich sinnvoll ist. Für neue U- oder auch S-Bahn-  
589 Strecken muss mindestens eins von drei Kriterien erfüllt sein: die Erschließung  
590 neuer Wohngebiete, ein überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen oder neue  
591 Umstiegsmöglichkeiten für Pendler\*innen. Der Ausbau der Verbindungen ins Umland  
592 mit der S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg  
593 statt. Damit wird der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler\*innen noch  
594 attraktiver und die Umwelt wird geschont.

595 Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland

596 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir  
597 ein gigantisches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem  
598 Programm „i2030“ wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer  
599 Bahnstrecke reaktivieren, neu oder ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in  
600 der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder umgebaut werden. Künftig werden wir  
601 uns zudem dafür einsetzen, dass auf den Strecken, die nicht elektrifiziert  
602 werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz kommen.

603 Damit der ÖPNV von Pendler\*innen und Berliner\*innen in der ganzen Stadt und im  
604 Brandenburger Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr  
605 Fahrradparkplätze und Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen und im  
606 äußeren Stadtgebiet schaffen und gezielt Park-and-Ride-Stationen einrichten. Die  
607 Fahrradmitnahme wollen wir ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von  
608 Ausschreibungen entsprechende Anforderungen an die zu beschaffenden Fahrzeuge  
609 formulieren. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist ein  
610 zentraler Baustein der Verkehrswende.

611 Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle

612 Der ÖPNV muss für alle zugänglich sein. Wir haben hier bereits viel erreicht und  
613 werden den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Eine Stadt für alle bedeutet  
614 für uns auch Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller



615 Bahnhöfe und Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang  
616 schnellstmöglich abgeschlossen werden. Hierfür haben wir der BVG und den  
617 Bezirken bereits viel Geld zur Verfügung gestellt. Menschen mit Behinderung,  
618 ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen Kindern sollen problemlos alle  
619 Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot des ÖPNV nutzen zu  
620 können. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im  
621 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu  
622 verwirklichen.

623 Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen  
624 generieren

625 Wir haben die größte ÖPNV-Offensive seit Jahrzehnten gestartet. Denn wir wissen,  
626 es steigen nur noch mehr Berliner\*innen auf den ÖPNV um, wenn der Bus mindestens  
627 alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der Preis  
628 stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven  
629 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden  
630 können und eine Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen  
631 weitere Einnahmen generiert werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen  
632 als bisher schon ausfinanziert schaffen will, muss auch beantworten, wie diese  
633 zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen bisheriger Planungen, wie sie  
634 im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die Kosten, die durch den  
635 Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen. Solch eine  
636 breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die  
637 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner\*innen eine schnell  
638 erreichbare Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und  
639 die U-Bahn häufiger kommt. Hierfür gibt es verschiedene Instrumente, wie eine  
640 City-Maut, die Ausweitung von Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder  
641 Touristenabgabe. Welche Option für Berlin am besten passt und die größte  
642 ökologische und soziale Wirkung entfalten kann, wollen wir im Dialog mit der  
643 Wissenschaft und der Stadtgesellschaft weiter erarbeiten. Dabei gilt für uns der  
644 Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer guten Zugang zur  
645 Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie sowohl  
646 einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für  
647 Menschen mit wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen  
648 sind, wie Pflegedienste oder Handwerker\*innen, werden künftig sogar noch  
649 einfacher in die Stadt kommen, da weniger Autos auch weniger Stau bedeuten. So  
650 vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

651 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu  
652 hohen Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen  
653 Verkehrswende konterkarieren. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode das  
654 Sozial-, das Schüler\*innen-, das Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger  
655 gemacht und das Semesterticket für Student\*innen stabilisiert. Schüler\*innen  
656 fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar ist: Damit sich mehr Menschen für  
657 den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig bleiben und  
658 solidarisch finanziert sein. Unser Ziel ist zudem die Einführung unserer  
659 Bärenkarte, die durch eine geringe monatliche Abgabe aller Berliner\*innen  
660 finanziert wird. Außerhalb der Stoßzeiten können dann alle Berliner\*innen  
661 fahrscheinfrei den ÖPNV nutzen. Und auch für die, die in den Stoßzeiten fahren,  
662 wird es erheblich günstiger. Die Kosten für die Bärenkarte werden deutlich unter  
663 dem heutigen Preis einer Monatskarte liegen, so dass die Berliner\*innen, die

664 regelmäßig den ÖPNV nutzen, erheblich günstiger in der Stadt unterwegs sein  
665 können.

666 Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin

667 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue  
668 Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-, Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin  
669 ist von vielen Sharinganbietern als „Versuchslabor“ und Referenzgebiet  
670 ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den internationalen Vorreiterstädten  
671 bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen dazu beitragen,  
672 Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die Sharing-  
673 Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in  
674 den mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Poolingdienste die  
675 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr  
676 schließen und damit zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle  
677 Möglichkeiten nutzen, um Car- und Ride-Sharing in die ganze Stadt zu bringen,  
678 und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Digitale  
679 Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch stärker dazu beitragen,  
680 unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander abzustimmen, zu  
681 verzahnen und so Verkehr zu reduzieren. Wir wollen auch das Taxi erhalten und  
682 ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch Inklusionstaxis.  
683 Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des  
684 Personenförderungsgesetzes ein, dass die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen  
685 und Ride-Sharing klar und fair regelt.

686 2.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in der Stadt

687 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik  
688 und der Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon  
689 viele Fortschritte gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der  
690 öffentliche Raum ist zwischen den Verkehrsteilnehmer\*innen noch nicht so  
691 verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner\*innen entspricht. Während der  
692 klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen Parkraum viel  
693 zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger\*innen und  
694 Radfahrer\*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen  
695 dieses Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus  
696 leistungsfähigem ÖPNV, sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-  
697 Systemen den motorisierten Individualverkehr in der Stadt in den kommenden  
698 Jahren weitgehend ablöst. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des  
699 Raums unter allen Verkehrsteilnehmer\*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin  
700 lebenswerter umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen  
701 verwandeln, autofreie Kieze bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir  
702 Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen Versickerungsflächen, die kühlen und  
703 das Regenwasser speichern.

704 Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit

705 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht  
706 und die Berliner\*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch  
707 sie schafft auch mehr Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit am  
708 öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben seinen hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen, auch  
709 einer der größten Verursacher von Lärm und von Luftschadstoffen wie Feinstaub.  
710 Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit geringen Einkommen, die

711 häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren wohnen, leiden  
712 überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-Pandemie  
713 wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist. So zeigt eine Studie des Max-  
714 Planck-Institutes, dass in Deutschland 26 Prozent der Covid-19-Todesfälle auf  
715 die gesundheitlichen Auswirkungen der schlechten Luftqualität zurückzuführen  
716 sein könnten. Deshalb ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum  
717 Klimaschutz, sondern ein Gewinn an Lebensqualität für alle Berliner\*innen. Wer  
718 sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, profitiert besonders von dieser  
719 Entwicklung.

720 Weniger Autos und keine fossilen Verbrenner mehr – in ganz Berlin

721 Die klima- und gesundheitsschädlichen fossilen Verbrenner sollen bis 2030 aus  
722 der Innenstadt und bis 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden  
723 Autos fahren emissionsfrei, somit wird der Verkehr komplett CO<sub>2</sub>-frei. Schon  
724 heute sind Elektroautos vielfach eine sinnvolle Alternative zum  
725 Verbrennungsmotor. Deshalb unterstützen wir den Umstieg auf Elektroautos und den  
726 Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 sollen 2.000 öffentliche Ladepunkte in  
727 der Stadt aufgebaut sein. Damit wäre Berlin deutschlandweit Spitzenreiter.  
728 Dennoch sollte das Auto in der Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch  
729 die Ausnahme sein, denn auch Elektroautos brauchen Platz. Klar ist: Manche  
730 Menschen werden immer individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer  
731 Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit  
732 Behinderung, Pflegedienste und Handwerker\*innen, Polizei und Rettung,  
733 Bauunternehmen und Müllabfuhr. Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt gerade  
734 ihnen, denn so kommen sie besser voran.

735 Fuß- und Radverkehr ausbauen

736 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in  
737 den Ausbau des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und  
738 Radverkehrsinfrastruktur investiert. Besonders die deutlich höheren Finanzmittel  
739 und Personalressourcen für den Radverkehr haben sich ausgezahlt. Als Grüne die  
740 Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5 Stellen für die  
741 Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute  
742 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen.

743 In den vergangenen Jahren wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin gebaut oder  
744 modernisiert und 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der  
745 Trend zum Rad fortsetzt, braucht es eine flächendeckende und sichere  
746 Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit mehr Tempo weiter neue Radwege  
747 bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer Radschnellwege  
748 schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Die  
749 bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende Aufkommen anpassen. In  
750 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel auch  
751 auf Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur  
752 Beschleunigung des Ausbaus der Radinfrastruktur soll die Zuständigkeit bei der  
753 Planung und Umsetzung des Radverkehrs an allen Hauptstraßen und bei Straßen, die  
754 das Rad-Vorrangnetz betreffen, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen.  
755 Im Gegenzug sollen die Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen  
756 zuständig sei. Dabei ist entscheidend, dass das Geld der Aufgabe folgt und  
757 zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Ebenso wollen wir die  
758 Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich erhöhen.

759 Dabei wollen wir mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und  
760 Naturschutz differenziert lösen.

761 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Dazu braucht  
762 es mehr geschützte Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir  
763 wollen weitere Tempo-30-Strecken in der Stadt einführen und streben auf  
764 Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen leichter Tempo 30 zur Erhöhung der  
765 Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen sollen stärker auf die  
766 Bedürfnisse von Fußgänger\*innen abgestimmt werden. Spielstraßen, autofreie Kieze  
767 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten.

768 Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte

769 Wir wollen die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger\*innen und  
770 Radfahrer\*innen weiter erhöhen. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik  
771 der Unfalltoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,  
772 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders  
773 gefährdeten Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote  
774 Ampel und regelwidriges Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent  
775 ahnden. Zusätzlich haben wir das Förderprogramm „Abbiegeassistent Berlin“ mit  
776 zwei Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis zum verpflichtenden Bau von  
777 Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu muss mehr  
778 Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die  
779 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich  
780 ausgebaut. Wir wollen noch mehr Polizist\*innen auf Fahrrädern, um alle  
781 Verkehrsteilnehmer\*innen auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf  
782 Berlins Straßen zu sorgen. Der Aufbau von 1.000 neuen Blitzern im Stadtgebiet  
783 soll Raser\*innen abschrecken und Radfahrer\*innen sollen an immer mehr Kreuzungen  
784 zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Die Umsetzung  
785 haben wir bereits auf den Weg gebracht. Mit diesen Maßnahmen wollen wir dem  
786 Leitbild der Vision Zero, einem Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte, in  
787 unserer Stadt näher kommen.

788 Platz zum Leben statt Parkplatz

789 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und  
790 Grünflächen, Gemeinschaftsgärten, Co-Working-Spaces und Spielplätze. Deswegen  
791 wollen wir den öffentlichen Raum gerechter zwischen den unterschiedlichen  
792 Nutzer\*innengruppen aufteilen. Wir wollen die Innenstadt in den nächsten Jahren  
793 vom Autoverkehr deutlich entlasten und eine flächendeckende  
794 Parkraumbewirtschaftung einfügen. Die Anzahl der Parkplätze soll reduziert und  
795 das Parken im öffentlichen Raum, wie andernorts üblich, angemessen bepreist  
796 werden, um den Wert des öffentlichen Raumes widerzuspiegeln. Auch die Anzahl von  
797 Stellplätzen werden wir in den nächsten zehn Jahren halbieren und die Flächen  
798 umwidmen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für alle Berliner\*innen, die mehr  
799 Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

800 Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen

801 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Lieferketten. Wir wollen die  
802 Voraussetzungen schaffen, dass diese Lieferketten zukünftig vor allem  
803 klimafreundlich auf die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu  
804 wollen wir in Abstimmung mit dem Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die  
805 Anbindung von Wirtschaftszentren an den Schienenverkehr und unsere Häfen zu

806 verbessern. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie  
807 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und  
808 Elektrolieferfahrzeuge verlagern. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf  
809 MicroHubs, damit Güter von Logistikzentren mit CO<sub>2</sub>-neutralen Kleinfahrzeugen  
810 klimafreundlich und kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel  
811 Handwerker\*innen auf Fahrzeuge angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche  
812 Förderprogramm für Elektrokleintransporter fortsetzen und ausweiten, um einen  
813 emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den Weg zu bringen.

814 Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren

815 Auch der Berliner Flugverkehr ist stark zurückgegangen. Hier findet ein  
816 struktureller Wandel hin zu weniger schädlichen Kurzflügen im Inland und  
817 innerhalb Europas statt. Wir werden diesen Strukturwandel hin zur Reduzierung  
818 klimaschädlicher Flüge politisch befördern. Flugzeuge sind mit Abstand die  
819 klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Zudem ist die Lärmbelastung für Anwohnende  
820 von Flughäfen enorm. Deshalb befürworten wir ein Nachtflugverbot am neuen  
821 Flughafen Berlin Brandenburg (BER) zwischen 22 und 6 Uhr. Darüber hinaus setzen  
822 wir uns dafür ein, dass die Start- und Landegebühren an ökologische und  
823 lärmbelastende Faktoren geknüpft werden. Öffentliche Mittel zur Finanzierung  
824 einer kostspieligen Erweiterung des BER ohne wirtschaftliche Grundlage lehnen  
825 wir ab. Der Flughafenbetreiber sollte zukünftig sämtliche Betriebs- und  
826 Investitionskosten aus eigener Kraft stemmen. Eine dritte Start- und Landebahn  
827 darf es nicht geben. Stattdessen setzen wir uns auf Bundesebene für einen Ausbau  
828 der Nachtzug-Verbindung ein. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden.

829 2.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle

830 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der  
831 Agrar- und Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft  
832 haben wir eine zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte  
833 Ernährungsstrategie für die Stadt entwickelt und dabei Verbraucher\*innen in das  
834 Zentrum gestellt. Ein besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die  
835 Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch der  
836 Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen  
837 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, KITAS und Schulen Berlins versorgen  
838 täglich Tausende von Berliner\*innen. Hier setzen wir an, um regionales,  
839 biologisches und vor allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen.

840 Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus einem Umkreis

841 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung  
842 sind keine Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner\*innen.  
843 Deswegen wollen wir den von uns eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und  
844 Europa dazu antreiben, die Agrar- und Ernährungswende zu vollziehen. So stärken  
845 wir Verbraucherschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme  
846 Nachfrage an bio-regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die  
847 Möglichkeit, die regionale Landwirtschaft zu fördern, Massentierhaltung  
848 überflüssig zu machen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.  
849 Dazu ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten  
850 Bundesländern und unserem Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der  
851 Weg vom Acker auf den Teller kürzer wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu  
852 einer ökologisch-regional orientierten Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann

853 dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz stärken. Dafür wollen wir in  
854 Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern eine gemeinsame  
855 Strategie entwickeln, die u. a. ein Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus  
856 einem Umkreis von 300 Kilometern beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen  
857 dann künftig bei öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel  
858 verwenden. Damit unterstützen wir nicht nur die Ernährungswende in Berlin,  
859 sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in der gesamten Region.

860 KITAS, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio

861 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch  
862 produzierten, saisonalen, regionalen, veganen und vegetarischen Lebensmitteln in  
863 der Gemeinschaftsverpflegung stetig ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben  
864 auf den Speiseplan setzen. Gerade in der öffentlichen Beschaffung sehen wir  
865 große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes Beispiel sind die  
866 Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis  
867 sechsten Klassen Früchte sowie Milch und Milchprodukte ausschließlich in Bio-  
868 Qualität. Der Bio-Anteil steigt von unter 15 Prozent auf über 50 Prozent ab  
869 2021. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger  
870 gestalten, Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie  
871 entwickeln und einführen und die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“  
872 weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere alle KITAS und Schulen, aber auch die  
873 anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum Beispiel Krankenhäuser,  
874 dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch produzierte, vor allem  
875 regional angebaute Lebensmittel und veganes bzw. vegetarisches Essen  
876 umzusteigen. Um unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der  
877 Gemeinschaftsverpflegung auf die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung  
878 „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in eine langfristig bestehende  
879 Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das Umstellungsprogramm  
880 aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg aktiver an  
881 EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine  
882 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

883 „LebensMittelPunkt“ in ganz Berlin

884 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir  
885 wollen an verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen  
886 „LebensMittelPunkt“ (LMP) etablieren. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu  
887 Orten des sozialen Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und  
888 gesundem Essen, unabhängig vom Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz  
889 gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle Akteur\*innen der  
890 Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter\*innen, Bienen- und  
891 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner\*innen, Imker\*innen,  
892 wie auch für lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte  
893 Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle wollen wir durch Bürokratieabbau bei den  
894 bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften unterstützen. Auch die Berliner  
895 Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für frische und regionale  
896 Lebensmittel ausbauen.

897 Ein „Food-Campus“ zur Lebensmittelbildung

898 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der  
899 Lebensmittelbildung: Mit einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir es  
900 ermöglichen, dass alle Berliner\*innen Zugang zu niedrigschwelligen

901 Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und Landwirtschaft haben. Auch in  
902 den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen: Wir wollen  
903 jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben, um allen Schüler\*innen die  
904 Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu gesunder Ernährung zu erlangen und eine  
905 höhere Wertschätzung für Lebensmittel zu entwickeln.

906 Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen

907 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein  
908 zentraler Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete  
909 Lebensmittel besser verteilt werden können, Supermärkte sollen abgelaufene  
910 Lebensmittel nicht mehr wegwerfen. Auch streben wir es weiterhin auf der  
911 Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der  
912 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher\*innen stehen für uns im  
913 Mittelpunkt – und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen  
914 Lebensmittelbetrug einen Riegel vorschieben, dazu haben wir in der  
915 Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits einen Runden Tisch  
916 gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir wollen  
917 Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und  
918 das Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das  
919 Ausmaß des Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine  
920 ganz reale Gesundheitsgefahr.

921 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien  
922 Zugang zu Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher\*innen Zugang zu  
923 Erkenntnissen der bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die  
924 Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel  
925 Dänemark, auch an den Türen aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar  
926 veröffentlichen.

927 2.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes Lebewesen

928 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände,  
929 sondern Lebewesen, deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen  
930 und Tiere in dieser wachsenden Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die  
931 Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter gestärkt. Ein Verbandsklagerecht  
932 ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei Verstößen gegen das  
933 Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben wir das  
934 Amt der Landestierschutzbeauftragten deutlich aufgewertet, indem es nun erstmals  
935 hauptamtlich besetzt worden ist. Berlin hat damit endlich eine unabhängige und  
936 starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt weiter zu  
937 stärken und mit zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

938 Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren

939 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir auch  
940 weiterhin so ausstatten, dass sie ihrer Arbeit gut nachkommen können. Zudem  
941 wollen wir Tierheime, Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -  
942 initiativen sowie Tiertafeln besser finanzieren und die Zusammenarbeit mit der  
943 Verwaltung verbindlicher gestalten. Für die private Tierhaltung wollen wir  
944 verbindliche Standards im Hinblick auf das Tierwohl festlegen. Die Haltung von  
945 Exoten und besonders gefährlichen Tierarten in Privathaushalten wollen wir  
946 beenden. Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können,  
947 wollen wir ein Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten

948 einführen. Ferner streben wir weitere Hundeausläufflächen an, um in möglichst  
949 allen Bezirken ausreichend Platz für Hunde zu schaffen. Pferdehaltung soll  
950 tiergerechter und mit mehr Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die  
951 Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht in die Berliner Innenstadt gehören.

952 Massentierhaltung beenden

953 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin gegen  
954 tierschutzwidrige Bestimmungen, insbesondere zur Schweinehaltung, vor. Wir  
955 wollen bundesweit erreichen, dass die Nutztierhaltung auf einen besseren  
956 Standard gehoben wird.

957 Jagdgesetz überarbeiten

958 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir überarbeiten. Die jagdbaren Arten möchten wir  
959 durch ein Populations- und Wildtiermanagement reduzieren. Jagdzeiten sollen  
960 eingegrenzt und der Abschuss von Haustieren soll verboten werden. Jäger\*innen  
961 sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren  
962 müssen.

963 Keine Wildtiere im Zirkus

964 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen  
965 Jahren die landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um Zirkusse mit  
966 Wildtieren aus der Stadt zu verbannen. Zukünftig wollen wir keine öffentlichen  
967 Flächen mehr an Zirkusse vergeben, in denen Wildtiere auftreten müssen. Auf  
968 Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges Verbot von Wildtieren in  
969 Zirkussen an.

970 Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen

971 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir  
972 stetig reduzieren und Tierversuche so weit wie möglich durch Alternativmethoden  
973 ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für Ersatzmethoden werden.  
974 Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht länger über dem Tierschutz stehen. Wir  
975 wollen verstärkt die Versuchsvorhaben mit Tieren kontrollieren und gesetzlich  
976 verpflichtend dokumentieren. Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit der  
977 Wissenschaft konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln und die  
978 Landesförderungen von Forschungsvorhaben an die Bedingung knüpfen, Alternativen  
979 zu erarbeiten. Tierversuche an Primaten darf es nicht geben. Wir haben die  
980 Berliner Tierversuchskommission paritätisch mit Vertreter\*innen aus der  
981 Wissenschaft und des Tierschutzes besetzt und mit geeigneten Mitteln,  
982 beispielsweise durch den Aufbau von Datenbanken, auf die Vermeidung von Doppel-  
983 und Wiederholungsversuchen hingewirkt.

984 2.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig weiterentwickeln

985 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns  
986 lieben und schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien,  
987 die Flaniermeilen und Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle  
988 Angebot – all dies macht Berlin auch für uns Berliner\*innen so liebenswert und  
989 lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die Corona-Krise, durch die Millionen von  
990 Tourist\*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten, hat uns noch einmal vor  
991 Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für Berlin ist,  
992 doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben.



993 Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus

994 Tourismus hat aber auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt  
995 ist der Unmut über massiv steigende Tourist\*innenzahlen sehr groß.  
996 Ferienwohnungen, Lärm, Müll und steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt  
997 Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus wird auch nach der Pandemie ein  
998 wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein, aber wir brauchen einen  
999 stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht belastet und  
1000 ökologisch nachhaltig ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir  
1001 dafür konkrete Ziele festgelegt. Touristenströme sollen stärker entzerrt werden:  
1002 von den Gärten der Welt in Marzahn bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat  
1003 deutlich mehr zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die  
1004 touristische Infrastruktur in den Außenbezirken stärken und mehr Aufmerksamkeit  
1005 für weniger beachtete Sehenswürdigkeiten schaffen. Mit einem  
1006 Hotelentwicklungsplan wollen wir in Zukunft die innerstädtischen Bezirke  
1007 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen. Große  
1008 Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,  
1009 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur\*in  
1010 umzubauen, die Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus  
1011 setzt – und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen  
1012 Bürger\*innenbeirat ins Leben gerufen, um die Berliner\*innen aus den  
1013 verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen Tourismuskonzeptes  
1014 einzubinden. Außerdem wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand  
1015 gegeben, um vor Ort gezielt Maßnahmen umsetzen zu können.

1016 Stärkere Reinigung von Parks und Straßen

1017 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen.  
1018 Deswegen haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass  
1019 die BSR viele Berliner Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig  
1020 und stärker reinigt. Das kostet viel Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch in  
1021 den Nachbarschaften. Gerade Orte mit hohem Touristenaufkommen oder viel  
1022 Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es ist nicht  
1023 gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen.

1024 City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“

1025 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu  
1026 wollen wir den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels,  
1027 Restaurants und touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren  
1028 Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre Energieeffizienz zu steigern und  
1029 Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des ersten Solarschiffes –  
1030 eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir gezeigt, wie  
1031 ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz  
1032 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Außerdem möchten wir die  
1033 Einnahmen aus der Berliner City-Tax stärker für die Gestaltung hin zu einem  
1034 stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1035 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1036 1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke

1037 Berlin kann 25 Prozent der Stromerzeugung aus Solarenergie decken – wir wollen  
1038 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten machen wir eine Solaranlage zur Pflicht.  
1039 Bis 2030 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter standardmäßig mit

1040 Solaranlagen ausgestattet werden. Mit der Solardachbörse wollen wir erreichen,  
1041 dass Hauseigentümer\*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein  
1042 Solarkraftwerk umzuwandeln.

## 1043 2. Eine Stadt ohne Müll

1044 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen  
1045 wir den Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei  
1046 die Kosten für die Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-  
1047 Stellen einrichten, um die Wege zu verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und  
1048 Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR gereinigt werden. Am besten ist es  
1049 aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes Leben für Geräte schützt  
1050 das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen to go,  
1051 stärker fördern.

## 1052 3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen

1053 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und  
1054 der nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume,  
1055 Ökobaustoffe, wie zum Beispiel Holz, Lehm, Stroh und Recyclingbeton, oder  
1056 Sportflächen, die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir wollen die Bauwende  
1057 umsetzen. Um dies zu erreichen, wollen wir Berlin als „Schwammstadt“ bauen und  
1058 multifunktionale Räume schaffen. Um Impulse dafür zu setzen, wollen wir eine  
1059 internationale Bauausstellung bis 2026 in allen Berliner Stadtquartieren  
1060 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine  
1061 ökologische und soziale Stadtplanung sowie das nachhaltige Baugewerbe und  
1062 schaffen klimaresilienten Wohnraum in bestehenden Kiezen und neuen  
1063 Stadtquartieren.

## 1064 4. Autofreie Kieze in ganz Berlin

1065 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für  
1066 das Leben – für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz  
1067 zum Spielen und Flanieren. An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und  
1068 weitere Straßen werden folgen. Um Kieze vom Durchgangsverkehr zu befreien,  
1069 wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele neue Kiezblocks schaffen.

## 1070 5. Die Taktzahl erhöhen – Bus und Bahn ausbauen

1071 Alle Berliner\*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu  
1072 schaffen, wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser  
1073 Ziel ist es, in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb  
1074 oder außerhalb des S-Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an  
1075 den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht besiedelten Gebieten soll den  
1076 Berliner\*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot zur Verfügung  
1077 stehen.

## A3 K-3: Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

2 Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar  
3 ist, niemand darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder,  
4 ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit  
5 Behinderung sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Familien und  
6 Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Wir  
7 kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden. Auch in  
8 der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

#### 9 Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert

10 Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben  
11 geschneit, auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das  
12 Zuhause ist. Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt,  
13 auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür  
14 werden wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen  
15 Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu  
16 Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das  
17 Gemeinwohl verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom  
18 Kopf auf die Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den  
19 Bezirken, in denen wir Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau  
20 vorangetrieben, das Vorkaufsrecht genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den  
21 Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen, wenn der Wind uns frontal ins  
22 Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen das neue Berlin  
23 gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für Stück  
24 zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner  
25 Mietemarktes zu machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns  
26 ist klar: Der Mietendeckel darf 2025 nicht ersatzlos enden.

#### 27 Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

28 Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte  
29 geschafft. Das kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen, die beitragsfreie Kita,  
30 ein gesundes kostenloses Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das  
31 sorgt dafür, dass Kinder aus Familien, die weniger Geld haben,  
32 gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben den Landesmindestlohn  
33 auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler\*innen und  
34 Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen  
35 Aufträgen garantiert und die Gehälter gerade der Beamt\*innen angehoben, die  
36 kleinere Einkommen haben. Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der  
37 Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen  
38 beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich übernommen werden und  
39 Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das Dickicht an  
40 Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch  
41 tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle  
42 Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der  
43 Vergangenheit angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür

44 ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um  
45 das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir  
46 weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit  
47 einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen  
48 Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im  
49 sozialen Umfeld Unterstützung leisten.

50 Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

51 Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems  
52 aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche  
53 Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in  
54 Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute Gesundheitsstrukturen zur  
55 Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen. Deswegen haben  
56 wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen Weg  
57 in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und  
58 für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez  
59 vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die  
60 landeseigenen Krankenhäuser investiert. Wir wollen allen Berliner\*innen  
61 bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig auch für eine  
62 gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei  
63 den niedergelassenen Fachärzt\*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir  
64 eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen;  
65 dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und  
66 erweitern.

67 Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik  
68 gemacht, sondern jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit,  
69 das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Berliner\*innen, sei es bei der  
70 Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der Sozialpolitik oder in der  
71 Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel.  
72 Wir wollen erreichen, dass alle Berliner\*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die  
73 gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für  
74 uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und  
75 Selbstbestimmung.

76 Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der  
77 ambulanten Pflege, in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht  
78 sein, dass Pflegekräfte zu schlechten Bedingungen mit viel zu vielen  
79 Patient\*innen ihren Dienst tun. Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner  
80 Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an Verbesserungen  
81 gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde  
82 Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen  
83 Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen  
84 eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange  
85 es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Um pflegende Angehörige  
86 besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines  
87 Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

88 Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der  
89 Pflegeversicherung sowie der grünen Bürger\*innenversicherung einsetzen, um mehr  
90 Gerechtigkeit und Solidarität in der Versorgung herzustellen.

91 Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt\*innen  
92 verändert, so dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert  
93 wird. Das wollen wir bundesweit umsetzen.

94 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

95 Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft  
96 bleiben. Am besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch  
97 für Menschen mit Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig,  
98 dass die Stadt barrierefrei ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in  
99 Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von  
100 Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von  
101 Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir  
102 wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, gleichberechtigt in der  
103 Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des ersten  
104 Arbeitsmarktes zu werden.

105 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege  
106 für Menschen zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor,  
107 bekämpfen Armut, sorgen dafür, dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben  
108 und bauen Hürden im Alltag ab. Berlin gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den  
109 Initiativen und Verbänden unterstützen wir daher das Berliner  
110 Behindertenparlament.

111 3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

112 Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik  
113 eingeläutet, um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen  
114 Einhalt zu gebieten. Unser Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt  
115 gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent  
116 Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in  
117 gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die  
118 landeseigenen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer  
119 Einrichtungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die  
120 öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten. Wir  
121 schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die  
122 eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn sie sich sozialen und  
123 ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

124 In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl  
125 ausgerichtet, gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt  
126 gebracht und zu stabilen Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches  
127 Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir Wucher stoppen konnten, trotz  
128 heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen  
129 gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für  
130 uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent  
131 des CO<sub>2</sub> in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende  
132 eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir  
133 verwirklichen soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht  
134 gegeneinander aus.

135 Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und  
136 ökologisch

137 Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung  
138 Platz hat. Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer\*innen – von  
139 Genossenschaften über landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen  
140 und auch kleinen privaten Besitzer\*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr  
141 Wohnungen. Wir wollen, dass in Berlin jährlich 20.000 Wohnungen neu gebaut  
142 werden, natürlich klimaneutral und mindestens die Hälfte sozialverträglich.  
143 Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden werden, weil das weite  
144 Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir einen  
145 dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus  
146 Darlehen direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von  
147 Neubauten ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so  
148 ausgestalten, dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft  
149 gemeinwohlgebundene und möglichst CO<sub>2</sub>-neutrale errichtete Wohnungen fließt. Die  
150 Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen und weiter  
151 öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

152 Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Mit  
153 ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder  
154 Recyclingbeton, wollen wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf  
155 die Straße bringen. Bei energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf  
156 Bundesebene dafür ein, die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form  
157 abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten müssen im  
158 Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage  
159 enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen  
160 Vermieter\*innen, Mieter\*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair  
161 verteilen. Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter\*innen die  
162 Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es,  
163 dass die höhere Kaltmiete durch niedrige Energiekosten aufgewogen wird, so dass  
164 die Warmmiete nicht steigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines  
165 weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu  
166 bringen.

167 Wir wollen Eigentümer\*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine  
168 mieter\*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser  
169 vorzulegen. Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch  
170 die Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung  
171 und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

172 Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen,  
173 wollen wir aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und  
174 Entwicklungsmaßnahmen nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu  
175 erreichen, wollen wir auch das Berliner Modell der kooperativen  
176 Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens 50 Prozent der Wohnungen  
177 im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen wir auch alle  
178 weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische und  
179 Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

180 Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern

181 Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des  
182 Zweckentfremdungsverbot und der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir  
183 in Berlin wichtige Schritte gegangen, um Wohnen bezahlbar zu halten.  
184 Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu versetzen, die

185 Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung eines  
186 Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des Mietendeckels  
187 sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen,  
188 haben wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit  
189 Leben füllen.

190 Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf  
191 Bundesebene eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter\*innen  
192 nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen.  
193 Sollte das nicht gelingen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen  
194 Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch  
195 zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten nutzen und ein  
196 Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für ein  
197 Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare  
198 Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und  
199 Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen.

200 Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die  
201 Gemeinwohlorientierung. Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und  
202 die Kooperationsvereinbarung mit den städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu  
203 einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der öffentliche Wohnungssektor stellt sicher,  
204 dass auch Menschen mit geringem Einkommen die Miete zahlen können. Das wollen  
205 wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern  
206 fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz und  
207 Gemeinwohl.

208 Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen.  
209 Höherer Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen  
210 Umsetzungsfragen wollen wir mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine  
211 Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer sinnvoll und durchführbar ist. Zusätzlich  
212 wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv ausgestalten. Sie soll deutlich  
213 höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen Wohneinheiten und  
214 niedriger als heute für Einzelkäufe.

215 Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne  
216 Eigentumswohnungen ist ein wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir  
217 wollen, dass der Bund den Ländern durch die Änderung des Baugesetzbuches  
218 ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen konsequent zu  
219 unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf Neubauinvestitionen zu  
220 begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit  
221 wir, analog zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden  
222 können.

223 Die Stadt zurückerwerben

224 Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu  
225 ermöglichen, streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt  
226 an, der zu 50 Prozent gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für  
227 uns Eigentumsformen, die nicht auf puren Profit und Spekulation ausgerichtet  
228 sind – wie zum Beispiel Genossenschaften, Baugruppen, Berlins  
229 Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen  
230 Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

231 Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der  
232 Mottenkiste geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer\*innen mit  
233 Abwendungsvereinbarungen dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder  
234 veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch eine landeseigene  
235 Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer deutlichen Erweiterung von  
236 Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der betroffenen  
237 Mieter\*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften,  
238 Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine  
239 Kooperationsvereinbarung schließen. Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen  
240 Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern, eröffnen wir landeseigene  
241 Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf Bundesebene dafür,  
242 einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen fairen Kündigungsschutz  
243 einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemiet\*innen einführen  
244 und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig  
245 anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders  
246 angewiesen sind.

247 Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die  
248 Politik, dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum  
249 verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss.  
250 Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die  
251 Mieter\*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den  
252 gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

253 Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen  
254 verhandeln und agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns  
255 nicht zwingen, die Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den  
256 verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich  
257 jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche  
258 Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen Schritt gehen. Wenn es um  
259 die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative  
260 Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen  
261 sehen wir kritisch.

262 Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

263 Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten  
264 Umgang mit öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden  
265 wir ein transparentes Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen  
266 Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden soll Berlin behalten,  
267 Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie  
268 implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das  
269 wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

270 Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung  
271 begonnen hat, wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu  
272 gegründeten Landesgesellschaft „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Darüber  
273 hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur  
274 unterstützen und die bürger\*innenschaftliche und gemeinwohlorientierte  
275 Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein  
276 zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des  
277 Vorkaufsrechts sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der  
278 Verkehrswert einer Immobilie berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine



279 Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir wollen, dass der nachhaltige  
280 Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den Verkehrswert zu ermitteln, und nicht  
281 die höchstmögliche Verwertung zählt.

### 282 3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

283 Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in  
284 der viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede\*n  
285 treffen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen,  
286 die Arbeit suchen, oder Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen  
287 Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit garantieren und ihnen eine  
288 Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines grundsätzlichen  
289 Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen  
290 Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung  
291 des Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen  
292 höheren ALG-II-Regelsatz.

293 Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige  
294 Weichen neu gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der  
295 Unterkunft haben wir so verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr  
296 verlieren, weil sie teurer wird. Zehntausende Mieter\*innen können so wieder ohne  
297 Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu  
298 schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und  
299 Mindesthonorare für Künstler\*innen und Freischaffende eingezogen. In all diesen  
300 Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

### 301 Familien- und Kinderarmut bekämpfen

302 Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns  
303 nicht nur um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf  
304 Transferleistungen angewiesen sind. Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial,  
305 kulturell oder finanziell benachteiligt sind.

306 Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von  
307 kostenfreier Kita- und Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der  
308 Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schüler\*innen profitieren  
309 insbesondere von Armut betroffene und bedrohte Familien. Doch um diesen Familien  
310 nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb wollen wir die  
311 Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte  
312 Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir  
313 mit einer Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

314 Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen  
315 Lebenslagen zu erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der  
316 Arbeit der „Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der  
317 Landesarmutskonferenz, des Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen  
318 erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen zentralen  
319 Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die  
320 Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so  
321 leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist,  
322 da ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt  
323 nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke  
324 Akteur\*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte  
325 auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind raus aus der

326 unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken  
327 gesichert. Gleiches gilt für die Babylots\*innen, die Familien schon um die  
328 Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots\*innen auf  
329 allen Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

330 Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum  
331 haben wir uns in den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“  
332 für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken  
333 umsetzen. Die Sozialarbeiter\*innen vor Ort sollen die Möglichkeit bekommen,  
334 unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu finanzieren,  
335 gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu gehen  
336 drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros,  
337 die wir etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich  
338 machen, sondern die Familienbüros auch mit Sozialarbeiter\*innen ausstatten, die  
339 Eltern schnell und unbürokratisch beraten können.

340 In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine  
341 besonders intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen  
342 kein Elternteil arbeitet, getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team  
343 ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir  
344 fortsetzen und auch in anderen Bezirken wiederholen wollen.

345 Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

346 Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen  
347 so zu ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie  
348 verloren gehen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung,  
349 Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall  
350 Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle  
351 anderen übertragen werden. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit  
352 Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die  
353 besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze  
354 Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden  
355 Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch  
356 betreut. In Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-  
357 Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein Präventionsteam  
358 aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen. Wir  
359 wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der  
360 Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns  
361 ist klar, dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden  
362 müssen.

363 Orientierung am Sozialraum der Menschen

364 Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen  
365 organisieren – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe  
366 begonnene „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit  
367 der Verankerung im Familienförderungsgesetz weiten wir diese Systematik auf andere  
368 Bereiche aus. In ganz Berlin sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert  
369 und Fachkonzepte der Zusammenarbeit erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams  
370 aufbauen, die bei Meldungen Familien und Einzelpersonen aufsuchen und  
371 Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“, Babylots\*innen, die  
372 Stadtteilmütter, Sozialarbeiter\*innen in Jugendeinrichtungen, die Jobcenter oder  
373 die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den sogenannten „67er-

374 Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen  
375 Schwierigkeiten, wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken  
376 erreichen. Parallel soll die Qualitätssicherung systematisiert und in ganz  
377 Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

378 Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

379 Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-,  
380 Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes  
381 Berichtswesen zu einer Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und  
382 Sozialberichterstattung, die Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas,  
383 Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles mehr. Wir wollen den Wildwuchs an  
384 Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen. So können wir noch  
385 besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die  
386 politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage  
387 von Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im  
388 Februar 2020 war ein wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger  
389 Schritt. Nun muss eine Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter  
390 ausbauen zu können.

391 Das Konzept „Housing First“ ausbauen

392 Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit  
393 führt. Um die nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen,  
394 braucht es einen geschützten Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln  
395 Projekte mit dem Ansatz „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue  
396 Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie dann auf ihrem  
397 weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die  
398 Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen  
399 gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen  
400 wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten.  
401 Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern  
402 in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen  
403 etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können, wollen  
404 wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von  
405 sozialer und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen.  
406 Dabei stehen besonders verletzbare Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende,  
407 Minderjährige oder Menschen mit Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im  
408 Mittelpunkt.

409 Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger\*innen, wenn sie keine  
410 Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,  
411 Leistungsausschlüsse abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle  
412 einrichten, die zentral die Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf  
413 Basis des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringt.

414 Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in  
415 den vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens  
416 600 Plätze ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im  
417 Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze  
418 sollen stets mit Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer  
419 Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und  
420 neue Möglichkeiten aufzeigen.

## 421 Ein neues Landesamt für Unterbringung

422 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein  
423 eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der  
424 Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für  
425 die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die  
426 Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für  
427 Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese  
428 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das  
429 LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

## 430 3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

431 Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht  
432 drastischer deutlich werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu  
433 treffen heißt immer in gute Strukturen zu investieren, in der Hoffnung, dass sie  
434 nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf nicht zur Profitmaximierung  
435 dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren. Dabei geht es uns  
436 nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles  
437 Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches,  
438 psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

439 Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner\*innen getan. Gerade in  
440 der Corona-Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten  
441 aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein  
442 Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung  
443 haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die  
444 Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und dafür gesorgt, dass  
445 Babylots\*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern  
446 beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus  
447 besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf  
448 regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in  
449 der Kantine. Wir haben erreicht, dass alle Berliner\*innen Zugang zur  
450 gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne  
451 Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können sich  
452 endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen  
453 Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem  
454 der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und  
455 bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach  
456 niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung  
457 rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS.

## 458 Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

459 Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist  
460 der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD  
461 kaputtgespart. In der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an  
462 dieser Stelle rächt. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den  
463 nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale,  
464 sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der ÖGD soll die Kompetenz  
465 erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher werden wir  
466 systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent\*innen,  
467 Epidemiolog\*innen oder Gesundheitswissenschaftler\*innen in den ÖGD einbeziehen.  
468 Und wir setzen uns dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das

469 praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Wir  
470 wollen den Beruf der\*des Amtsärzt\*in attraktiver machen und die Voraussetzungen  
471 schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt\*in für den öffentlichen  
472 Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden kann. Mit  
473 neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu  
474 erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen,  
475 dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt.

476 Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur  
477 investieren

478 Therapeut\*innen und Ärzt\*innen, Pflegepersonal, Psycholog\*innen und die  
479 Mitarbeiter\*innen in den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die  
480 für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Wir wollen die noch nicht  
481 organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen  
482 Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in  
483 Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur  
484 Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit  
485 festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die  
486 Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle  
487 Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren.

488 Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt  
489 hoher Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht  
490 nur, um den Status quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die  
491 Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.

492 Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

493 Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der  
494 psychischen Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die  
495 soziale Lage eine wesentliche Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt  
496 es für alles Spezialist\*innen – aber viel zu selten werden die verschiedenen  
497 Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen zusammengebracht. Das  
498 Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier arbeiten  
499 verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im  
500 Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen  
501 erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die  
502 Bedürfnisse der Anwohner\*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig  
503 unterliegt das Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des  
504 GeKos mehr integrierte, lokale und interprofessionelle Gesundheitszentren  
505 schaffen.

506 Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken

507 Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen  
508 Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies“-Ansatz der  
509 WHO, denn Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis,  
510 sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule  
511 gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch Klimaschutz ist Gesundheitsschutz –  
512 Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir vor  
513 allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben  
514 müssen. Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf  
515 ihre Auswirkungen auf die Gesundheit prüfen.

516 HIV/Aids besiegen

517 Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der  
518 HIV-Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den  
519 Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige  
520 Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre lautet „95-95-95“: 95 Prozent  
521 der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang  
522 zur Behandlung haben und 95 Prozent der Behandelten „unter der Nachweisgrenze“  
523 sein, damit eine Übertragung des HI-Virus nicht mehr möglich ist. Um das zu  
524 erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu Versorgungsstrukturen weiter  
525 verbessern.

526 Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für  
527 alle

528 Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten.  
529 Hebammen und Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen  
530 sowohl während der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige  
531 Bezugspersonen. Dass Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie  
532 im Wochenbett betreuen kann, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen  
533 Frauen aber weiterhin eine selbstbestimmte und sichere Geburt ermöglichen. Am  
534 Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die  
535 Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im  
536 Alltag zu unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu  
537 erleichtern. Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen  
538 die Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die  
539 Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die  
540 Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es dazu  
541 auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

542 Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen,  
543 wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie  
544 auch gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

545 Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu  
546 können. Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb  
547 niedrigschwellig zugänglich sein und wir kämpfen weiterhin für die  
548 Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

549 Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

550 Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die  
551 Gesundheitsversorgung: Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt  
552 ihre letzte Lebensphase verbringen können. Doch insbesondere in dieser  
553 Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre  
554 eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vorher eine gute  
555 Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung stattfindet.  
556 Deshalb wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine  
557 Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der  
558 Versorgung im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist  
559 aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die medizinische  
560 Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen. Umso wichtiger  
561 ist es, Ärzt\*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der  
562 Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die von den

563 Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis  
564 durchgeführt werden.

565 Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

566 Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden.  
567 Durch unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten,  
568 dass sie einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die  
569 Resilienz stärken. Darüber hinaus wollen wir – u. a. im Rahmen des  
570 Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und ausbauen, die dabei helfen,  
571 mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu bewältigen.

572 Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur  
573 Behandlung und Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und  
574 wohnortnahe, miteinander vernetzte Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation  
575 durch den Dialog und Peer-Ansätze sowie den Abbau von Zwang. In der Versorgung  
576 gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan  
577 ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen  
578 zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und Begleitung stärken. Das  
579 Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen  
580 datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

581 Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote  
582 zur Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen  
583 Unterstützung und Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem  
584 Dach vereinen.

585 3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

586 Wir Berliner\*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen  
587 Alters selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich  
588 woher sie kommen, wie dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie  
589 sind. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an  
590 Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihr  
591 Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und Unterstützungsangebote oder den  
592 barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im Kiez. Und wer Pflege  
593 benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns ein, auf  
594 Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen,  
595 Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

596 Im Kiez verortet

597 Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so  
598 lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen  
599 Leben im Kiez teilhaben können. Wir denken sozialräumlich und haben in den  
600 letzten Jahren die Pflegestützpunkte ausgebaut und mit mehr Ressourcen  
601 ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus fördern wir die Gesundheit  
602 im Alter und ermöglichen mit inklusiven, generationenübergreifenden Projekten  
603 Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene Community hinaus  
604 zusammenbringen.

605 Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

606 Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an  
607 und wollen alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen

608 große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren  
609 angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe,  
610 sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen.  
611 Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das  
612 Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung  
613 von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum.

614 Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem  
615 Pflegebedarf beraten. Die Mitarbeiter\*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime  
616 beraten, die ihr Angebot in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus  
617 werden wir altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst  
618 stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und gerade Pflegewohngemeinschaften sind von  
619 Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen Pflegeeinrichtungen.

620 Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine  
621 Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior\*innen anstoßen, die vorhandene  
622 Strukturen und weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken  
623 ein großes Wissen über die Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze  
624 herrscht, sollen sie eng eingebunden werden. Für uns ist klar, dass Pflege die  
625 vielfältigen Hintergründe der Berliner\*innen abbilden muss. Wir setzen uns für  
626 diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer  
627 Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei  
628 Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene  
629 Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen.  
630 Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ\*-  
631 sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir  
632 weitergehen.

633 Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

634 Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter\*innen. Pflegekräfte sind  
635 systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den  
636 Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für  
637 Pflege wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um  
638 Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn  
639 wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine Pflegekammer, wie sie  
640 mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir  
641 ausdrücklich.

642 Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen,  
643 Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße  
644 gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der  
645 Pflegekräfte in Form von Pflegekammern und regen das auch für andere Heilberufe  
646 an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen und die Finanzierung der  
647 berufsbegleitenden Ausbildung zum\*zur Altenpfleger\*in. Im Ausland erworbene  
648 Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder  
649 außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der  
650 ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu  
651 pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können.  
652 Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von  
653 besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

654 Pflegende Angehörige besserstellen



655 Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege.  
656 Rund 200.000 Berliner\*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen  
657 Angehörigen. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre  
658 Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und  
659 sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung  
660 zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll  
661 ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits  
662 eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet,  
663 eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck  
664 machen.

### 665 3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

666 Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine  
667 Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder  
668 kognitive Behinderung gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf  
669 Barrieren zu stoßen. In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der  
670 Behinderung von über 50 Prozent, das ist fast jede zehnte Person. Unsere  
671 Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr Menschen  
672 wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf  
673 barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es  
674 zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

675 Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft.  
676 Wir Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an.  
677 Gleichzeitig arbeiten wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste  
678 herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau sogenannter „Häuser der  
679 Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig Beratung,  
680 Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für  
681 den Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit  
682 2020 zusätzlich zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch  
683 beim barrierefreien Umbau der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum  
684 Beispiel bei Bus und Bahn. Unser Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf  
685 barrierefreie Mobilität fest und wir investieren jedes Jahr Millionen, um dem  
686 Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

### 687 „Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

688 In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen  
689 wir gezielt vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser  
690 der Teilhabe“ gegründet sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle  
691 Teams zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten.  
692 Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen  
693 Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln und  
694 stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die  
695 Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen.  
696 Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie  
697 durch das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben  
698 Gesundheitsaspekten auch den Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei  
699 stellen wir sicher, dass in allen „Häusern der Teilhabe“ und auch in den  
700 Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und  
701 Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen

702 erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung  
703 stehen.

704 Für Inklusion in allen Lebensbereichen

705 Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die  
706 Prämisse: Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so  
707 weiterentwickeln, dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung  
708 zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen. Unternehmen mit mehr als 20  
709 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der  
710 Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen  
711 aber zu viele Arbeitgeber\*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um  
712 das zu ändern, werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter\*innen  
713 mit Behinderung stärker fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an  
714 solche „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

715 Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe  
716 und Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir  
717 schnellstmöglich abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl  
718 der Inklusionstaxis im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität  
719 für alle zu verwirklichen. Bei der Konzessionsvergabe für private Anbieter von  
720 Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion zu einer Bedingung machen.

721 Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch  
722 für ältere Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des  
723 gesamten Wohnraumes barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig  
724 voranzukommen, wollen wir die Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent  
725 prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben zum barrierefreien Wohnen  
726 eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten zur Steigerung  
727 der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

728 Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides  
729 bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel.  
730 Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam  
731 an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter\*innen der Förderschulen brauchen wir an  
732 den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung  
733 weiterhin.

734 Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen  
735 Begegnungsräumen werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den  
736 Sportvereinen Berlins werden wir weiter daran arbeiten, auch die Vereine für  
737 Menschen mit Behinderung zu öffnen.

738 Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung  
739 der EU-Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat  
740 Berlin einen wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun  
741 beschleunigen. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und  
742 Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von [www.berlin.de](http://www.berlin.de) muss die digitale  
743 Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

744 Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist  
745 eine inklusive Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

746 3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

747 Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational  
748 geführt wie die um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen  
749 vernünftigen, evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen  
750 durch Prävention und Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz  
751 gewährleistet, Abhängigen unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die  
752 Selbstbestimmung aller respektiert.

753 Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

754 Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen  
755 deutschlandweit rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen  
756 des Rauchens, viele Millionen sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für  
757 Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind  
758 medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale Droge ist mit ca.  
759 vier Millionen Konsument\*innen Cannabis. Tatsächlich ist die Unterscheidung  
760 zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen  
761 Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich getroffen  
762 worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt  
763 willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem  
764 Gefährdungspotential ein wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in  
765 Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert werden:  
766 moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten,  
767 ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren.  
768 Ideologische Debatten lehnen wir ab.

769 In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf  
770 Bundesebene

771 In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht.  
772 Wir haben ein Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen  
773 erreicht. Mit einem Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen  
774 Weg einschlagen, der Menschen vor gefährlichen, gepanschten Drogen schützt,  
775 Drogenkonsumräume haben wir in den Bezirken geplant und geschaffen. Dort sind  
776 neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und Unterstützung möglich.  
777 Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir abgeschafft, da  
778 sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf Spielplätze  
779 verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene. Gemeinsam  
780 mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem  
781 „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt,  
782 den wir auch weiter vorantreiben werden.

783 Aufklärung und Prävention ausbauen

784 In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten,  
785 zielorientierten Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und  
786 Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die  
787 Aufklärung von Verbraucher\*innen und damit der Verbraucherschutz haben dabei für  
788 uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene  
789 Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention vor  
790 nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder Computerspiele,  
791 weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten  
792 Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen  
793 Möglichkeiten im Detail prüfen. Den Nichtraucher\*innen Schutz wollen wir konsequent  
794 umsetzen, Kellner\*innen und Barkeeper\*innen schützen wir damit und wir halten

795 das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit Vorerkrankungen offen. Für  
796 bestimmte Raucher kneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier mehr Klarheit für  
797 Betreiber\*innen und Gäste zu schaffen.

798 Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und  
799 werden mit voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine  
800 kontrollierte Abgabe diese Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit  
801 Programmen zur sicheren Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in  
802 Parks und auf Spielplätzen sowie mit gezielten Kontrollen die Situation vor Ort  
803 verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf Spielplätzen nichts verloren.

804 Beratung und Selbsthilfe stärken

805 Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie  
806 Drogenkonsumräume. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in  
807 allen Bezirken Berlins. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir  
808 Menschen erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen  
809 sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking  
810 werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten Normalität in  
811 Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung und  
812 Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-  
813 Checking-Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die  
814 Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden.  
815 Zentral ist dabei für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die  
816 Möglichkeit der Opioid-Substitution und die Diamorphintherapie für Betroffene  
817 sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung  
818 nach der Haftentlassung.

819 Schwarzmarkt austrocknen

820 Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu  
821 legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt,  
822 halten wir an unserem Ziel eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis  
823 in Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf  
824 wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen  
825 entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit  
826 entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von massiven  
827 Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner\*innen wollen wir dazu  
828 verhelfen, wieder mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten  
829 wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität  
830 einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt  
831 wird.

832 Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

833 Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum  
834 einem anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und  
835 der Lage der Welt so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu  
836 beenden, arbeiten wir daran, den internationalen Drogenhandel zu unterbinden.  
837 Das gelingt nicht durch die Kriminalisierung von Konsument\*innen. Das gelingt  
838 nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und Kontrolle. Es ist  
839 Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem Rücken  
840 von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

841 3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

842 Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude.  
843 Wir wollen allen Berliner\*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in  
844 welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das  
845 Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision  
846 für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in  
847 allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde  
848 Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem  
849 Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung  
850 mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von  
851 internationalen Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der  
852 Sportmetropole Berlin wollen wir ausbauen.

853 Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

854 Viele Berliner\*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen  
855 vielfältige Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft,  
856 sie unterstützen das Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den  
857 Leistungssport. Das wäre ohne zahllose Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als  
858 Trainer\*innen oder Vereinsvorstände engagieren. Fair Play gilt für uns nicht nur  
859 auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von Trainer\*innen und  
860 Übungsleiter\*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer\*innen und  
861 Übungsleiter\*innen verbessert.

862 Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

863 Gleichzeitig machen immer mehr Berliner\*innen alleine oder in sich frei  
864 organisierenden Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei  
865 organisierten Sport gleichstellen und allen Bürger\*innen den Zugang zu  
866 Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden wir das Sportfördergesetz und die  
867 Sportstättennutzungsverordnung so anpassen, dass die Vergabe von Sportflächen  
868 auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Der neu gestaltete  
869 Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-  
870 Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von  
871 institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir  
872 den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem  
873 historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen  
874 eine inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

875 Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu  
876 ermöglichen, haben wir das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in  
877 allen Berliner Bezirken kostenlose Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport,  
878 Workout oder Balance, bei mehr als 100 Aktivitäten ist für jede\*n was dabei.  
879 Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den kommenden Jahren  
880 weiterführen.

881 Sportanlagen inklusiv und ökologisch

882 Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in  
883 Berlin in schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagenanierungsprogramm haben wir  
884 begonnen, Sportstätten wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei  
885 der Vielzahl an Anlagen wird die Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns  
886 ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen ökologischen Standards erfolgen  
887 müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen

888 schonen. Deswegen haben wir in der Sportanlagennutzungsverordnung auch  
889 Nachhaltigkeitskriterien verankert.

890 Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei  
891 werden. Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle  
892 Berliner\*innen in die Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen  
893 Beitrag zur Gesellschaft der Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes  
894 Leben ermöglicht. Auch für eine älter werdende Gesellschaft ist es wichtig,  
895 barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten, damit in jedem Alter Bewegung und  
896 Sport möglich ist.

897 Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht  
898 ist es geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit  
899 Neubauten Flächen versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die  
900 Außengelände von beispielsweise Schulen umfassender genutzt werden, indem sie  
901 nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet werden. Wo nötig werden wir  
902 auch neue Sportanlagen bauen.

903 Bäder für die Berliner\*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für  
904 die Gesundheit

905 Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass  
906 immer wieder Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss  
907 Schwimmunterricht Teil des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der  
908 Berliner Bäderbetriebe ausweiten, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum  
909 Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung der Bäder besser verteilt.  
910 Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit anderen  
911 Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können,  
912 um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

913 Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen  
914 Dienstleistungsunternehmen umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der  
915 Bürger\*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent sein und allen  
916 Berliner\*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir haben in den  
917 letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie  
918 bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle  
919 Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie  
920 barrierefrei und ökologisch sind.

921 Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche  
922 körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches  
923 Geschlecht, welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder  
924 welche sexuelle Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die  
925 Vielfalt aller Berliner\*innen muss sich auch in den Führungspositionen der  
926 Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

927 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

928 1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

929 Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen  
930 wir Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50  
931 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in  
932 gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu  
933 können, treffen wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen

934 Wohnungsunternehmen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem  
935 Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung abschließen.

936 2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

937 180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen  
938 angewiesen sind. Die Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos –  
939 die einzelnen Leistungen sind so unübersichtlich, dass sie nicht bei den  
940 Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das Chaos an Familienleistungen  
941 auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf und schaffen  
942 „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld,  
943 Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen  
944 müssen. Ein\*e Sachbearbeiter\*in soll für jede Familie alle notwendigen  
945 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus  
946 Jugendamt und Sozialamt sollen zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

947 3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

948 Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein  
949 eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der  
950 Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für  
951 die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die  
952 Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für  
953 Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese  
954 Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das  
955 LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

956 4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

957 Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf  
958 angewiesen. Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln.  
959 Körperlich anstrengende Arbeit, Schichtsystem, Personalknappheit und geringe  
960 Bezahlung haben dazu geführt, dass viele ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf  
961 den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene Fachkräfte in den Beruf  
962 zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass auch eine  
963 Vollzeitätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache bei  
964 den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger  
965 Arbeitszeiten. Dazu zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der  
966 Ausbildung, angefangen von den Ärzt\*innen im Praktikum bis hin zu den  
967 Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der Pflegeausbildung.

968 5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen

969 In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen  
970 faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen –  
971 dazu zählt eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum  
972 Beispiel, dass Ärzt\*innen im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der  
973 Charité bezahlt werden. Zusätzlich könnten Landesstipendien für diese  
974 Engpassberufe vergeben werden.

## A4 K-4: Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 4. Zukunft schaffen - Innovationen und Chancen

2 Wir stellen die Zukunft der Berliner\*innen in den Mittelpunkt. Für uns beginnt  
3 das bei den Kleinsten, in der Kita, gilt für Schulkinder und Jugendliche in  
4 Ausbildung, bis zu Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind der festen Überzeugung:  
5 Berlin muss Stadt der Innovation, Nachhaltigkeit und der Zukunft werden.  
6 Deswegen haben wir uns 2016 mit großen Schritten in Richtung Zukunft aufgemacht  
7 und investiert: in Innovation, in Klimaschutz und in mehr Solidarität.

#### 8 Mit Innovation und Nachhaltigkeit aus der Krise

9 Die Corona-Pandemie ist für viele ein herber Schlag, auch für die Berliner  
10 Wirtschaft. Von heute auf morgen brachen allen voran der Tourismuswirtschaft,  
11 den Restaurants, der Kultur- und Veranstaltungsbranche die Besucher\*innen und  
12 Gäste und damit die Einnahmen weg. Uns war es wichtig, den Tausenden Menschen,  
13 Solo-Selbstständigen und kleinen und mittleren Unternehmen schnell und  
14 unbürokratisch Unterstützung zukommen zu lassen. Auf dem Weg aus der Krise zahlt  
15 sich nun aus, dass wir schon vor Corona in die Zukunftsbranchen  
16 Digitalwirtschaft, Gesundheit und neue Mobilität investiert haben – genau das  
17 werden wir fortsetzen. Berlin ist Start-up-Hauptstadt mit einer starken  
18 Digitalwirtschaft, wir machen Berlin zum Zentrum der Innovation und  
19 Nachhaltigkeit für ganz Deutschland. Unsere Landesunternehmen sollen Vorreiter  
20 und Leuchttürme des nachhaltigen Wirtschaftens werden – mit verbindlichen  
21 jährlichen Zielmarken.

#### 22 Neue Chancen und Perspektiven in guter Arbeit

23 Eine gute Zukunft gibt es nur, wenn es für alle gut wird. Darum orientieren wir  
24 uns an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Gut ist, was gute Arbeit schafft. Während  
25 der gesetzliche Mindestlohn unter 10 Euro liegt, haben wir den Berliner  
26 Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben, bei Ausschreibungen gilt Tariftreue.  
27 Wir finden, von Arbeit muss man leben können. Outsourcing haben wir  
28 zurückgedrängt und auch für kreative Honoraruntergrenzen eingezogen. Diese  
29 Arbeit wollen wir fortsetzen. Menschen, die lange arbeitslos waren, wollen wir  
30 eine neue Perspektive geben und dazu unser „Berliner Chancen-Programm“ auf den  
31 Weg bringen: neue Möglichkeiten, öffentlich gefördert und verbunden mit  
32 Ausbildung und Qualifizierung.

#### 33 Zukunft schaffen beginnt bei den Kleinsten

34 Die gute Entwicklung von Kindern hat bei uns höchste Priorität. Vor allem heißt  
35 das: mehr Kitaplätze, mehr gutes Personal und mehr Qualität in der  
36 frühkindlichen Bildung. Fachkräfte sollen sich individueller um die Entwicklung  
37 jedes einzelnen Kindes kümmern können. Das ist unser Ziel und dazu werden wir  
38 den Erzieherberuf attraktiver machen und Schule als Team aus Lehrkräften,  
39 Erzieher\*innen, IT-Support und vielem mehr aufstellen. Den Schulalltag wollen  
40 wir stärker an den Bedürfnissen von Kindern orientieren. Wir wollen eine Kultur  
41 des Lernens, die sich nicht an Defiziten orientiert, sondern Fähigkeiten in den  
42 Mittelpunkt stellt. Damit Schule funktionieren kann, muss das Umfeld stimmen –



43 genug Platz in den Gebäuden und Räumen, ausreichend Personal, saubere Schulen  
44 und gutes Bioessen aus der Kantine. Und wir wollen, dass Kinder mit ganz  
45 unterschiedlichen Hintergründen so lange wie möglich zusammen in einer Schule  
46 lernen. Nur so schaffen wir ein durchlässiges Schulsystem, das allen Kindern,  
47 unabhängig vom Elternhaus, immer wieder neue Chancen bietet.

48 Wissen schafft Zukunft

49 „Listen to the Science“ – hört auf die Wissenschaft – ist einer der wichtigsten  
50 Sätze der Klimabewegung geworden. Für uns ist er ein Grundsatz unserer  
51 aufgeklärten Demokratie und Gesellschaft und unserer Politik. Wir wollen in  
52 Zeiten von „Fake News“ den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und  
53 Gesellschaft ausbauen. Wir stehen fest an der Seite unabhängiger  
54 Wissenschaftler\*innen. Mit der Förderung der elf Zukunftsorte Berlins – vom  
55 Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof über die geplante neue Urban Tech  
56 Republic am TXL bis zum CleanTech Business Park in Marzahn – vereinen wir  
57 Wirtschaft und Wissenschaft bereits erfolgreich. An Berlins Hochschulen braucht  
58 es eine gute Finanzierung und gute Arbeitsbedingungen. Mit diesem Anspruch haben  
59 wir schon 2016 die Arbeit in der Koalition aufgenommen und von 2018 bis 2022 den  
60 Landeszuschuss jährlich um 3,5 Prozent erhöht. Unser Ziel ist, dass mit  
61 zusätzlichem Geld vordringlich befristete und prekäre Beschäftigungen in gute  
62 Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Wichtige Schritte auf einem Weg, den wir  
63 in den kommenden Jahren fortsetzen wollen.

64 Glasfaser und WLAN für die ganze Stadt

65 Die Digitalwirtschaft ist ein zentraler Motor der wirtschaftlichen Entwicklung  
66 in Berlin. Gleichzeitig nutzen Schulen Internetanschlüsse, die wir von zuhause  
67 kennen. Wir wissen um diese Lücke und erarbeiten eine Digitalisierungsstrategie.  
68 Dafür braucht es zentrale Zuständigkeiten, Glasfaser für alle in Berlin.

69 Wir sehen diese Entwicklung als große Chance für mehr Klimaschutz und Teilhabe.  
70 Darum wollen wir bis 2025 WLAN für alle in der ganzen Stadt ermöglichen – in  
71 Berlins Rathäusern und Schulen, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen, in  
72 Bibliotheken und Museen, auf öffentlichen Plätzen und in Parks.

73 Wir haben ein Berlin vor Augen, das mutig den Weg in die Zukunft weitergeht –  
74 eine Zukunft, in der die Welt auf die Hauptstadt der Innovationen schaut und in  
75 der Menschen in jeder Phase ihres Lebens wissen: Die nächste Chance wartet  
76 bereits auf mich.

77 4.1 Wirtschaften für die Zukunft

78 Berlin steht wie keine zweite Stadt in Deutschland für Innovation und Freiheit.  
79 Die Berliner Wirtschaft ist im Um- und Aufbruch und bereit für die Zukunft. Der  
80 Erfindergeist ist zurück in der Stadt: Als unumstrittene Start-up-Hauptstadt  
81 erlebt Berlin eine neue Gründerzeit. An der Spree werden die Trends der  
82 Digitalisierung erdacht und von uns gefördert. Auf dieser Grundlage ist eine  
83 starke Digitalwirtschaft in der Stadt gewachsen, nahezu alle Dax- und zahlreiche  
84 internationale Konzerne haben ihre Digitaltöchter in Berlin angesiedelt.

85 Bis zum Frühjahr 2020 stand Berlin an der Spitze der wirtschaftlichen  
86 Entwicklung in Deutschland. Nirgends stiegen Löhne und  
87 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen so stark wie hier in Berlin. In  
88 den letzten Jahren sind rund 150.000 neue sozialversicherungspflichtige

89 Arbeitsplätze entstanden. Gute Arbeit mit guten Löhnen – und besonders  
90 erfreulich: all dies mit sinkenden CO<sub>2</sub>-Emissionen.

91 Die Corona-Pandemie ist ein Einschnitt für die Berliner Wirtschaft.  
92 Selbstständige, Gastronomie, Tourismuswirtschaft, Veranstaltungsbranche und  
93 viele Künstler\*innen haben erlebt, wie Einnahmen von einem auf den anderen Tag  
94 wegbrachen. Es war richtig und uns sehr wichtig, in dieser Situation für  
95 Tausende Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten. Nach dieser  
96 ersten Hilfe arbeiten wir nun daran, neue Impulse für die Konjunktur zu setzen  
97 und Unternehmen krisenfest zu machen.

98 Und es gibt allen Grund anzunehmen, dass die Stadt nach der Pandemie an die  
99 Erfolge der letzten fünf Jahr anknüpfen kann, wenn wir die richtigen Schlüsse  
100 ziehen: Krisenresilienz stärken, Digitalisierung voranbringen und die  
101 Dekarbonisierung der Industrie zur Bekämpfung der Klimakrise vorantreiben. Die  
102 Berliner Wirtschaft wird für den Rest des Landes und der Welt Lösungen genau  
103 dafür anbieten können. Denn wir haben mit unserer Clusterstrategie und dem Fokus  
104 auf Mobilität, Energietechnik, Gesundheits- und Digitalwirtschaft in den letzten  
105 Jahren die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der Digitalagentur haben wir  
106 eine Akteurin geschaffen, die nun tatkräftig die Unternehmen beim  
107 digitalisierten Neustart unterstützt. Die bundesweit einmalige Berliner Mischung  
108 aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in den elf Zukunftsorten macht Berlin  
109 innovationsstark. Nirgends in Deutschland ist die Dichte von Forschungs- und  
110 Entwicklungshubs höher als hier. All dies ist essentiell, um die Krise zu  
111 überwinden und Lösungen für eine Zeit nach Corona zu bieten.

112 Wir bringen neue Industrie, Digitalisierung, Dekarbonisierung und emissionsfreie  
113 Produktion zusammen. Lärm und Gestank sind längst nicht mehr notwendig für die  
114 Industrie von heute. Wohnen, forschen, arbeiten und leben an einem Ort: Das ist  
115 für uns die Berliner Mischung. Wir vernetzen Industrie, Forschung und  
116 Digitalwirtschaft in konkreten Verbundprojekten. Wir verbinden Stadtentwicklung  
117 und industrielle Leuchtturmprojekte, um Berlin zur Referenzplattform für  
118 Zukunftstechnologien auszubauen. Die Entscheidung von Siemens, hohe dreistellige  
119 Millionenbeträge in die Siemensstadt zu investieren, ist Ausweis dafür. In der  
120 Siemensstadt 2.0. wird gezeigt, wie das Schlagwort der „urbanen Industrie“ mit  
121 Leben gefüllt werden kann.

122 Berlin für Fachkräfte attraktiv halten

123 Standortentscheidungen werden längst auch nach der Verfügbarkeit von Fachkräften  
124 getroffen. Und Fachkräfte kommen in Regionen und Städte, die aus beruflicher wie  
125 privater Perspektive gleichermaßen attraktiv sind. Bezahlbare Mieten, eine hohe  
126 Lebensqualität, gute Bildung sind dafür die Voraussetzungen. Diese  
127 vermeintlichen Wohlfühlthemen sind mittlerweile harte Standortfaktoren für  
128 unsere Stadt zur Bindung von Fachkräften.

129 Berlin ist und bleibt eine internationale Stadt. Erst der internationale Zuzug  
130 von Talenten macht Berlin wirtschaftlich erfolgreich. Mit dem Business  
131 Immigration Center unterstützen wir Unternehmen aktiv, Arbeitskräfte zu  
132 gewinnen. Zugleich gilt es die Anstrengungen zur Aus- und Weiterbildung zu  
133 verstärken und die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung  
134 zu stärken. Wir wollen in den Ausbau der Verbundausbildung investieren und die  
135 Kooperation zwischen Hochschulen und Weiterbildungszentren intensivieren.

136 **Verfügbare Gewerbeflächen und bezahlbare Gewerbemieten**

137 Eine der größten Hürden für Berlins kleine und mittelständische Unternehmen  
138 (KMUs) sind die rasant steigenden Gewerbemieten und die zunehmende  
139 Flächenkonkurrenz. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, haben wir den  
140 Ausverkauf von Berliner Flächen grundsätzlich beendet und Gewerbeimmobilien  
141 sukzessive angekauft und weiterentwickelt. Diesen Weg des Flächenankaufs wollen  
142 wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen  
143 umgewandelt werden. Im Bundesrat setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse  
144 ein und werden prüfen, inwieweit auch bei Gewerbemieten von Landesebene aus  
145 diese Mieten gedeckelt werden können. Um die lokale Tischlerin oder den lokalen  
146 Schuster zu unterstützen, werden landeseigene Gewerbehöfe entwickelt. Der neue  
147 Weg ist eingeschlagen, wir werden ihn weitergehen und Druck machen.

148 **Die Berliner Wirtschaft wird zum Leuchtturm der Nachhaltigkeit**

149 Für uns Grüne sind gute Arbeit, gesellschaftlicher Mehrwert, Innovation und der  
150 Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zentrale Leitplanken unserer  
151 Wirtschaftspolitik. Wir haben die Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren  
152 auch sozialer und ökologischer gemacht und die Förderinstrumente der  
153 Wirtschaftspolitik auf Klimaschutz ausgerichtet. Gleichzeitig ist der  
154 Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stetig  
155 gesunken. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups, die für  
156 Klimaschutz und die Energiewende Lösungen entwickeln. Dass Tesla auf die  
157 Hauptstadtregion setzt, ist kein Zufall: Klimaschutz ist ein Motor der Berliner  
158 Wirtschaft geworden.

159 Mit dem Ziel „Berlin als Leuchtturm der Nachhaltigkeit“ wollen wir noch mehr  
160 Anreize setzen. Mit einem umfassenden Beratungsangebot für Investor\*innen wollen  
161 wir sicherstellen, dass mehr Geld in Nachhaltigkeit angelegt und investiert  
162 wird.

163 Wir haben zudem sichergestellt, dass soziale und gemeinwohlorientierte  
164 Unternehmen sowie die solidarische Ökonomie Zugang zu den Förderprogrammen des  
165 Landes haben. Wir unterstützen sie mit festen Partner\*innen in der  
166 Wirtschaftsverwaltung und erarbeiten aktuell in Zusammenarbeit Strategien für  
167 ihre optimale Förderung – von einem sozialen Innovationszentrum über Beratung  
168 bis hin zum Austausch. Damit haben wir begonnen, diesen Wirtschaftszweig endlich  
169 aus der Nische zu holen!

170 **Klimaneutrale Landesunternehmen im Dienst der Berliner\*innen**

171 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner\*innen ganz wesentliche  
172 Bereiche der Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder beim  
173 öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen bezahlbare, stabile Preise für die  
174 Berliner\*innen sichern und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen,  
175 zugleich sind diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay in  
176 Berlin. Die Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und  
177 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Dabei ist für uns auch die  
178 Investitionsbank Berlin (IBB) eine wichtige Akteurin. Um das 1,5-Grad-Limit  
179 einzuhalten, müssen unsere landeseigenen Unternehmen so schnell wie möglich  
180 klimaneutral werden und einen Fahrplan dafür bis 2022 vorlegen. Wichtig sind uns  
181 verbindliche Ziele zu Kreislaufwirtschaft und ökologischen Baustoffen, zur  
182 nachhaltigen IT und zur Umsetzung von Klimaneutralität.

183 Die Nachhaltigkeitsberichterstattung der landeseigenen Unternehmen wollen wir  
184 weiterentwickeln und lassen uns dabei vom UN Global Compact und der Gemeinwohl-  
185 Bilanz inspirieren. Auch die Finanzanlagen des Landes und der landeseigenen  
186 Unternehmen sollen noch stärker an Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.

187 Chancen stärken – Vielfalt als Kompetenz und Standortvorteil

188 Nicht alle Berliner\*innen haben die gleichen Chancen – das gilt leider auch in  
189 der Wirtschaft. Weil Berlin nur dann wirtschaftlich stark ist, wenn alle hier  
190 ihre Ideen, ihren unternehmerischen Mut und ihre Fähigkeiten einbringen können,  
191 haben wir Austausch und Seminare für Gründer\*innen of Color an der IBB  
192 eingeführt und verleihen seit 2019 den Preis „Vielfalt unternimmt – Berlin  
193 würdigt migrantische Unternehmen“. Diese Unterstützung und Sichtbarmachung  
194 wollen wir fortsetzen und mit anonymisierten Bewerbungen auf Förderprogramme  
195 verstärken.

196 Mit der Gründung der Unternehmerinnen-Akademie fördern wir Weiterbildung und  
197 Vernetzung von Frauen. Stolz sind wir auf den bundesweit höchsten Anteil von  
198 Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen in landeseigenen Unternehmen: satte 51,5  
199 Prozent. Damit dies so bleibt, wollen wir die Weiterbildung von Frauen mit dem  
200 konkreten Ziel, eine Aufsichtsratsposition einzunehmen, zur Hälfte bezuschussen.

201 4.2 Gute Arbeit für ein gutes Leben – wir ebnen neue Wege

202 Arbeit ist mehr als Broterwerb. Tätig zu sein bedeutet Sinn im Leben, Menschen  
203 wollen sich einbringen. Das gilt im Job, für zivilgesellschaftliche Arbeit, für  
204 Erziehungs- und Familienarbeit oder Arbeit in der Nachbarschaft, um den Kiez zu  
205 verschönern. Wir wollen all das gleichermaßen ermöglichen. Voraussetzung ist,  
206 dass Jobs Zukunftsperspektiven bieten und gute Arbeitsbedingungen Sicherheit  
207 geben und Freiräume schaffen. Wenn Menschen unter prekären Verhältnissen  
208 arbeiten, wenn das Einkommen nicht für die Miete reicht, ist gesellschaftliche  
209 Teilhabe in weiter Ferne. Berlin war in den letzten Jahrzehnten immer auch  
210 Hauptstadt der prekären Beschäftigung. In den vergangenen Jahren sind wir die  
211 Misstände angegangen.

212 Gute Arbeit im öffentlichen Auftrag

213 Gute Bezahlung ist die Basis. Mit dem Landesmindestlohn und dem  
214 Vergabemindestlohn haben wir große Schritte nach vorne gemacht. Während der  
215 allgemeine Mindestlohn unter der 10-Euro-Schallmauer festhängt, sind in Berlin  
216 12,50 Euro in Landesunternehmen und bei öffentlichen Ausschreibungen die  
217 verlässliche Untergrenze – und mehr noch, Voraussetzung für einen Auftrag ist  
218 nun Tariftreue. Wir arbeiten konsequent gegen Outsourcing und werden den  
219 Landeszuschuss für die Hochschulen mit dem Thema „gute Arbeit in der  
220 Wissenschaft“ verknüpfen und die Mittel dafür anheben. In Musik- und  
221 Volkshochschulen haben wir mehr Lehrkräfte fest angestellt. Tarifsteigerungen in  
222 Kultureinrichtungen haben wir als strukturellen Mehrbedarf anerkannt und  
223 finanziell ausgeglichen. Bei Mindesthonoraren im Kulturbereich ist Berlin  
224 bundesweit Vorreiterin. Bei der Polizei und der Feuerwehr haben wir neue Stellen  
225 geschaffen und viele Kolleg\*innen in der Besoldung hochgestuft. Und mit dem Ende  
226 der Legislaturperiode werden Beamt\*innen endlich den Durchschnitt der Besoldung  
227 anderer Bundesländer erreichen. Als es darum ging, die Erzieher\*innen besser zu  
228 bezahlen, haben wir Bündnisgrüne dafür gesorgt, dass die Erhöhung über den  
229 gemeinsamen Tarifvertrag der Bundesländer erfolgte statt über eine monatliche

230 Zulage. Die Erhöhung der Stufen im Tarifvertrag ist doppelt sozial, denn anders  
231 als die Zulage sind sie auch rentenwirksam und beugen somit Altersarmut vor.

232 Dabei nutzen wir alle Einflussmöglichkeiten und prüfen jeweils das beste Mittel  
233 – wir wollen weitere Festanstellungen, höhere Mindesthonorare in der Kultur,  
234 eine strenge Durchsetzung von Landesmindestlohn und Tariftreue in der Vergabe.

235 Neue Wege in Arbeit ebnen

236 Menschen neue Wege in die Arbeit und die Zukunft ebnen ist zentraler Anspruch  
237 grüner Arbeitsmarktpolitik. Besonders schwierig ist die Lage für Menschen, die  
238 nicht jeden Job bedingungslos annehmen können, wie Alleinerziehende, strukturell  
239 durch Alter oder Rassismus Benachteiligte oder Menschen mit gesundheitlichen  
240 Einschränkungen. Auf diese wollen wir uns besonders fokussieren.

241 Das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung bietet Möglichkeiten, Menschen,  
242 die lange keiner Erwerbsarbeit nachgegangen sind, den Wiedereinstieg zu  
243 ermöglichen – im öffentlich geförderten Arbeitsmarkt, aber auch in Unternehmen,  
244 die zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Wir wollen die neuen Bundesmittel  
245 nutzen und sie mit einem „Berliner Chancen-Programm“ ergänzen. Derzeit werden  
246 1.000 Stellen über ein Landesförderprogramm unterstützt, leider nur im Rahmen  
247 zusätzlicher Tätigkeiten und ohne sinnvolle Verknüpfung zum  
248 Teilhabechancengesetz und zu EU-Mitteln. Wir wollen das Engagement auf  
249 Landesebene ausweiten, dabei aber die Mittel aus Europa, Bund und Land sinnvoll  
250 verschränken, statt Doppelstrukturen aufzubauen. Ziel ist, einen substantiellen  
251 öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu  
252 tragen, dass Unternehmen des ersten Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen  
253 Verantwortung stehen.

254 Alleinerziehende in Arbeit bringen

255 Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in  
256 allen Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung,  
257 Ausbildung in Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur eigenständigen Weiterbildung  
258 umfasst. Ziel ist, daraus ein berlinweites Programm zu entwickeln, vergleichbar  
259 mit dem Projekt „VIA – Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden in  
260 Arbeit“, das in Bremen erfolgreich ist. Die Einzelheiten des Programms wollen  
261 wir gemeinsam entwickeln – mit Arbeitgeber\*innen und Gewerkschaften, den  
262 Jobcentern und Jobpoints sowie den Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern  
263 unserer Stadt. Bei Erfolg könnten künftig weitere spezifische Angebote für  
264 andere strukturell benachteiligte Gruppen folgen.

265 Ausbeutung bekämpfen

266 Ausbeutung ist Teil der Berliner Arbeitswelt – ein Zustand, den wir nicht  
267 akzeptieren. Häufig sind Migrant\*innen, aus Osteuropa oder auch von außerhalb  
268 der EU, Opfer dieser Machenschaften. Sie schufteten auf Baustellen, in Hotels oder  
269 werden sexuell ausgebeutet, häufig ohne Mindestlohn, ohne Urlaub, ohne  
270 Krankenversicherung oder Anspruch auf Krankengeld. Diesem Treiben wollen wir  
271 Einhalt gebieten. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen leisten hier  
272 wertvolle Arbeit. Häufig sind es Migrant\*innen-Selbst-Organisationen, die  
273 Unterstützung geben und Missstände aufdecken. Wir wollen diese Arbeit  
274 verstärken, indem wir Beratungsstellen sicher finanzieren und vernetzen, auch  
275 mit Gewerkschaften und der Berliner Justiz. Es geht um Perspektiven für die  
276 Ausbeuteten und Sanktionen gegen die, die von Ausbeutung profitieren.

## 277 4.3 Familien – Verantwortung für Klein und Groß

278 Familien sind so vielfältig wie unsere Gesellschaft. Da sind Alleinerziehende,  
279 Großfamilien, Ehepaare mit ihren Kindern, Allein- oder getrennt Erziehende,  
280 Patchwork-Familien in all ihrer Vielfalt, Großeltern, die Verantwortung für  
281 Enkelkinder übernehmen oder selbst von ihren Kindern gepflegt werden,  
282 Regenbogenfamilien, Verantwortungsgemeinschaften oder geflüchtete Familien, die  
283 sich ein neues Leben aufbauen. Wer Gemeinschaft sichern und Kinder für die  
284 Zukunft stark machen möchte, muss all diese Familien stark machen.

## 285 Kinderrechte stärken: Wahlalter senken

286 Kinder, ihre Entwicklung und Zukunft stehen für uns im Mittelpunkt. Kinder haben  
287 eigene, gesetzlich verbriefte Rechte – doch viel zu häufig werden sie noch nicht  
288 ernst genommen. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Bezirken Formate der  
289 Kinder- und Jugendbeteiligung erproben – zum Beispiel um bei größeren  
290 Bauprojekten Kinder- und Jugendbeteiligung gezielt einzubeziehen.

291 Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch  
292 von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb muss das Wahlrecht berlinweit  
293 auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf 14 Jahre abgesenkt werden.

## 294 Gleichberechtigung heißt neue Chancen für Frauen, Männer und Familien

295 In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an  
296 Sorgearbeit, stecken dafür bei der Karriere zurück, geraten in Abhängigkeit und  
297 Altersarmut. Für mehr Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auf  
298 Bundesebene strukturelle Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting  
299 muss abgeschafft, ein Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und „typisch  
300 weibliche“ Berufe müssen finanziell aufgewertet werden.

301 Gleichberechtigung ist auch bei Regenbogenfamilien noch lange nicht erreicht.  
302 Als Hauptstadt der Regenbogenfamilien werden wir die Bundesregierung hier  
303 treiben und in die Pflicht nehmen. In Berlin werden wir das Personal in  
304 Gerichten und Jugendämtern schulen, um Diskriminierung abzubauen.

305 Wenn man junge Eltern fragt, was sie am meisten brauchen, ist die Antwort  
306 häufig: Zeit. Bereits mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 haben wir einen  
307 Schwerpunkt mit dem Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto  
308 gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und Nerven. Mit unserem  
309 Familienförderungsgesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro  
310 einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht  
311 geordnet ist, sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt  
312 beantragt werden können. Nicht Eltern sollen für Elterngeld,  
313 Wohnberechtigungsschein oder Kindergeld immer wieder Unterlagen einreichen  
314 müssen. Ein\*e Sachbearbeiter\*in soll für jede Familie alle notwendigen  
315 Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus  
316 Jugendamt und Sozialamt sollen in den Familienbüros zusammenfließen.

## 317 Die Berliner Verwaltung als familienfreundliche Arbeitgeberin

318 Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt  
319 ändern. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu  
320 erziehen geht nicht nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir  
321 wollen Arbeitgeber\*innen ermutigen, flexible Modelle auch nach der Pandemie

322 fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken und Gewerkschaften und  
323 Arbeitgeber\*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die Flexibilität und  
324 Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche  
325 Arbeitgeber\*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren  
326 landeseigenen Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung  
327 in Teilzeit, begrenzte Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr  
328 zur Vollzeit. Homeoffice-Möglichkeiten für die Mitarbeiter\*innen der Berliner  
329 Verwaltung wollen wir ausbauen und auch in Führungspositionen Jobsharing  
330 ermöglichen.

331 Zukunft entsteht in Musikschulen, Nachbarschaftsheimen oder Familienzentren

332 Um alle Eltern von Anfang an gut zu unterstützen, müssen Beratungs- und  
333 Hilfsangebote bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen.  
334 Schon mit dem letzten Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots\*innen  
335 auf allen Geburtsstationen auf den Weg gebracht. Aber auch der Ausbau von  
336 Begegnungsorten wie Stadtteilzentren und Kinder-, Jugend- und Familienzentren  
337 sind ein wichtiger Baustein zur Stärkung der frühen Hilfen.

338 Es gibt in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern,  
339 Jugendlichen und Familien arbeiten: Musik- und Jugendkunstschulen, genau wie  
340 Familienzentren oder Nachbarschaftsheime. Viele der Familienzentren in Berlin  
341 beraten bereits jetzt über die „typischen“ Themen rund um Familie und Erziehung  
342 hinaus, da der Bedarf an Schuldner\*innenberatung oder Mietrechtsberatung stetig  
343 wächst. Wir wollen die Familienzentren finanziell in die Lage versetzen, diese  
344 Beratungen weiter anzubieten und sich – ähnlich wie die Early Excellence Centres  
345 in England – hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien eine ganzheitliche  
346 Beratung erfahren.

347 Die aufsuchende Familienarbeit wollen wir wieder ausbauen und mit ihr einen  
348 großen Schritt Richtung präventiver Sozialarbeit tun. Ein Ausbau der Erstbesuche  
349 des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes bei Familien mit Neugeborenen wäre  
350 dafür eine Möglichkeit.

351 Kinder mit Behinderung und ihre Familien fördern

352 Familien, die Kinder mit Behinderung oder mit unheilbaren Krankheiten  
353 großziehen, stehen häufig vor mehr und größeren Herausforderungen als andere  
354 Familien ohnehin schon. Sie zu unterstützen liegt uns besonders am Herzen. Wir  
355 wollen deshalb den öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine  
356 stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen mit besonderen Einschränkungen und  
357 des Gesundheitswesens für von Behinderung betroffene oder bedrohte Kinder. Dies  
358 brauchen wir genauso für pflegende Kinder und Jugendliche, die sich neben ihrer  
359 schulischen Ausbildung um ihre Eltern kümmern und damit häufig viel mehr  
360 Verantwortung übernehmen als Gleichaltrige.

361 Bessere Perspektiven und neue Chancen für Sozialarbeiter\*innen

362 Wer Familien gut unterstützen will, muss auch die im Blick haben, die ihnen  
363 helfen. Es ist dringend nötig, den Sozialarbeiter\*innen und anderem Fachpersonal  
364 sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu  
365 entlohnen. Dass Sozialarbeiter\*innen wie Erzieher\*innen nach den  
366 Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist richtig. Die  
367 Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der  
368 hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar

369 im Januar noch nicht weiß, ob er\*sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum  
370 auf die Probleme der Kinder konzentrieren. Da Arbeit mit Kindern und Familien  
371 langfristige Beziehungsarbeit ist, wollen wir mehr Einrichtungen dauerhaft  
372 finanzieren. Das Beispiel der Finanzierung der Stadtteilmütter ist dabei für uns  
373 Vorbild. Sämtliche Angebote der Familienarbeit und Familienförderung, die nach §  
374 16 des Achten Sozialgesetzbuches vorgesehen sind, müssen rechtlich umfassender  
375 abgesichert sowie an einwohnerbezogenen Richtwerten orientiert werden. Das  
376 Angebot werden wir weiterentwickeln und mit qualitativen sowie quantitativen  
377 Fachstandards verbindlich absichern. Das von uns eingebrachte  
378 Familienfördergesetz werden wir dazu umsetzen.

379 Schutz vor häuslicher Gewalt, Unterstützung von Kindern vor Gericht

380 Frauen und Kinder müssen in ihrem Zuhause sicher sein. Prävention und  
381 Opferschutz stehen dabei im Zentrum. Krisendienste, Beratungsstellen,  
382 Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen werden wir durch Ausbau von Online-Angeboten  
383 weiter stärken, die digitale Erreichbarkeit verbessern und mehr Plätze in  
384 Frauenhäusern schaffen. Präventionsangebote für potentielle Täter\*innen werden  
385 wir ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wollen wir dabei auf die spezifischen  
386 Bedarfe von LSBTIQ\* legen und die Maßnahmen an ihren Bedarfen ausrichten.

387 Die Rechte von Kindern bei strafrechtlichen Vernehmungen und  
388 familiengerichtlichen Anhörungen müssen besser geschützt werden. Hierfür werden  
389 wir die beteiligten Fachkräfte weiterbilden und Jugendämter personell so gut  
390 ausstatten, dass sie sich an den Verfahren beteiligen können. Die  
391 Kinderschutzambulanz und die Gewaltschutzambulanz wollen wir ausbauen. Die  
392 interdisziplinäre Zusammenarbeit werden wir durch einen weiteren Ausbau des  
393 Childhood-Hauses an der Charité institutionalisieren.

394 4.4 Beste frühkindliche Bildung – beste Startchancen für alle Kinder

395 Kinder sind unsere Zukunft und die Entwicklung unserer Kinder hat für uns  
396 höchste Priorität. Wir wollen Kindern alles dafür mitgeben, ihren Weg zu gehen,  
397 sich individuell und spielerisch zu entwickeln. Die frühen Jahre sind eine  
398 entscheidende Phase für die Entwicklung, und gute frühkindliche Bildung ist  
399 Voraussetzung für Chancengerechtigkeit.

400 Gute Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen bedeuten gute Kitas für unsere Kinder

401 Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen leisten Großartiges, und das unter  
402 häufig schwierigen Bedingungen. Wir wissen: Qualität beginnt mit Menschen, die  
403 für Kinder da sind. Doch viel zu oft sind Erzieher\*innen-Stellen in Kitas  
404 unbesetzt, und durch Krankheit und Urlaub der Kolleg\*innen kommt es immer wieder  
405 zu Engpässen. Denn in der gesetzlichen Personalausstattung sind Urlaube oder  
406 durchschnittliche Krankheitstage nicht mit eingerechnet. Wir fordern deshalb,  
407 dass die Personalausstattung dahingehend erweitert wird, dass sie die  
408 differenziertere Kind-Fachkraft-Relation berücksichtigt und dass dabei zum  
409 Beispiel Krankheits- und Urlaubszeiten sowie Fortbildungszeiten zusätzlich mit  
410 hinzugerechnet werden, so dass sich die realen Bedingungen in den Kitas besser  
411 abbilden lassen. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an  
412 wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Um alle Stellen tatsächlich  
413 besetzen zu können, brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu  
414 gewinnen, muss der Beruf attraktiver werden. Deshalb ist gut, dass es in  
415 Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von Erzieher\*innen anzuheben. Wir



416 werden uns darüber hinaus aber weiter für gute Arbeitsbedingungen in den Kitas  
417 einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare pädagogische Arbeit, wie  
418 etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in die Berechnung des Personalbedarfs  
419 einbeziehen. Denn nur wenn Erzieher\*innen ausreichend Zeit für ihre Arbeit  
420 haben, können sie diese wirklich gut und für Kinder und Eltern und nicht zuletzt  
421 auch für sich selbst zufriedenstellend ausführen. Darüber hinaus wollen wir den  
422 Quereinstieg in den Beruf der Erzieher\*in weiter fördern – Quereinsteiger\*innen  
423 leisten schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren  
424 vielfältigen Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger\*in in die  
425 Kita kommt, braucht selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem  
426 übrigen pädagogischen Personal in den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt  
427 werden: Die Ausbildung von Quereinsteiger\*innen muss sich bei der Berechnung der  
428 Personalstunden entsprechend niederschlagen.

#### 429 Ausbildung und Fortbildung ein Leben lang

430 Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer wieder fortzubilden, sind  
431 Voraussetzung für Qualität. Wir haben in den vergangenen Jahren die  
432 Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als  
433 verdoppelt und das Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt  
434 weitergehen und die Ausbildung – wie in anderen Ausbildungsberufen üblich –  
435 entlohnen. Um die Fachschulen weiter zu verbessern, wollen wir mit ihnen  
436 Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und Theorie  
437 stärken. Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die  
438 Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir  
439 wollen Erzieher\*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische  
440 Zusatzqualifikationen zu erlangen als auch Weiterbildungen zu  
441 betriebswirtschaftlichen Themen oder zur Mitarbeiterführung zu belegen, denn nur  
442 mit diesen Qualifikationen können wir auch den steigenden Bedarf an gut  
443 ausgebildeten Kitaleitungen decken.

#### 444 Mehr Qualität in Berlins Kitas

445 Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine  
446 Daueraufgabe – es geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, neue  
447 Konzepte, Monitoring und mehr Elternzusammenarbeit und deren Empowerment. Dafür  
448 wollen wir zusätzliche Mittel für das Berliner Kita-Institut für  
449 Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das Sozialpädagogische  
450 Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser ausstatten.  
451 Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim  
452 Einsatz von digitalen Medien in der frühkindlichen Bildung.

#### 453 Mehr Räume, mehr Kitas und bessere Betreuungsmöglichkeiten in Randzeiten

454 Das zweite Nadelöhr ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und dabei mangelnde  
455 Räumlichkeiten. Die hohen Mieten und die stetige Verdrängung von Kitas und  
456 Tagespflegeeinrichtungen sind ein zentrales Problem. Darum haben wir Grüne eine  
457 Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg  
458 gebracht. Außerdem wollen wir in Zukunft alle Träger bei der Suche nach Flächen  
459 und Räumen unterstützen, u. a. mit der Ausweitung von Erbbaupachtverträgen und  
460 einem Neubauinvestitionsprogramm. In Zusammenarbeit mit IHK, HWK und den  
461 landeseigenen Betrieben wollen wir auch die Einrichtung von Betriebs-Kitas  
462 gezielt angehen.

463 Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, nutzt eine Kita, die um 17 Uhr schließt,  
464 wenig. Berlin hat mit dem MoKiS („Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit  
465 besonderen Arbeitszeiten“) ein Angebot für genau diese Eltern – leider kennen es  
466 wenige und die Hürden sind hoch. Wir wollen den MoKiS bekannter und leichter  
467 zugänglich machen.

#### 468 Sprachförderung und Vielfalt in der Kita

469 Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in  
470 Deutsch als auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die  
471 „Sprachkitas“ wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“  
472 systematisch die Ausweitung der Sprachförderung in allen Kitas angehen. Stark in  
473 die Gesellschaft starten heißt auch, dass Kinder ihre Rechte kennen. Die  
474 Verankerung der Kinderrechte sowohl in der Verfassung Berlins als auch in der  
475 frühkindlichen Bildung ist uns darum ein zentrales Anliegen. Das umfasst auch,  
476 auf den Abbau von Vorurteilen hinzuwirken – denn auch Kinder haben Vorurteile;  
477 Verhaltensmuster erlernen sie jedoch erst. Doch bereits Kinder im Kitaalter  
478 bringen gewisse eingeübte Rollen mit. Daher setzen wir uns dafür ein, dass  
479 vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung ihren Platz in den pädagogischen  
480 Einrichtungen findet, Erzieher\*innen entsprechend aus- und fortgebildet werden  
481 und sich die Vielfalt der Gesellschaft auch im Personal der Kita widerspiegelt.

#### 482 Schutz von Kindern vor Missbrauch

483 Der Schutz von Kindern hat für uns einen besonderen Stellenwert – die vielen  
484 Fälle von Kindesmissbrauch, die jüngst Schlagzeilen gemacht haben, zeigen den  
485 Handlungsbedarf. Wir werden dafür sorgen, dass alle Bildungseinrichtungen für  
486 Kinder und Jugendliche Kinderschutzkonzepte erstellen und umsetzen. Wichtig ist  
487 dabei, dass Akteur\*innen eng zusammenarbeiten, egal auf welcher gesetzlichen  
488 Grundlage ihre Finanzierung beruht. Um das zu verbessern, wollen wir auf  
489 Landesebene konkrete Vorgaben zur Zusammenarbeit erarbeiten.

#### 490 Eine zentrale Plattform für die Kitaplatzsuche

491 Wir wissen, wie schwierig es derzeit ist, einen Kitaplatz zu finden. Darum  
492 brauchen wir ausreichend Plätze in Kitas und Tagespflegeeinrichtungen mit hoher  
493 Betreuungsqualität. Ausreichend Kitaplätze zu schaffen und das Personal dafür  
494 auszubilden muss deshalb eine hohe Priorität haben. Wir wollen darüber hinaus  
495 den Zugang zu einem Kitaplatz erleichtern, indem wir den Kita-Navigator, der  
496 eine Übersicht über freie Kitaplätze liefern soll, weiterentwickeln. Damit  
497 schaffen wir eine zentrale Plattform, auf der Angebot und Nachfrage nach  
498 Kitaplätzen übersichtlich, einfach und transparent dargestellt werden. Wir  
499 wollen, dass Eltern hier – ähnlich wie bei der Vergabe von Plätzen für  
500 Oberschulen – zentral ihre Wunschkita sowie weitere Wunschkitas eintragen können  
501 und auch über dieses Portal mitgeteilt bekommen, in welcher Kita sie einen Platz  
502 bekommen. Die Kitas haben weiterhin die Möglichkeit, Eltern und deren Kinder  
503 kennen zu lernen und aufgrund ihrer eigenen Kriterien zu entscheiden, welche  
504 Kinder sie aufnehmen – sie würden lediglich nicht mehr selbst die Eltern  
505 informieren. Damit würden auch Kitas viel Zeit sparen, da im jetzigen System  
506 viele Eltern noch auf ihren Listen stehen, obwohl sie woanders schon einen Platz  
507 haben, und auch für die Eltern würde das Eintragen auf unzähligen Listen damit  
508 endlich der Vergangenheit angehören.

509 Wir machen uns stark für Kitas, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen  
510 Familien zusammenkommen und in denen eine lebendige, demokratische Kultur gelebt  
511 wird. All das erreichen wir nur mit ausreichend und gut ausgebildeten  
512 Erzieher\*innen und guten Räumlichkeiten. Es war ein richtiger Schritt, Kitas und  
513 Kindertagespflege gebührenfrei zu machen. Bildung ist ein Grundrecht, hier darf  
514 es keine Hürden geben. Wir haben gleichzeitig immer darauf gedrungen, mehr in  
515 Qualität zu investieren – hier bleibt leider noch viel zu tun. Ausreichend  
516 Plätze und gute Qualität sind die zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

#### 517 4.5 Schule fürs Leben – mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen

518 Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Und  
519 für beste Bildung braucht es ein Umdenken: Schule muss sich konsequent an den  
520 Bedürfnissen von Kindern orientieren. Corona hat gezeigt, dass Kinder mehr  
521 benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selber und die eigenen Fähigkeiten  
522 gut zu kennen, soziales Miteinander und Mitbestimmung zu erproben – all das soll  
523 Schule stärken. Wir wollen eine neue Kultur des Lernens, in der nicht Defizite,  
524 sondern Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen. Und wir wollen Klassen, die die  
525 Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.

526 Dafür brauchen alle Berliner Schulen ausreichend und gut ausgebildetes Personal,  
527 eine stärkende und Spaß machende Lernkultur und natürlich gute Bedingungen – das  
528 gilt für Gebäude ebenso wie für gutes Essen am Mittag, eine Vernetzung in den  
529 Kiez und digitales Lernen. Unsere Vorstellung von Schule lässt sich am besten  
530 umsetzen, wenn Kinder so lange wie möglich zusammen lernen. Darum ist unser Ziel  
531 die „eine Schule für alle“ – langes gemeinsames Lernen in vielfältigen  
532 Gemeinschaftsschulen.

#### 533 Mitbestimmung statt Mitsprache

534 Kinderaugen leuchten, wenn sie voneinander, draußen im Kiez oder auch beim  
535 Experimentieren lernen. Deshalb wollen wir spielerischem Lernen und  
536 Eigenverantwortung deutlich mehr Platz im Schulalltag einräumen. Perspektivisch  
537 streben wir an, von Noten zu einem kompetenzbasierten Lernfeedback überzugehen.  
538 Wir unterstützen Schüler\*innen-Haushalte und wollen, dass Kinder und Jugendliche  
539 mehr mitbestimmen können, zum Beispiel bei der Mitgestaltung ihrer Schulen und  
540 Kieze.

#### 541 Mehr Personal, mehr Professionen – das Team Schule neu und breiter aufstellen

542 Berlins Schulen brauchen mehr gut ausgebildetes Personal: von Lehrkräften über  
543 Erzieher\*innen, IT-Unterstützung, Supervision, psychologische Betreuung,  
544 Sekretariate bis zu Quereinsteiger\*innen aus verschiedensten Fachrichtungen.  
545 Schule so als Team vielfältiger Professionen auf Augenhöhe aufzustellen  
546 entlastet Lehrkräfte und stärkt die Qualität des Lernens. Diversität im Team  
547 Schule ist für uns ein wichtiges Ziel. Die breite Lebenserfahrung und diverse  
548 kulturelle Hintergründe von Quereinsteiger\*innen sind hierbei ein Gewinn. Um sie  
549 für unsere Schüler\*innen nutzbar zu machen, verbessern wir den Zugang von  
550 Menschen aus anderen Fachrichtungen zum Schuldienst. Die Arbeitszeiten von  
551 Lehrkräften sollten Platz für Elterngespräche, Teamsitzungen, Fortbildungen und  
552 Supervision lassen. Bei steigendem Personal und ausreichend Schulplätzen wollen  
553 wir zudem die Stundendeputate verringern und die Größe von Klassen verkleinern.

554 Die Zahl der Lehramtsstudienplätze, vor allem im Grundschulbereich, wollen wir  
555 ausbauen, genau wie die berufs begleitende Ausbildung von Quereinsteiger\*innen.

556 Die Wissensgesellschaft von morgen braucht Lehrkräfte und diese müssen heute  
557 ausgebildet werden. Und zwar auch als Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch,  
558 Polnisch und weitere Sprachen, damit Schüler\*innen auch ihre Herkunftssprachen  
559 als zweite und dritte Fremdsprache wählen können.

560 Schulen bauen – am besten aus Holz

561 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, gleichzeitig müssen  
562 ungefähr 60 neue Schulen gebaut werden. Um aufs Tempo zu drücken, haben wir die  
563 HOWOGE als effiziente Partnerin für die Umsetzung an Bord geholt. Holzbau steht  
564 schneller, ist umweltfreundlicher und flexibler. Darauf setzen wir. Wir wollen  
565 nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offenstehen:  
566 Nachmittags könnte die Mensa zum Kiez-Café werden, der Schulgarten zum  
567 gemeinschaftlichen Urban Gardening einladen und die Lernräume könnten  
568 Weiterbildung für alle im Kiez ermöglichen. Während der Corona-Pandemie wurde  
569 deutlich, wie wenig Platz im öffentlichen Raum für Kinder zur Verfügung steht.  
570 Um das zu ändern, sollen Schulhöfe auch am Wochenende offen sein und einen Ort  
571 der Begegnung im Kiez bieten. Es braucht großzügige und multifunktionale  
572 Schulen, mehr rechtliche Freiheit zur Nutzung der Räume und finanzielle Mittel  
573 zur Anstellung von Hausmeister\*innen und organisatorischer Unterstützung.

574 Gebäude müssen nicht nur in gutem Zustand, sondern auch sauber sein. Darum  
575 setzen wir uns schon lange dafür ein, dass sich die Situation der Schulreinigung  
576 verbessert, und freuen uns, dass dieses Thema in vielen Bezirken durch BVV-  
577 Beschlüsse Rückenwind bekommen hat. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und  
578 Schüler\*innen kämpfen wir für eine saubere, gemütliche Lernumgebung und gegen  
579 prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben die Schulreinigung grundlegend neu  
580 aufgestellt, in einem ersten Schritt durch höhere Qualitätsstandards bei der  
581 Ausschreibung. In einem zweiten Schritt prüfen wir, wie das Ziel der  
582 vollständigen Rekommunalisierung der Schulreinigung bis 2026 umgesetzt werden  
583 kann.

584 Schule for future!

585 Mit dem 1,5-Grad-Limit vor Augen und der berechtigten Forderung nach  
586 Klimagerechtigkeit müssen auch Schulen ökologisch und perspektivisch  
587 klimaneutral werden. Deswegen haben wir damit begonnen, Schuldächer mit  
588 Solarpaneelen auszustatten, Fassaden zu begrünen und Regenwasser aufzufangen.  
589 Wir haben es auch geschafft, dass der Bioanteil beim nun kostenlosen Mittagessen  
590 in der Grundschule von unter 15 auf 50 Prozent gestiegen ist. Wir wollen ein  
591 echtes 100-prozentiges regionales Bio-Essen, Gebäude mit hohen Öko-Standards,  
592 das Querschnittsthema Nachhaltigkeit und Fragen der Umwelt- und Naturbildung  
593 deutlich stärker verankern. Wir wollen mehr Kooperationen zwischen Schulen und  
594 Botanischem Garten und Naturkundemuseum fördern, um Natur- und  
595 Nachhaltigkeitsbildung an den Schulen anschaulich zu verankern.

596 Vielfalt als Reichtum, Mehrsprachigkeit als Kompetenz

597 Berlins Kinder sind mehrsprachig und haben damit vielen Altersgenoss\*innen  
598 gegenüber einen unschätzbaren Vorteil. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation –  
599 das wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht in Herkunftssprachen  
600 ausbauen. Damit Schüler\*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben,  
601 braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte und  
602 Lehrkräfte of Color gewinnen. Außerdem achten wir die Urteile des

603 Bundesverfassungsgerichts und werden das Berliner Neutralitätsgesetz abschaffen.  
604 Dabei fangen wir mit den Schulen an. Wir wollen klare Beschwerdewege im Fall von  
605 Diskriminierung an Schulen schaffen, Lehrmaterialien zur Verfügung stellen, die  
606 über Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und Sexismus aufklären, und  
607 im Lehrplan eine kritischere Auseinandersetzung mit Kolonialismus und  
608 Stereotypen verankern.

609 Für längeres gemeinsames Lernen, für gleiche Chancen

610 Die ersten Lernetappen sind oft riesige Schritte für die neuen Schüler\*innen:  
611 das Abc, Addieren, Dividieren, Schreibschrift und vieles mehr in einer komplett  
612 neuen Umgebung. Damit das Ankommen spielerisch, individuell und gut gelingt,  
613 wollen wir mit unserer „Qualitätsinitiative Grundschule“ an allen Berliner  
614 Grundschulen für bessere Lernbedingungen sorgen und insbesondere dort, wo die  
615 Lage schwierig ist, zusätzliche Mittel, zum Beispiel für Funktionsstellen zur  
616 Weiterentwicklung der Schule, und zusätzliche Verwaltungsstellen in die Hand  
617 nehmen und Bewerbungen von Lehrkräfteteams ermöglichen.

618 Wichtig ist uns, dass kurze Beine kurze Wege haben. Damit kommen in vielfältigen  
619 Kiezen Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien in einer Grundschule zusammen,  
620 beeinflussen und bereichern einander. Sechs Jahre gemeinsame Grundschulzeit  
621 wollen wir verbindlich für alle Kinder gleichermaßen verankern. Wer sich in  
622 Berlin bei einer weiterführenden Schule bewirbt, weiß, dass es hoch kompetitiv  
623 zugeht. Beherrzter Schulneubau und eine Personalplanung mit Reserven sollen dies  
624 in Zukunft abmildern. Außerdem bleiben die freiwerdenden Kapazitäten an den  
625 bislang grundständigen Gymnasien erhalten und dienen dem Aufbau weiterer Züge ab  
626 der siebten Klasse. Um den Prozess der Schulwahl fairer zu gestalten und die  
627 soziale Mischung zu stärken, wollen wir mindestens 50 Prozent der Plätze an  
628 Schulen mit Übernachtung im Losverfahren vergeben und prüfen, wie durch die  
629 Bildung von Notenkohorten beim Losverfahren die Heterogenität an Schulen  
630 verbessert und die Chancengerechtigkeit erhöht werden kann. Damit stärken wir  
631 die freie Schulwahl gerade derer mit schlechterem Notenschnitt.

632 Gerade Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen,  
633 brauchen die besten Angebote und eine hohe Qualität des Unterrichts. Deshalb  
634 werden wir eine zielgenaue Unterstützung für Schulen in schwieriger Lage  
635 entwickeln. Dazu gehört auch guter Ganzttag, der mehr ist als Betreuung. Dafür  
636 wollen wir den Ganzttag sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen  
637 fördern sowie den Personalschlüssel im Ganzttag erhöhen, um ihn zu einer echten  
638 Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Mit der  
639 Öffnung in den Kiez soll Schule auch zum Ankerpunkt für Eltern werden – damit  
640 Lehrer\*innen und anderes pädagogisches Personal in engem Austausch mit Eltern  
641 stehen und ihre Perspektive einbinden sowie auf der anderen Seite Eltern  
642 beratend zur Seite stehen.

643 Mit dem Ziel des längeren gemeinsamen Lernens vor Augen haben wir hart dafür  
644 gearbeitet, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule  
645 als eine der vier Regelschulen definiert wurde. Die Umwandlungen und  
646 Neugründungen von qualitativ hochwertigen Gemeinschaftsschulen wollen wir  
647 gezielt unterstützen, zum Beispiel mit finanziellen Mitteln für den  
648 Fusionsprozess oder beim Aufbau einer Oberstufe.

649 Auch an Gymnasien sind viele Lehrkräfte hoch motiviert und übernehmen  
650 Verantwortung für alle Kinder. Wir wissen um die Belastung für Kinder durch das

651 Probejahr und das Abschulen. Deshalb werden wir beides durch andere Maßnahmen  
652 ersetzen, die die Förderung des einzelnen Kindes im Blick haben, so dass alle  
653 auf dem Gymnasium bleiben können. Unser Ziel ist, dass alle Kinder, die einmal  
654 auf einem Gymnasium sind, auch dort ihren Abschluss machen. Darum sollen  
655 Gymnasien künftig nicht nur alle Schulabschlüsse anbieten, sondern alle  
656 Schüler\*innen an ihrer Schule so unterstützen und fördern, dass diese ihren  
657 Abschluss machen werden. Alle Gymnasien sollen nach denselben Regeln, die auch  
658 die Integrierte Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschulen anwenden, Kinder  
659 mit Förderbedarfen aufnehmen. Da wir damit neue Anforderungen an Gymnasien  
660 stellen, wollen wir sie auch entsprechend besser ausstatten und befähigen.

661 Grüne Bildungspolitik setzt zuerst auf ein starkes öffentliches Bildungsangebot.  
662 Gleichzeitig leisten auch Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft in Berlin  
663 einen wichtigen Beitrag. Häufig probieren diese Schulen alternative und  
664 innovative Lernformen aus. Erfolgreiche Konzepte wollen wir deutlich stärker in  
665 öffentliche Schulen tragen. Um die Heterogenität unter den Schüler\*innen zu  
666 stärken, wollen wir mit Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft zusammen daran  
667 arbeiten. Um den Zugang für Kinder aus Familien mit Transferleistungen zu  
668 erleichtern, werden wir diese Familien von finanziellen Beiträgen befreien. Die  
669 Finanzierung von Schulen in nichtöffentlicher Trägerschaft soll künftig stärker  
670 die Übernahme sozialer Verantwortung widerspiegeln.

671 Berufliche Bildung ist genauso viel wert wie Allgemeinbildung

672 Wir wollen berufliche Bildung gleichwertig neben der Allgemeinbildung  
673 positionieren und so durchlässige, individuelle Bildungswege eröffnen. Zusammen  
674 mit Ausbildungspartner\*innen wollen wir im Rahmen von Lernwerkstätten und  
675 Projekttagen praktische, berufliche Angebote an allen Schulen als Regelangebote  
676 etablieren. Die Oberstufenzentren (OSZ) wollen wir stärken. Sie bieten nicht nur  
677 den Übergang zur Berufsausbildung und leisten den schulischen Teil der dualen  
678 Ausbildung, sondern bieten auch die Chance, Schulabschlüsse nachzuholen und sind  
679 in der Integration von geflüchteten und zugewanderten Schüler\*innen äußerst  
680 erfolgreich. Der Zugang zu wissenschaftlicher Hochschulbildung steht sowohl  
681 Menschen mit einer allgemeinen Schulbildung als auch jenen mit einer  
682 Berufsausbildung offen.

683 Kein\*e Jugendliche\*r darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule verlassen.  
684 Wir setzen uns deshalb für ein elftes Pflichtschuljahr für Schüler\*innen ohne  
685 Anschlussperspektive ein, das in den Oberstufenzentren angeboten wird. Auch wer  
686 eine Ausbildung abbricht, soll durch die Jugendberufsagentur so lange begleitet  
687 werden, bis eine neue Perspektive gefunden wurde. Und vor Abschluss einer  
688 Ausbildung sollen die Oberstufenzentren mit ihrem sozialpädagogischen Personal  
689 in Kooperation mit der Jugendberufsagentur den Jugendlichen eine  
690 Anschlussperspektive eröffnen, falls die Jugendlichen sich diese noch nicht  
691 eigenständig erschlossen haben.

692 Digitale Lernkultur und Digitalkompetenz in Berlins Schulen fördern!

693 Wir haben erlebt, wie Corona den Schulalltag auf den Kopf gestellt hat. Dabei  
694 wurde vor allem deutlich, wie überfällig die Digitalwende in Berlins Schulen  
695 ist: Digitales Lernen müsste doch eigentlich längst Alltag sein! Wir wollen  
696 Schulen dabei unterstützen, datenschutzkonforme und zugleich spielerische  
697 Programme, Apps und Lernsoftware mit dem Unterricht zu verzahnen und digitale  
698 Lernkonzepte im Unterricht zu verankern. Wichtig ist, dass Kinder und

699 Jugendliche verstehen, wie Algorithmen funktionieren, wie programmieren  
700 funktioniert, welche Chancen, aber auch Gefahren und Möglichkeiten zur  
701 Manipulation durch das Internet entstehen. Kinder und Jugendliche brauchen ein  
702 solides Fundament an Medienkompetenz und soziale Einbettung, um sicher und  
703 selbstständig digital zu lernen. Dazu wollen wir Lehrkräfte fortbilden, die IT-  
704 Unterstützung für alle Schulen ausbauen, jede Schule soll ein leistungsstarkes  
705 Glasfasernetz, WLAN, Laptops und andere Endgeräte für Schüler\*innen und  
706 Lehrkräfte erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass die Gelder  
707 aus dem Digitalpakt effektiv und schnell in die digitale Ausstattung der  
708 Berliner Schulen fließen. Neben den IT-Administrator\*innen, die sich um die  
709 Technik kümmern, wollen wir den Schulen sogenannte EdTech Coaches zur Verfügung  
710 stellen, die die Kolleg\*innen bei der Integration von webbasierten Medien in  
711 ihren Unterricht unterstützen. Außerdem werden wir die Fortbildung zu einer Art  
712 EdTech Coach für Schüler\*innen weiter ausbauen und ein Digitalinstitut für den  
713 Austausch von Best Practices in Schulen und mit den bezirklichen  
714 Medienkompetenzzentren etablieren. Und es braucht mehr Forschung: Was ist gutes  
715 webbasiertes Lernen? Was funktioniert in welcher Altersgruppe? Nur mit dieser  
716 Grundlage kann digitale Bildung der Zukunft gelingen.

#### 717 4.6 Unabhängig Wissen schaffen – gute Bedingungen für die Berliner Hochschulen

718 Unabhängige Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Sie können Antworten  
719 auf zentrale Herausforderungen unserer Stadt liefern und helfen unsere  
720 Gesellschaft besser zu verstehen. Dafür stärken wir unsere vielfältige Berliner  
721 Wissenschaftslandschaft aus Universitäten, Hochschulen für angewandte  
722 Wissenschaften, Kunsthochschulen, außeruniversitären und freien  
723 Forschungseinrichtungen sowie Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und fördern  
724 den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Öffnung zur  
725 Stadtgesellschaft wollen wir im Hochschulgesetz verankern und wissenschaftliche  
726 Bildung für alle als Teil des lebenslangen Lernens ermöglichen. Wir werden  
727 Mittel für neue Formate bereitstellen und das WissenschaftsForum am  
728 Gendarmenmarkt ausbauen.

#### 729 Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren

730 Die Hochschulverträge als Finanzierungsgrundlage wollen wir fortführen, aber  
731 transparent und bedarfsgerecht umgestalten. Der Sockelbetrag soll deutlich  
732 steigen, um Lehre und Forschung in hoher Qualität sicherzustellen. Mit einer  
733 berlinweiten Strukturplanung, welche die Diversität der Berliner  
734 Hochschullandschaft widerspiegelt, über alle Hochschultypen hinweg wollen wir  
735 Kooperationen stärken. Besonders werden wir darauf achten, den Weg zu besseren  
736 Arbeitsbedingungen fortzusetzen. Die Abhängigkeit vieler Wissenschaftler\*innen  
737 von den Professuren wollen wir aufbrechen, indem wir deutlich mehr Dauerstellen  
738 im Mittelbau schaffen und einen berlinweiten Codex für gute Arbeit in der  
739 Wissenschaft vereinbaren. Im Dialog mit den Hochschulen wollen wir ein  
740 finanzielles Anreizsystem für gute Leistungen in der Lehre entwickeln, um der  
741 Lehre und der Forschung gleichermaßen Rechnung zu tragen. Ergänzen wollen wir  
742 dies mit einem Transparenzregister für drittmittelfinanzierte Forschung, um  
743 Unabhängigkeit zu garantieren und ethische Ansprüche wie die Zivilklausel  
744 tatsächlich umsetzbar zu machen. Zu diesem Anspruch zählt auch, Tierversuche (im  
745 Sinne von 3R) durch Alternativmethoden weiter zu ersetzen.

#### 746 Selbstverwaltung als Grundprinzip

747 Eine unabhängige und freie Hochschullandschaft erwächst aus der  
748 gleichberechtigten Selbstverwaltung von Professor\*innen, wissenschaftlichen  
749 Mitarbeitenden, Studierenden und Mitarbeitenden in Technik, Verwaltung und  
750 Medizin. Wir wollen die Partizipationsmöglichkeiten aller dieser Statusgruppen  
751 innerhalb der Hochschulen stärken und in einem modernen Hochschulgesetz  
752 festschreiben. Dafür werden wir ein viertelparitätisches Grundordnungsgremium,  
753 das über die Zusammensetzungen und Aufgaben aller Gremien der Hochschule  
754 beschließt, einführen. Neu zu schaffende Hochschulreferate unterstützen die  
755 qualifizierte Arbeit aller Gremienmitglieder.

#### 756 Zugang zu Hochschulen öffnen

757 Wir finden: Egal woher du kommst oder wie viel Geld deine Eltern haben – Bildung  
758 an Berlins Hochschulen ist für alle da. Dafür werden wir neue Angebote schaffen.  
759 Wir werden Beratungen für Schüler\*innen, Studierende und beruflich Qualifizierte  
760 ausbauen und den Service rund ums Studium, wie studentisches Wohnen und die  
761 Mensaversorgung, verbessern. Wir werden das Beste aus Präsenz- und digitaler  
762 Lehre fördern und Orientierungsphasen im Studium sowie flexibles  
763 Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich einführen. Wir kämpfen für  
764 eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende, die allen eine echte  
765 Wahlfreiheit für den eigenen Bildungsweg eröffnet. Erfolgreiche Programme zur  
766 Gleichstellung von Frauen und Männern bauen wir weiter aus. Mit neu zu  
767 schaffenden Diversity-Beauftragten und der stärkeren Verankerung dieser Aufgabe  
768 in der akademischen Selbstverwaltung mit entsprechenden personellen Ressourcen  
769 machen wir unsere Hochschulen noch vielfältiger und fit für die diverse  
770 Gesellschaft.

#### 771 Berliner Hochschullandschaft vernetzen

772 Die reiche Berliner Hochschullandschaft kommt erst richtig zum Tragen, wenn wir  
773 die Hochschulen auch in der Lehre zusammendenken. Wir wollen Studierenden neue  
774 Möglichkeiten eröffnen, selbstbestimmt zu lernen. Wir setzen auf ein  
775 berlinweites Angebot von frei wählbaren und als Leistung anzurechnenden  
776 Lehrveranstaltungen. Die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen, seien es  
777 Fachhochschulen oder Universitäten, wollen wir ausbauen. Die damit einhergehende  
778 Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes,  
779 transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten.

#### 780 Nachhaltigkeit und Digitalisierung als Zukunftsthemen

781 Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken  
782 sie zusammen – sowohl bei den Investitionen in die Gebäude als auch bei  
783 Forschung und Lehre. Wir wollen den Investitionsstau bei den Berliner  
784 Hochschulen auflösen und stellen dabei energetische Sanierung, Klimaneutralität  
785 und Digitalisierung ins Zentrum. Die Innovationen der Berliner  
786 Nachhaltigkeitsforschung wollen wir mit den kreativen Potentialen der  
787 Stadtgesellschaft zusammenbringen. Forschungsprojekte, die ihre Ansätze und  
788 Daten transparent anderen Wissenschaftler\*innen und der Gesellschaft zur  
789 Verfügung stellen, sollen sich daher im Rahmen unserer „Open Science Strategie“  
790 ebenso wie digitale Lehr- und Lernformate positiv auf die Finanzierung der  
791 Hochschulen auswirken und landesseitig durch die erforderliche Infrastruktur  
792 sowie beratendes und technisches Fachpersonal abgesichert werden. Mit einem  
793 eigenen Programm wollen wir die Digitalisierung der wissenschaftlichen  
794 Bibliotheken beschleunigen. Durch neue Kooperationen und Forschungskapazitäten



795 an der Schnittstelle von Wissenschaft, Stadtgesellschaft und Digitalwirtschaft  
796 werden wir die Digitalisierungsforschung mit sozial-ökologischen Themen wie  
797 Klima-, Daten- und damit Verbraucherschutz, Selbstbestimmung, gesellschaftlichem  
798 Zusammenhalt und Ressourcenverbrauch verbinden. Zudem wollen wir die Plurale  
799 Ökonomie stärken, um eine Lehre von vielfältigen Theorien der  
800 Wirtschaftswissenschaften nebeneinander zu ermöglichen.

#### 801 4.7 Mehr als Nullen und Einsen – Berlins Zukunft ist digital

802 Berlin ist Hotspot der Digitalwirtschaft und Ort digitalpolitischer Debatten.  
803 Die Digitalwirtschaft mit ihren vielen Start-ups ist ein zentraler Motor der  
804 wirtschaftlichen Entwicklung und sichert Berlin als Standort mit Zukunft. Auch  
805 viele größere Unternehmen schätzen Berlin für die Forschungslandschaft und  
806 reiche Start-up-Szene, die ihnen Impulse zur Digitalisierung der eigenen  
807 Geschäftsmodelle geben.

808 Spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur  
809 innovationsstark, sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und  
810 ökologischer machen. Nirgends sonst in Deutschland gibt es so viele Start-ups,  
811 die für Klimaschutz und die Energiewende Lösungen entwickeln.

812 Deswegen fördern wir seit 2016 die Digitalwirtschaft in Berlin. Wir haben zudem  
813 eine Digitalagentur gegründet, um Unternehmen bei der Digitalisierung zu  
814 unterstützen und die digitale Kluft zwischen den Hochdigitalisierten und dem  
815 Mittelfeld zu schließen. Wir erarbeiten aktuell eine neue  
816 Digitalisierungsstrategie, um die Chancen der Digitalisierung in und für die  
817 Stadt zu nutzen – für eine nachhaltige Entwicklung, mehr Teilhabe und  
818 wirtschaftliche Dynamik.

#### 819 Die Digitalwende der Berliner Verwaltung zentral steuern

820 Zentraler Baustein für eine erfolgreiche und effektive Digitalisierung der  
821 Verwaltung und der politischen Prozesse ist die Frage der Organisationsstruktur:  
822 Anstatt Verantwortung über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen, braucht  
823 Berlin – wie viele europäische Städte – eine zentrale Steuerungsstruktur mit  
824 Mandat, Ressourcen und Budgets. Sicherheit und Effizienz sind für uns die  
825 Leitprinzipien der Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ohne  
826 Daten- und Verbraucherschutz sowie IT-Sicherheit haben Bürger\*innen und die  
827 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten,  
828 „privacy by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein\*e gut  
829 ausgestattete IT-Sicherheitsbeauftragte\*r sind für uns integraler Bestandteil  
830 aller Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem Management der  
831 Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke sowie der  
832 Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir den richtigen Mix aus  
833 solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen auf  
834 besondere Bedürfnisse.

835 Mit CityLAB und InfraLab haben wir zudem Räume geschaffen, in denen Verwaltung  
836 und Berlins landeseigene Unternehmen Innovationen entwickeln. Im InfraLab  
837 bringen Landesunternehmen Nachhaltigkeit und digitale Vernetzung zusammen und  
838 setzen erste Smart-City-Projekte um. Essentiell ist es auch, im Bereich  
839 OpenSource-Coding und IT-Beratung eigene zentrale Kompetenzen des Landes Berlin  
840 aufzubauen, um passgenaue Lösungen zu bekommen, und nicht von teuren  
841 Berater\*innen abhängig zu sein.

## 842 Leistungsstarkes Breitband und freies WLAN jetzt

843 Mit Corona, Homeoffice und Homeschooling wurde einmal mehr deutlich, wie  
844 dringend Berlin flächendeckend ein schnelles Glasfasernetz braucht – und zwar  
845 noch bevor 2025 der Breitband-Rechtsanspruch greift. Der heutige Standard mag  
846 für private Nutzer\*innen meistens reichen, für Schulen und die Digitalwirtschaft  
847 allerdings nicht. Wir wollen nicht auf den lahmenden Ausbau durch den Bund  
848 warten und haben im Breitband-Kompetenz-Team alle Akteur\*innen vernetzt. Wir  
849 treiben den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter\*innen voran. Wenn in Sachen  
850 Wasser, Gas, Strom, Wärme, Telekommunikation oder Schienenausbau in die Tiefe  
851 gebaut wird, dann wird auch Glasfaser verlegt – das haben wir verabredet, um dem  
852 Ziel „Glasfaser-Hauptstadt“ näher zu kommen. Wir werden prüfen, ob mit einem  
853 landeseigenen Unternehmen der Ausbau des Glasfasernetzes schneller vorankommen  
854 kann.

855 Wir wollen ein kostenloses, frei zugängliches WLAN für ganz Berlin – in  
856 Rathäusern, auf Bahnhöfen, in Bussen und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen  
857 wie Bibliotheken und Museen.

## 858 Open Data

859 Daten sind Grundlage und Gestaltungsmittel der digitalen Transformation.  
860 Voraussetzungen für eine effektive Nutzung von Daten sind gemeinsame Strukturen  
861 und Plattformen, Standards und gut definierte Schnittstellen (Datenplattformen)  
862 sowie Richtlinien für den verantwortungsvollen Umgang mit Daten (Daten-  
863 Governance).

864 Berlin hat eine verbindliche Open-Data-Strategie, die von den Verwaltungen  
865 allerdings noch mit mehr Leben gefüllt werden muss. Daten sind Antreiber der  
866 Wirtschaft im digitalen Zeitalter. Sie können dabei helfen, die Stadt besser zu  
867 verstehen, neue Dienste für Bürger\*innen zu entwickeln und Geschäftsideen zu  
868 initiieren. Wir wollen dazu in allen Verwaltungen Datenlots\*innen etablieren,  
869 die im Bereich Datenmanagement, Datennutzung und Open Data fortgebildet werden,  
870 und dass so das Wissen über zeitgemäßes Datenmanagement in allen Teilen der  
871 Verwaltung ausgebaut wird. Wir sind überzeugt: Offene Daten und mehr  
872 einheitliche Transparenz auf einer Plattform führen zu mehr wirtschaftlichem  
873 Nutzen und kreativen Lösungen für Alltagsprobleme der Stadt. Wir unterstützen  
874 ein Berliner Transparenzgesetz.

## 875 Datenschutzberatung, Datenschutzfolgenabschätzung und IT-Sicherheit als Chance

876 Datenschutz ist kein einfaches Thema und in der Verwaltung, bei Unternehmen und  
877 Privatpersonen fehlt es oft an Wissen über Rechte und Pflichten. Wir wollen bei  
878 der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit deshalb eine  
879 Servicestelle Datenschutzberatung schaffen, die die Verwaltung unterstützt, an  
880 die sich aber auch Selbstständige, Kleinunternehmer\*innen und Einzelpersonen  
881 wenden können.

882 Jede Maßnahme der Verwaltung produziert Daten – und muss deshalb einer  
883 Datenschutzfolgenabschätzung (DSFA) unterzogen werden, um Verbraucherschutz zu  
884 gewährleisten. Wir wollen dieses Verfahren partizipativer gestalten. In einem  
885 Pilotprojekt wollen wir 100 dieser DSFA-Verfahren aus allen Senatsverwaltungen  
886 öffentlich zugänglich machen. So entsteht ein Wettbewerb um weiter verbesserten  
887 Datenschutz, der die Ideen und die Anliegen der Öffentlichkeit einbezieht. So

888 entstehen neue Chancen, die Vorteile der Digitalisierung mit Sicherheit der  
889 Daten verknüpfen.

890 Immer wieder gibt es Angriffe und illegale Zugänge zu öffentlichen  
891 Datenbeständen. Wir wollen das Know-how der zahlreichen wissenschaftlichen  
892 Institutionen und Unternehmen in Berlin bündeln, um solchen Angriffen besser  
893 entgegenzutreten. Wir wollen das Computer Emergency Response Team (CERT) zu  
894 einer unabhängigen Stelle für IT-Sicherheit weiterentwickeln – und das in einem  
895 IT-Sicherheitsgesetz verankern.

896 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

#### 897 1. Berlin wird Zentrum der Elektromobilität

898 Wir wollen Berlin zum Vorreiter der Elektromobilität machen – sowohl privat als  
899 auch im Wirtschaftsverkehr. Damit Menschen klimafreundliche Elektromobilität  
900 auch nutzen, braucht es eine flächendeckende Infrastruktur. Wir wollen deshalb  
901 bis 2022 über 2.000 zusätzliche Ladepunkte in der Stadt aufstellen. Wir fördern  
902 die Elektrifizierung der sogenannten letzten Meile im Wirtschaftsverkehr über  
903 lokale Hubs bis zur Haus- oder Ladentür.

#### 904 2. Klimafreundliche Landesunternehmen

905 Die landeseigenen Unternehmen sichern für die Berliner\*innen ganz wesentliche  
906 Bereiche der Grundversorgung: beim Wasser, bei der Stadtreinigung oder dem  
907 öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen stabile Preise für die Berliner\*innen  
908 sichern und die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen, zugleich sind  
909 diese Unternehmen Vorbilder für gute Arbeit und Equal Pay in Berlin. Die  
910 Landesunternehmen sollen als Vorbilder des ressourcenschonenden und  
911 klimafreundlichen Wirtschaftens voranschreiten. Um dies sicherzustellen, wollen  
912 wir Klimafreundlichkeit und Kreislaufwirtschaft in jährlichen Zielvereinbarungen  
913 mit konkreten Zielmarken verbindlich festhalten. Bis 2022 brauchen alle Berliner  
914 Landesunternehmen einen Fahrplan für die Klimaneutralität. Zudem wollen wir  
915 verbindliche Quoten für Kreislaufwirtschaft und Holzbau beim Neubau unserer  
916 landeseigenen Wohnungsunternehmen vereinbaren.

#### 917 3. „Berliner Chancen-Programm“ – Perspektiven für Langzeitarbeitslose

918 Langzeitarbeitslose brauchen eine Perspektive, wir geben sie ihnen mit dem  
919 „Berliner Chancen-Programm“. Wir werden die bestehenden Angebote zusammenfassen  
920 – die Möglichkeiten aus dem Teilhabechancengesetz des Bundes, die Mittel aus dem  
921 europäischen Sozialfonds und die Mittel aus dem derzeitigen  
922 Landesförderprogramm, über das ca. 1.000 Stellen gefördert werden. Wir machen  
923 Schluss mit dem komplizierten Nebeneinander und stocken das Landesprogramm auf.  
924 Ziel ist, einen substantiellen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor  
925 aufzubauen, aber auch dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmen des ersten  
926 Arbeitsmarkts zu ihrer sozialen Verantwortung stehen.

#### 927 4. Gute Kita – beste frühkindliche Bildung: mehr Personal, einfache Platzsuche

928 Für einen guten Start ins Leben ist frühkindliche Bildung essentiell. Kitas, in  
929 denen Kinder liebevoll betreut und individuell gefördert werden, sind dafür ein  
930 entscheidender Baustein. Wir wollen deshalb mit einer neuen Berechnungsgrundlage  
931 für den Personalschlüssel mehr Erzieher\*innen in die Kitas bringen sowie mit  
932 mehr Nachdruck beim Kitaausbau und bei der Personalgewinnung dafür sorgen, dass

933 alle Kinder in Berlin einen Platz an einer für sie passenden Kita in ihrem Kiez  
934 bekommen. Mit einem zentralen Tool zur Kitaplatzvergabe, das sowohl Eltern- als  
935 auch Kitawünsche weiterhin ermöglicht, gestalten wir die Kitaplatzsuche für  
936 Eltern und Kitas gleichermaßen wesentlich entspannter und effizienter.

#### 937 5. Digitalisierung in Schulen vorantreiben

938 Schon vor Corona war klar: Digitales Lernen an Berlins Schulen zu integrieren,  
939 ist überfällig. Dafür brauchen alle Berliner Schulen dringend einen  
940 Glasfaseranschluss, funktionierendes WLAN sowie Endgeräte für Schüler\*innen und  
941 Lehrkräfte. Das Land Berlin soll mit einem landeseigenen Unternehmen den  
942 Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen ans Glasfasernetz  
943 angeschlossen werden. Ein Digitalinstitut soll darüber hinaus die Arbeit der  
944 bezirklichen Medienkompetenzzentren und Schulen vernetzen und eine zentrale  
945 Steuerung der Digitalwende in Berlins Schulen übernehmen. Digitales Lernen soll  
946 in den Unterricht integriert werden, damit Schüler\*innen nicht nur den  
947 selbstständigen Umgang mit digitalen Tools und eigenständiges Lernen einüben,  
948 sondern auch fit gemacht werden im kritischen Umgang mit digital zur Verfügung  
949 gestellten Informationen und lernen, Fake News als diese zu erkennen.  
950 Digitalisierte Schule trägt damit einen entscheidenden Teil dazu bei, den  
951 Auftrag des Schulgesetzes, Kinder zu mündigen Bürger\*innen zu erziehen, zu  
952 erfüllen.

## A5 K-5: Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 5. Vielfalt leben - in Freiheit und Gleichheit

2 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Hier leben knapp vier Millionen Menschen mit  
3 den unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Unsere  
4 Vision ist eine Stadt, die der Vielfalt ihrer Bewohner\*innen gerecht wird. Der  
5 Staat kann und soll das Zusammenleben von Menschen nicht steuern und  
6 organisieren. Aber er ist in der Pflicht, das Versprechen des Grundgesetzes auf  
7 Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung für alle  
8 Wirklichkeit werden zu lassen. Wir werden dafür sorgen, dass Strukturen der  
9 Diskriminierung und Ungleichmachung aufgebrochen werden, dass Hass und Spaltung  
10 keine Chance haben, dass niemand Angst haben muss, das eigene Leben frei zu  
11 gestalten. Für uns sind Respekt und Anerkennung die Leitprinzipien einer offenen  
12 Gesellschaft. Wer die Gesellschaft ändern will, muss bei sich selbst beginnen.  
13 Deshalb haben wir uns als Partei auf den Weg gemacht und damit begonnen,  
14 Diskriminierungen und Ausschlussmechanismen in unseren Strukturen zu  
15 identifizieren und abzubauen. Uns ist bewusst: Menschen, die der weißen  
16 Mehrheitsgesellschaft angehören, müssen ihre eigenen Privilegien kritisch  
17 reflektieren und aktiv Rassismus verlernen. Menschen, die in unserer  
18 Gesellschaft von Rassismus betroffenen sind, müssen sichtbar werden und zu Wort  
19 kommen können – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen. Das  
20 wäre ein wichtiger Schritt, um Vielfalt in dieser Stadt leben zu können.

#### 21 Schutz vor staatlicher Diskriminierung und Förderung einer vielfältigen 22 Zivilgesellschaft

23 Wir haben mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz als erstes Bundesland  
24 überhaupt wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen. Gemeinsam  
25 mit dem neuen „Diversity-Landesprogramm“ treiben wir eine Kultur der  
26 Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung voran. Mit dem „Landesprogramm für  
27 Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ unterstützen wir zivilgesellschaftliche  
28 Organisationen in ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und  
29 Antisemitismus. Wir werden diese Programme in den kommenden Jahren weiter  
30 ausbauen und mit einem Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen  
31 und eine stabile Finanzierung der Zivilgesellschaft garantieren. Vor Ort wollen  
32 wir Menschen stärker an politischen Entscheidungen beteiligen und dazu in allen  
33 Bezirken und auf Landesebene Bürger\*innenräte etablieren, die sich temporär zu  
34 bestimmten Themen bilden und die gewählten Repräsentant\*innen beraten.

#### 35 Selbstbestimmung und 50 Prozent der Macht den Frauen

36 Politik für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA – und wir sind  
37 erfolgreich. In der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind 60 Prozent der  
38 Mandatsträger\*innen weiblich. Insgesamt liegt die Quote im Abgeordnetenhaus aber  
39 nur bei gerade mal einem Drittel. Wir prüfen einen verfassungskonformen Weg für  
40 ein Paritätengesetz, damit sich alle Parteien verpflichten, deutlich mehr Frauen in  
41 die Parlamente zu schicken, mit dem Ziel einer Ergebnisparität im  
42 Abgeordnetenhaus.

43 Freiheit und Selbstbestimmung funktionieren nur ohne Angst und Gewalt. Darum  
44 haben wir in den vergangenen Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft  
45 und das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen können. Jetzt kämpfen wir für ein  
46 achttes Frauenhaus, denn die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht  
47 aus. Wir haben Unterstützung für Frauen und die Anti-Stalking-Beratungsstelle  
48 finanziell besser ausgestattet, in den Landesunternehmen Leitlinien gegen  
49 Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet.

50 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist für uns selbstverständlich – für  
51 viele Unternehmen leider noch nicht. Darum setzen wir uns auf Bundesebene weiter  
52 für ein echtes Entgelttransparenzgesetz und ein Ende des Ehegattensplittings  
53 ein.

54 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

55 Für uns ist klar, Feminismus geht nicht ohne Queer und Queer-Feminismus nicht  
56 ohne Kampf gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung. Wir denken und handeln  
57 deshalb „intersektional“, indem wir die Verschränkungen verschiedener  
58 Diskriminierungsformen in den Blick nehmen. Und so verstehen wir auch unsere  
59 Queerpolitik. Wir unterstützen queere Infrastruktur, die offen ist für alle, und  
60 das in der ganzen Stadt. Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den  
61 der Senat gemeinsam mit den lesbischen, schwulen, bi-, trans\*- und inter\*-  
62 Communities erarbeitet, entsteht eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit  
63 für LSBTIQ\*. Gelingen kann dies nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und  
64 Aktivist\*innen zu Wort kommen. Diese gemeinsame Arbeit wollen wir fortsetzen.

65 Freiheit schützen und bewahren – wir setzen auf den Rechtsstaat

66 Freiheit für alle erreichen wir nur, wenn sich Menschen in Berlin sicher fühlen  
67 können, Angst hemmt Freiheit. Mit einem Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir  
68 das größte innenpolitische Reformprogramm in Berlin seit Jahrzehnten realisiert.  
69 Mit der Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir  
70 Befugnisse zur Abwehr terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer  
71 Verbrechen neu in das Gesetz aufgenommen und gleichzeitig für mehr  
72 Bürger\*innenrechte sowie Offenheit und Transparenz bei der Polizei gesorgt. Wir  
73 haben unser innenpolitisches Versprechen umgesetzt und die Stelle eines  
74 unabhängigen Beauftragten für Bürger\*innen und Polizeiangelegenheiten  
75 geschaffen. Wir sind der Überzeugung, die beste Sicherheitspolitik setzt auf  
76 Prävention – indem wir Menschen Chancen im Leben geben und die Polizei vor Ort  
77 stärken. Wir wollen eine Polizei, die in den Kiezen verwurzelt ist, die offen  
78 mit Fehlern umgeht, rechtsextreme Strukturen in den eigenen Reihen schonungslos  
79 aufdeckt und so vielfältig und offen ist, wie unsere Stadt. Genau so entsteht  
80 Vertrauen. Gewalt und Extremismus egal welcher Couleur haben keinen Platz in der  
81 offenen Gesellschaft. Gegen islamistischen Terror, Rechtsextremismus oder  
82 linksradikale Gewalt braucht es ein entschlossenes staatliches Handeln und eine  
83 klare gesellschaftspolitische Haltung des Miteinanders aller Menschen, die sich  
84 auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.

85 Wir errichten ein neues Anti-Terror-Zentrum, um islamistischen und  
86 rechtsextremen Terror besser zu bekämpfen. Nach den Skandalen um vergiftete  
87 Schießstände haben wir erkrankte Polizist\*innen entschädigt und neue  
88 Einsatztrainingszentren gebaut, damit junge Polizist\*innen zeitgemäß ausgebildet  
89 werden. Die Zulagen für die Einsatzkräfte bei Feuerwehr und Polizei wurden  
90 deutlich angehoben. Eine gemeinsame Leitstelle für Polizei und Feuerwehr ist in

91 der Planung, um Berlin für Notfälle sicherer zu machen. Diesen Weg, Ausstattung  
92 und Arbeitsbedingungen für unsere Sicherheitskräfte zu verbessern, wollen wir  
93 weitergehen.

94 Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können. Dafür brauchen wir eine  
95 unabhängige, starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die  
96 Berliner Justiz in riesigen Schritten besser aufgestellt. Wir haben nach vielen  
97 Jahren die Soll-Personalstärke im Allgemeinen Vollzugsdienst wieder erreicht,  
98 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen eingestellt und für die vielen neuen  
99 Stellen in der Justiz zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen. Um der  
100 organisierten Kriminalität den Geldhahn abzdrehen und Vermögen einzuziehen,  
101 haben wir eine Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet.  
102 Gerade Verbraucher\*innen müssen sich sicher sein können, dass Lebensmittel nicht  
103 verunreinigt sind und digitale Angebote Standards des Datenschutzes erfüllen. Um  
104 die Rechtsdurchsetzung für alle Menschen zu erleichtern, haben wir  
105 Verbandsklagerechte ausgeweitet und sorgen so dafür, dass alle zu ihrem Recht  
106 kommen. Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, wir werden ihn  
107 weiter stärken.

108 Kulturhauptstadt Berlin

109 Die Welt beneidet Berlin um seine Kunst- und Kulturszene – die freie Szene, die  
110 Clubkultur, die vielen Museen, Kinos und Theater. Kunst und Kultur brauchen  
111 Freiheit, aber auch eine auskömmliche öffentliche Förderung und hinreichend  
112 Räume. Infolge der Corona-Krise, durch Bodenspekulation und Verdrängung ist die  
113 Situation vieler Kulturschaffender, Kreativer und privater Kulturorte heute  
114 prekärer denn je. Umso mehr kämpfen wir für eine bessere soziale Absicherung von  
115 Kulturschaffenden, die Schaffung und den Erhalt künstlerischer Freiräume genauso  
116 wie für eine gute kulturelle Grundversorgung und Teilhabe aller Berliner\*innen.  
117 Wir werden dafür die bestehende Fördersystematik innovativ weiterentwickeln:  
118 durch mehr Mittel für Berlins Freie Szene, junge Sparten und hybride  
119 Kulturformen, eine Stärkung der Ankerinstitutionen und kulturellen  
120 Bildungsarbeit sowie eine bessere Repräsentanz der gesellschaftlichen Vielfalt –  
121 gerade auch in Jurys, Intendanten und Aufsichtsgremien. Das gilt auch für die  
122 freien Medien, deren Unabhängigkeit wir gegen alle Angriffe verteidigen.

123 Eine demokratische Gesellschaft wird auch von ihrer Erinnerungskultur  
124 zusammengehalten: Wir halten das Gedenken an die Verbrechen des  
125 Nationalsozialismus wach und wollen, dass das Erbe und die Orte der friedlichen  
126 Revolution im Berliner Stadtraum sichtbarer werden. Für die überfällige  
127 Aufarbeitung und Erinnerung an die deutsche Kolonialvergangenheit werden wir in  
128 Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft die Dekolonisierung der  
129 Kultureinrichtungen und -förderung im Bildungsbereich und öffentlichen Raum  
130 weiter vorantreiben.

131 Freiheit und Gleichheit sind universelle Werte – und Berlin ist ein sicherer  
132 Hafen

133 Wir sind glühende Verfechter\*innen der europäischen Idee und der europäischen  
134 Einigung. Viele Entwicklungen in Europa verfolgen wir derzeit aber mit großer  
135 Sorge. Das Erstarken von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften in  
136 Polen, Ungarn und anderen Ländern droht die Europäische Union insgesamt zu  
137 zerstören. Die LSBTIQ\*-freien Zonen, die die rechte Regierung Polens  
138 vorantreibt, sind ein dramatisches Beispiel dieser Entwicklung. Wir arbeiten

139 über unsere Städtepartnerschaften für die Rechte queerer Menschen in Polen und  
140 setzen uns im „Rainbow Cities Network“ in über 30 Städten auch auf lokaler Ebene  
141 für die Stärkung der Belange von LSBTIQ\* ein. Und Berlin soll ein sicherer Hafen  
142 für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder der Klimakrise  
143 fliehen mussten. Alle Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance  
144 erhalten, sich hier ein Leben aufbauen zu können. Wir machen Berlin im Rahmen  
145 rechtlicher Möglichkeiten zu einer guten Heimat für all diejenigen, die in einer  
146 weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen.

#### 147 5.1 Ein Berlin für alle: für Vielfalt, gegen Diskriminierung

148 Berlin ist offen. Offen für neues, offen für Vielfalt, offen für neue  
149 Berliner\*innen. Anerkennung und Wertschätzung sind es, die Berlin zusammenhalten  
150 und zur Metropole machen. Diskriminierung und das Absprechen von gleichen  
151 Rechten zerstören diese lebenswichtige Solidarität. Mit dem  
152 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) hat Berlin als erstes Bundesland  
153 wirksamen Schutz vor staatlicher Diskriminierung geschaffen und die Rechte der  
154 Betroffenen gestärkt. Das LADG setzt bundesweit Impulse für eine vielfältige  
155 Gesellschaft und gegen Stigmatisierung. Gemeinsam mit dem ebenfalls in diesem  
156 Jahr eingeführten Diversity-Landesprogramm wird die Implementierung einer Kultur  
157 der Wertschätzung von Vielfalt in der Verwaltung vorangetrieben. Mit dem  
158 Landesamt für Einwanderung ist Berlin das erste Bundesland, das eine  
159 eigenständige Einwanderungsbehörde geschaffen und damit die Weichen in Richtung  
160 Weltoffenheit und Willkommenskultur gestellt hat.

161 Auch in den nächsten Jahren wollen wir an unserer Vision eines vielfältigen  
162 Berlins arbeiten, in der jede\*r frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierung und  
163 Gewalt leben kann. Wir möchten allen hier lebenden Menschen gleichberechtigt und  
164 ohne strukturelle Benachteiligungen ermöglichen, die Gesellschaft  
165 mitzugestalten: Berliner\*innen der ersten bis x-ten Generation, Ein-Eltern-  
166 Familien, Familien mit mehr Eltern oder andere Verantwortungsgemeinschaften,  
167 sozial benachteiligte Familien, Menschen aller Geschlechter, Menschen mit oder  
168 ohne Behinderung, Gläubige aller Glaubensrichtungen oder Nichtgläubige, LSBTIQ\*,  
169 Schwarze Menschen, People of Color, Sintize\* und Romnja\* ebenso wie Kinder,  
170 Jugendliche und alte Menschen. Die Voraussetzungen dafür sind ein umfassender  
171 Schutz vor Diskriminierung und rechtlich garantierte Chancen auf Teilhabe,  
172 gerechte Repräsentation und Mitgestaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen  
173 und staatlichen Institutionen.

#### 174 Verwaltung und staatliche Institutionen für Diversität öffnen

175 Die Berliner Verwaltung wollen wir konsequent für die Diversität der  
176 Stadtgesellschaft öffnen und ihre Organisationsstrukturen  
177 diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Teilhabehürden, institutioneller  
178 Rassismus und andere strukturelle Diskriminierung müssen identifiziert und  
179 abgebaut werden. Aufbauend auf dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)  
180 wollen wir Aktivitäten für Vielfalt und Weltoffenheit und gegen Diskriminierung  
181 und Extremismus in der Berliner Verwaltung umsetzen und das Berliner Diversity  
182 Landesprogramm stetig fortentwickeln. Wir wollen in den Fokus nehmen, wenn  
183 Menschen gleich aus mehreren Gründen Diskriminierungserfahrungen machen.

184 In der Verwaltung der Stadt muss sich auch die Stadtgesellschaft abbilden:  
185 Diversität ist die Stärke und der Reichtum Berlins. Dafür wollen wir die  
186 gerechte Repräsentation von strukturell benachteiligten, insbesondere von



187 rassistischen und antisemitischen Zuschreibungen betroffenen Gruppen in der  
188 Verwaltung erreichen und konsequent die Repräsentanz von Schwarzen Menschen und  
189 People of Color bzw. Menschen mit Rassismuserfahrung durch positive Maßnahmen im  
190 öffentlichen Dienst fördern. Dabei streben wir eine Repräsentanz entsprechend  
191 der Bevölkerung an und gehen aktiv auf die Stadtgesellschaft zu, um die Berliner  
192 Verwaltung als Arbeitgeberin zu bewerben. Dabei machen wir uns eine  
193 intersektionale Perspektive zu eigen, das heißt: insbesondere auf die Förderung  
194 von Menschen zu achten, die in mehrfacher Hinsicht diskriminiert werden –  
195 beispielsweise durch Sexismus, Behindertenfeindlichkeit oder LSBTIQ\*-  
196 Feindlichkeit. Auch die deutsche oder EU-Staatsbürger\*innenschaft darf nur in  
197 Berufen als Voraussetzung verlangt werden, in denen dies absolut notwendig ist.

198 Zivilgesellschaft fördern und einbeziehen

199 Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir in ihrer Arbeit zum Abbau von  
200 Diskriminierungen in der Stadt weiter unterstützen, das „Landesprogramm für  
201 Demokratie. Vielfalt. Respekt.“ weiter ausbauen und mit einem  
202 Landesdemokratiefördergesetz einen stabilen Rechtsrahmen und eine stabile  
203 Finanzierung der Zivilgesellschaft schaffen.

204 Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Die Grundrechte gelten für alle. Wir  
205 erleben aber, dass die Realität staatlichen Handelns nicht immer diesen Idealen  
206 entspricht. Deshalb wollen wir eine parlamentarische Enquete-Kommission für die  
207 Dauer der nächsten Legislaturperiode einsetzen. Diese wird von allen Fraktionen  
208 mit Sachverständigen und Abgeordneten besetzt, um systematisch Informationen  
209 aufzubereiten, auf deren Grundlage eine gut informierte politische Entscheidung  
210 getroffen werden kann. Ziel ist, Diskriminierung und Rassismus, die von der  
211 Berliner Verwaltung und den Sicherheitsbehörden ausgehen, systematisch zu  
212 erfassen, Gegenstrategien zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit den  
213 Maßnahmen im Diversity-Landesprogramm zu verzahnen. Wir wollen rechtsextreme und  
214 diskriminierende Strukturen in Berliner Verwaltung und Sicherheitsbehörden  
215 identifizieren, die Racial Profiling, Rassismus, Antisemitismus,  
216 Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit  
217 befördern. Bei der Untersuchung soll es aber nicht bleiben: Die Kommission soll  
218 institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um  
219 diskriminierende Strukturen abzubauen. Ausbildung, interne und externe Regeln  
220 und behördliche Organisationsstruktur wollen wir in den Sicherheitsbehörden und  
221 der Justiz untersuchen und anhand dieser Ergebnisse weiterentwickeln, das gilt  
222 besonders für die Ausbildung angehender Polizist\*innen und Jurist\*innen. Uns ist  
223 es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von  
224 Racial Profiling betroffen sind – u. a. Schwarze Menschen, als türkei- und  
225 arabischstämmig wahrgenommene Menschen, Sintize\* und Romnja\* –, bei der  
226 Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

227 Einbürgerung erleichtern und Wahlrecht ermöglichen

228 Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf  
229 Augenhöhe und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Dies  
230 wollen wir ermöglichen und gleichzeitig auch die Hürden zur Einbürgerung senken.  
231 Einbürgerungen wollen wir in allen Bezirken einheitlich und im Sinne der  
232 Einbürgerung gestalten; für Menschen, die seit Jahren hier leben, dürfen weder  
233 Sprachtests noch Transferleistungsbezug ein Ausschlusskriterium sein. Wer in  
234 Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf

235 der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das  
236 Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin  
237 haben. Damit schaffen wir eine weitere wichtige Grundlage für unsere  
238 Migrationsgesellschaft.

239 Religiöse und weltanschauliche Vielfalt stärken

240 Zur Vielfalt Berlins gehört auch die religiöse und weltanschauliche Vielfalt.  
241 Gemeindezentren sind häufig wichtige soziokulturelle Orte im Kiez, Anlaufstellen  
242 für Menschen mit sozialen Problemen oder Beratungsbedarf, Orte der Vernetzung  
243 für Engagierte, Sprachrohre für lokale Anliegen. Durch die rasant gestiegenen  
244 Mieten sind allerdings gerade viele Moscheegemeinden und kleinere  
245 Gemeinschaften, die nicht von der Kirchensteuer profitieren, zum Umzug  
246 gezwungen. Gleichzeitig werden neue Stadtquartiere geplant, ohne dass dieser  
247 Aspekt des sozialen Zusammenhalts mitgedacht wird. Wir setzen uns für die  
248 Entstehung von Gemeinwesenzentren ein, die grundsätzlich allen offenstehen und  
249 zu gleichen Bedingungen genutzt und gemietet werden können. Wir wollen sie als  
250 soziokulturelle Orte im Kiez stärken und ihren Bestand sichern. Dafür wollen wir  
251 Gewerbemieten deckeln und bezirkliche Vorkaufsrechte wo möglich auch für  
252 religiöse und weltanschauliche Gemeinschaften ausüben. Beispielsweise sollen  
253 Ausbau- und Umbaumaßnahmen von Moscheegemeinden, Cem-Häuser, Synagogen und  
254 Kirchengemeinden, die ihre Räumlichkeiten für Veranstaltungen oder Angebote für  
255 den Kiez öffnen, gefördert werden.

256 Wir stehen zur Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen. Aber es gibt einige  
257 Sonderrechte für anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, wo wir  
258 dringenden Reformbedarf sehen. So wollen wir mit den christlichen Kirchen auf  
259 der Grundlage der bundespolitischen Rahmengesetzgebung so rasch wie möglich in  
260 konkrete Verhandlungen über die Ablösung der historischen Staatsleistungen  
261 treten.

262 5.2 Ungleichheit zwischen Geschlechtern beenden – die Hälfte der Macht den  
263 Frauen

264 Politik von und für Frauen gehört seit 40 Jahren zu unserer grünen DNA. Und  
265 unser Engagement trägt Früchte: In Berlins landeseigenen Unternehmen sind über  
266 die Hälfte der Aufsichtsrats- und Vorstandsposten mittlerweile in  
267 Frauenhand. Damit führen wir im bundesweiten Vergleich. Im Berliner  
268 Abgeordnetenhaus hingegen sind gerade mal ein Drittel aller 160 Abgeordneten  
269 Frauen. Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten  
270 weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz „die Hälfte der Macht den Frauen“ prüfen wir  
271 einen verfassungskonformen Weg für ein Paritégesetz. Nur so erreichen wir  
272 langfristig eine faire, geschlechtergerechte Politik.

273 Die Corona-Pandemie – eine Krise zu Lasten von Frauen

274 In der Corona-Krise haben wir erlebt, dass weibliche Expertise in Krisenstäben  
275 eine Seltenheit war. Das führte dazu, dass die unterschiedlichen Lebenslagen von  
276 Frauen in den Hintergrund rückten, während häusliche Gewalt in Berlin um 30  
277 Prozent anstieg, während Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren, während  
278 Care- und Bildungsarbeit in weiten Teilen privatisiert wurden und  
279 stillschweigend auf den „To-do-Listen“ von Frauen landeten. Uns hat das darin  
280 bestärkt, weiterhin lautstark paritätische und diverse Besetzungen für  
281 Krisenstäbe und alle anderen Gremien zu fordern.

282 Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

283 Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting in  
284 Senats- und Bezirksverwaltungen begonnen hat. Wir haben dem trägen Gender-  
285 Budgeting-Prozess in Senats- und Bezirksverwaltungen durch einen  
286 Haushaltsbeschluss einen neuen Impuls gegeben und konnten erste Fortschritte  
287 erzielen. Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns für ein Gender-  
288 Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen. Auch mit der Gründung der  
289 Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminierungsgesetz sind wir  
290 wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen  
291 Themen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir nun mit allen  
292 Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende  
293 Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll  
294 intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa  
295 durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir  
296 eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen  
297 sicherstellt. Unser Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu  
298 erreichen, werden wir die Mitarbeiter\*innen entsprechend schulen.

299 Gewaltfrei und gleichberechtigt in Berlin leben

300 Frauen und Kinder sind häufiger Opfer physischer und psychischer  
301 Gewalt. Besonders lesbische Frauen, Muslimas, obdachlose Frauen, Frauen mit  
302 Behinderung, Trans\*, Inter\*, Schwarze Frauen und Women of Color sind Gewalt  
303 ausgesetzt, was sowohl unmittelbare als auch langfristige Folgen für deren  
304 Gesundheit hat.

305 Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und  
306 sind stolz, dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die  
307 Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein  
308 achttes Frauenhaus. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut, um  
309 Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-Beratungsstellen finanziell  
310 besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen,  
311 wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach)  
312 marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative  
313 Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

314 Berlins große Landesunternehmen sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben  
315 Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz  
316 verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende  
317 Werbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen wird. Um sie auch auf  
318 privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein Expert\*innengremium eingesetzt, das  
319 bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das Thema  
320 sensibilisiert.

321 Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen  
322 oder bedroht sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot weiter  
323 ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

324 Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen und nichtbinäre Personen nicht  
325 mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Der erste  
326 Schritt ist, Gewalt gegen Frauen als solche zu kennzeichnen. Um das Ausmaß des  
327 Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“  
328 in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer umfassenden Studie wollen

329 wir Frauenfeindlichkeit in Berlin untersuchen, um mit den Ergebnissen  
330 langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt zu entwickeln. Gleichzeitig  
331 arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen mehrsprachigen  
332 Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten und  
333 die Vorgaben der Istanbul-Konvention konsequent umzusetzen. Polizist\*innen,  
334 Staatsanwält\*innen und Richter\*innen wollen wir gezielt für das Thema  
335 sensibilisieren und dafür weiterbilden.

336 Selbstbestimmte Sexarbeit ermöglichen. Zwangsprostitution bekämpfen.

337 Wir setzen uns dafür ein, dass Sexarbeit in Berlin stärker als bisher  
338 selbstbestimmt, sicher und unter guten Arbeitsbedingungen stattfinden kann.  
339 Hierfür wollen wir die Einstiegs- und Umstiegsberatung und mehrsprachige  
340 Kontaktstellen ausbauen sowie bei der Gesundheitsberatung und -versorgung  
341 nachbessern. Essentiell ist, dass hierbei die Expertise und die Erfahrungen von  
342 Sexarbeiter\*innen einbezogen werden. Mit Blick auf bekannte Straßenstriche ist  
343 es unerlässlich, auch die Perspektiven von Anwohner\*innen zu berücksichtigen.  
344 Der von uns unter rot-rot-grün einberufene Runde Tisch Sexarbeit hat ein  
345 Handlungskonzept vorgelegt, dessen Umsetzung wir weiter vorantreiben, evaluieren  
346 und nach Bedarf anpassen wollen.

347 Es gibt Überschneidungen zwischen Sexarbeit als selbstbestimmter Tätigkeit und  
348 sexueller Ausbeutung als Teil der organisierten Kriminalität. In den letzten  
349 Jahren haben wir die Bekämpfung dieser organisierten Kriminalität im  
350 Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und  
351 werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger\*innen, die vor Gericht  
352 aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für  
353 alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig.

354 Gesundheit – endlich geschlechtergerecht

355 Die Gesundheitsversorgung von Frauen und nicht-binären Personen werden wir  
356 verbessern. Dazu gehört, das Angebot an Frauenärzt\*innen in allen Bezirken zu  
357 sichern und den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu ermöglichen,  
358 gerade in Krisenzeiten. Gleichzeitig haben wir die Bedingungen für sichere und  
359 gute Geburten verbessert, indem wir in Kreißsäle investiert haben, indem wir die  
360 Ausbildungskapazitäten für Hebammen erhöht haben und mit einer digitalen  
361 Plattform die Hebammensuche erleichtern.

362 Wir wollen gendersensible Sexualaufklärung, -beratung und Gesundheitsvorsorge  
363 und werden den Zugang zu Reproduktionsmedizin und Familienplanung insbesondere  
364 für gleichgeschlechtliche Paare und Singles ausbauen. Dazu wollen wir  
365 genderbezogene Gesundheitsforschung stärken und gezielt sowohl cis- als auch  
366 trans\*-Frauen, nicht-binäre Personen und queere Personen in der medizinischen  
367 Aus- und Weiterbildung fördern. Für Gynäkolog\*innen und andere Heilberufe wollen  
368 wir entsprechende Schulungen ausbauen, um sie für gesundheitliche Fragen von  
369 cis- wie von trans\*-Frauen sowie für spezifische Fragen zur lesbischen  
370 Gesundheit zu sensibilisieren.

371 Auftrag an die Bundesregierung

372 Ein großes Hindernis auf dem Weg zum freien und selbstbestimmten Leben für alle  
373 Geschlechter bleibt die ungleiche Aufteilung von Care-Arbeit zu Lasten von  
374 Frauen – mit dem ungerechten Effekt der starken Lohn- und Rentenungleichheit  
375 zwischen Männern und Frauen. Gegen den Gender Care Gap und den Gender Pay Gap,

376 für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz und das Ende des Ehegattensplittings  
377 kämpfen wir auf Bundesebene.

### 378 5.3 Die Regenbogenhauptstadt bleibt bunt

379 Wir wollen, dass Berlin die Stadt wird, in der alle Menschen ihr Leben frei und  
380 selbstbestimmt verwirklichen können. Niemand darf wegen der sexuellen  
381 Orientierung, der sexuellen oder Geschlechtsidentität, wegen des  
382 Geschlechtsausdrucks oder vielfältiger Geschlechtsmerkmale ausgegrenzt oder  
383 diskriminiert werden. Wir akzeptieren dies genauso wenig wie Diskriminierung  
384 aufgrund des sozialen Status, der Hautfarbe, des Glaubens oder der Herkunft.  
385 Besonders wichtig ist dies, wenn Menschen mehrfach diskriminiert werden, zum  
386 Beispiel Schwarze oder muslimische queere Menschen. Für uns ist klar, queer geht  
387 nicht ohne Feminismus und Queer-Feminismus nicht ohne Kampf gegen Rassismus und  
388 soziale Ausgrenzung – unsere Queerpolitik ist „intersektional“.

### 389 Queere Infrastruktur in ganz Berlin sichern

390 Wir haben die ganze Stadt im Blick und wollen, dass es in allen Bezirken queere  
391 Infrastruktur gibt. Wir haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Angebote  
392 dazugekommen sind, sei es das erste queere Jugendzentrum,  
393 generationenübergreifende Wohn- und Pflege-Gemeinschaften, die Fachstelle queere  
394 Bildung oder seit 2018 der Preis für lesbische\* Sichtbarkeit zur Würdigung des  
395 Schaffens von Lesben für Berlin. Diese Infrastruktur werden wir weiter ausbauen.  
396 Wir brauchen Anlaufstellen, soziale Treffpunkte und Beratungsstellen für queere  
397 Menschen, insbesondere Jugendliche, Ältere und mehrfach diskriminierte Gruppen  
398 wie Geflüchtete. Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse von LSBTIQ\* in allen  
399 Einrichtungen mitgedacht werden. Egal ob Familienzentrum, Senior\*innenheim oder  
400 Jugendclub – wir wollen, dass es Angebote für LSBTIQ\* gibt. Einrichtungen vor  
401 Verdrängung zu schützen, ist dabei eine zentrale Aufgabe.

### 402 Wir stärken Initiativen für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

403 Leider ist unsere Stadt nicht so liberal, wie es oft scheint. Auch hier werden  
404 Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität  
405 ausgegrenzt, diskriminiert und tätlich angegriffen. Wir sagen Diskriminierung  
406 und Gewalt den Kampf an. Wir haben eine Krisen- und Zufluchtswohnung  
407 eingerichtet, in der LSBTIQ\* in akuten Bedrohungssituationen eine anonyme,  
408 temporäre Unterbringung finden können. Der bisherigen Initiative Sexuelle  
409 Vielfalt haben wir neuen Schwung verliehen und sie zur „Initiative  
410 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt“ (IGSV) erweitert.

411 Durch einen ressortübergreifenden Maßnahmenplan, den der Senat gemeinsam mit den  
412 lesbischen, schwulen, bi-, trans\*- und inter\*-Communities erarbeitet, entsteht  
413 nun eine dauerhafte Struktur für Akzeptanzarbeit für LSBTIQ\*. Gelingen kann dies  
414 nur, wenn möglichst viele Gruppen, Vereine und Aktivist\*innen zu Wort kommen.  
415 Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Die Bezirke spielen in der Umsetzung eine  
416 wichtige Rolle, insbesondere die Außenbezirke sollen gestärkt werden, denn  
417 Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsstrukturen darf nicht vom Wohnort  
418 abhängen. Wir haben verankert, dass jeder Bezirk eine Ansprechperson für  
419 LSBTIQ\*-Angelegenheiten benennt, die als Schnittstelle zwischen  
420 Senatsverwaltung, Bezirk und Akteur\*innen fungiert. Auch an Kitas und Schulen  
421 muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt stärker gelebt werden können. Hierbei  
422 brauchen sie Unterstützung. Wir unterstützen die „Fachstelle queere Bildung“;

423 die Initiative „Schule in Vielfalt“ und die Vielfaltsbroschüre für Kita-  
424 Fachkräfte der zuständigen Senatsverwaltung.

#### 425 Lesbische Sichtbarkeit stärken

426 In der Koalition haben wir das Ziel vorgegeben, die öffentliche Aufmerksamkeit  
427 für Lesben, lesbisches Leben und lesbische Belange in Berlin zu erhöhen. Zudem  
428 werden wir eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Sorgerechtsentzugs in Berlin  
429 in Auftrag geben. Noch bis Ende der 1990er Jahre wurden vielen Frauen ihre  
430 Kinder gerichtlich entzogen, wenn sie eine lesbische Beziehung führten. Dieses  
431 Unrecht ist bisher kaum bekannt. Wir wollen dieses dunkle Kapitel der jüngeren  
432 Geschichte aufarbeiten.

433 Die Bundesregierung muss handeln – wir nutzen jeden Spielraum in Berlin

434 Viele nötige Gesetzesänderungen können nur auf Bundesebene umgesetzt werden.  
435 Darum haben wir eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Art. 3 Grundgesetz  
436 um das Merkmal der sexuellen Identität gestartet. Wir wollen, dass trans\*,  
437 inter\* und nicht-binäre Menschen ihren Vornamen und ihren Geschlechtseintrag  
438 möglichst einfach anpassen und ändern können. Momentan gibt es hohe  
439 bürokratische Auflagen, die auf Bundesebene abgebaut werden müssen.

440 Solange sich das nicht ändert, wollen wir, dass Berlin schon in den Bereichen  
441 vorangeht, in denen das Land Gestaltungsspielraum hat. In Schulen und  
442 staatlichen Hochschulen wollen wir die selbstbestimmte Namensänderung und die  
443 Änderung des Geschlechtseintrages ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
444 der Personenstand „divers“ konsequent und gleichberechtigt in allen öffentlichen  
445 Einrichtungen und der Berliner Verwaltung berücksichtigt wird, inklusive der  
446 Anpassung aller Formulare.

#### 447 Queere Rechte in Europa und weltweit

448 Wir stehen für die Rechte queerer Menschen ein – in Berlin und weltweit. Queer-  
449 Feindlichkeit verstößt gegen die Menschenrechte. Berlin und die Bezirke haben  
450 ein breites Städtepartnerschaftsnetzwerk. Als Regenbogenhauptstadt hat Berlin  
451 die Verantwortung, auch gegenüber den Partnerstädten für queere Rechte und  
452 Gleichstellung einzutreten. Die LSBTIQ\*-freien Zonen in Polen und anderen  
453 Ländern sind Menschenrechtsverletzungen und müssen aufgelöst werden. Über das  
454 „Rainbow Cities Network“ setzen wir uns im Ausland in über 30 Städten auch auf  
455 lokaler Ebene für die Stärkung der Belange von LSBTIQ\* ein.

#### 456 5.4 Freiheit schützen und bewahren

457 Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Hier leben Menschen mit den  
458 unterschiedlichsten Biographien, Identitäten, Zielen und Träumen. Allen  
459 Berliner\*innen ist gemeinsam, dass sie selbstbestimmt ihre Freiheit genießen  
460 wollen. Das gelingt nur, wenn alle sich sicher sein können, dass ihre Rechte und  
461 ihre Würde geachtet werden – von den anderen genauso wie von staatlichen  
462 Stellen. Ohne ein Grundgefühl von Sicherheit ist das schwer möglich, denn Angst  
463 hemmt die Freiheit. Es ist deswegen unser Ziel, Sicherheit zu schaffen, ohne  
464 Freiheit zu beschränken. Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil: Wer Sicherheit  
465 nur durch Maßnahmen erreichen will, die Rechte und Freiheit schmälern, hat das  
466 Ziel der offenen Gesellschaft und des Rechtsstaates aufgegeben.

467 Mit einem großen Freiheitsrechtstärkungspaket haben wir die größte  
468 innenpolitische Reform in Berlin seit Jahrzehnten umgesetzt und eine\*n  
469 unabhängige\*n Polizei- und Bürger\*innenbeauftragte\*n eingeführt. Das ist ein  
470 großer Erfolg. Uns ist gelungen, woran andere Bundesländer gescheitert sind.  
471 Häufig waren dortige Änderungen an den Sicherheitsgesetzen zu Recht begleitet  
472 von heftigen Protesten, nicht so in Berlin. Mit der Novelle des Allgemeinen  
473 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes haben wir Befugnisse zur Abwehr  
474 terroristischer Straftaten oder ähnlich schwerer Verbrechen neu in das Gesetz  
475 aufgenommen. Die Veröffentlichung kriminalitätsbelasteter Orte, an denen ohne  
476 Verdacht kontrolliert werden kann, haben wir gesetzlich geregelt, genau wie die  
477 individuelle Kennzeichnung von Beamt\*innen. So ist auch Fehlverhalten von  
478 Polizist\*innen leichter aufzuklären. Der Einsatz von Vertrauenspersonen und  
479 verdeckten Ermittler\*innen muss in der Regel nun durch ein Gericht angeordnet  
480 werden. Wir haben die Bürger\*innenrechte gestärkt und gleichzeitig dem Bedürfnis  
481 der Berliner\*innen nach mehr Sicherheit Rechnung getragen. Diesen Weg gehen wir  
482 weiter.

483 Prävention ist der beste Weg

484 Die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung wirkt, bevor eine Straftat begangen  
485 wird. Wir wollen Instrumente der Prävention deshalb weiter stärken. Aufklärungs-  
486 und Beratungsangebote sind dabei genauso wichtig wie die enge und klar  
487 strukturierte Zusammenarbeit von Ordnungsämtern und Polizei mit Jugendämtern  
488 oder Sozialämtern. Prävention bedeutet für uns nicht Überwachung und Kontrolle,  
489 um zu verhindern, dass Delikte begangen werden. Uns geht es darum,  
490 gesellschaftliche Konfliktlagen zu entschärfen, bevor sie entstehen, möglichen  
491 Täter\*innen Alternativen zu bieten und frühzeitig Grenzen aufzuzeigen, um sie  
492 von einer kriminellen Karriere abzubringen.

493 Polizei vor Ort stärken

494 Die Berliner Polizei muss ansprechbar, erreichbar und vor Ort sein. Präsenz und  
495 Nähe schaffen Transparenz und Vertrauen. Wir wollen Mobile Wachen und  
496 Brennpunktstreifen weiter ausbauen, um vor Ort Konflikte zu lösen und  
497 Kriminalität verhindern zu können. In enger Kooperation mit sozialer Arbeit,  
498 Präventionsträgern und Zivilgesellschaft kann so verhindert werden, dass Orte zu  
499 Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten werden. Wir haben die Fahrradstaffel  
500 mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir  
501 wollen noch mehr Polizist\*innen auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer\*innen  
502 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit auf Berlins Straßen zu  
503 sorgen.

504 Die Berliner Polizei muss so divers sein wie unsere Stadt

505 Vielfältig, tolerant, offen, freiheitlich – das sind Attribute, die nicht nur  
506 auf Berlin zutreffen, sondern auch die Berliner Polizei beschreiben müssen. Um  
507 das zu erreichen, werden wir die Polizei jünger, weiblicher und diverser machen.  
508 Wir werden intensiv um Menschen werben, die bisher in der Polizei keine  
509 Berufsperspektive für sich sehen. Wir werden die Kompetenzen in  
510 diversitätssensibler Kommunikation stärken, in der Aus- und Fortbildung ebenso  
511 wie im Polizeialltag durch Supervision. Diskriminierung und rassistische  
512 Tendenzen in der Polizei werden wir untersuchen und mit allen Mitteln bekämpfen  
513 – sie haben in Berlin keinen Platz.

## 514 Handeln zählt

515 Diskriminierung und Racial Profiling dürfen kein Mittel der Polizeiarbeit sein.  
516 Wenn Kontrollen und andere Maßnahmen an der vermeintlichen Herkunft, Sprache, am  
517 Glauben oder an sexueller Orientierung anknüpfen, läuft etwas doppelt falsch:  
518 Grundrechte werden missachtet und effektive Kriminalitätsbekämpfung wird  
519 verhindert – denn keine dieser Kategorien hat etwas mit Kriminalität zu tun.  
520 Polizeiliches Handeln muss sich nach dem Handeln der Verdächtigen richten,  
521 deswegen lehnen wir verdachtsunabhängige Kontrollen ebenso ab wie  
522 Verdächtigungen aufgrund des Erscheinungsbildes oder persönlicher Eigenschaften.

523 Wer Ziel einer polizeilichen Maßnahme wird, etwa einer Personenkontrolle, fühlt  
524 sich oft bedrängt und unter unberechtigtem Verdacht. Wir wollen unbürokratische  
525 Nachweispflichten einführen, so dass jede\*r weiß, warum er\*sie beispielsweise  
526 kontrolliert wurde und welche Rechtsschutzmöglichkeiten es gibt. Die kritische  
527 Aufarbeitung des Fehlverhaltens einzelner Polizist\*innen schafft Vertrauen und  
528 stärkt die Arbeit der gesamten Polizei.

529 Die Ermittlungen rund um die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln werden wir  
530 genau untersuchen und dazu direkt nach dem Beginn der neuen Legislaturperiode  
531 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

## 532 Sicherheitsbehörden stärken

533 Wir erwarten von unserer Polizei und Feuerwehr gute Arbeit. Dafür sind wir ihnen  
534 aber auch die richtigen Bedingungen schuldig. Wir haben die Arbeitsbedingungen  
535 bereits durch Neueinstellungen verbessert und viele profitieren von höherer  
536 Bezahlung. Die Arbeitszeiten werden wir familienfreundlicher machen, die  
537 Gesundheit der Beamt\*innen besser schützen, Millionen von Überstunden abbauen  
538 und die Ausstattung verbessern. Und natürlich werden wir Polizist\*innen und  
539 Feuerwehrleuten, die im Dienst angegriffen werden, unsere Unterstützung geben.

## 540 Keine Grundrechtseingriffe auf Vorrat

541 Der Tendenz der letzten Jahre und Jahrzehnte im Bund und in den meisten  
542 Bundesländern, immer weitere Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auf immer  
543 schwammigerer rechtlicher Grundlage zu schaffen, erteilen wir eine klare Absage.  
544 Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung und Vorratsdatenspeicherung auf  
545 Kosten der Freiheit und Privatsphäre aller. Die Sicherheitsbehörden brauchen  
546 effektive und wirksame Mittel im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus, aber  
547 diese müssen klar definiert und an entsprechende Verdachtsmomente gebunden sein.  
548 Weitreichende Überwachungs- und Eingriffsrechte führen nicht zu Sicherheit,  
549 sondern zerstören das lebenswichtige Vertrauen in staatliche Institutionen.

550 Wir brauchen ein funktionierendes Frühwarnsystem gegenüber Verfassungsfeinden,  
551 staatszersetzenden und demokratiegefährdenden extremistischen Personen und  
552 Strukturen. Dieses benötigt eine hohe demokratische Legitimation und  
553 parlamentarische Kontrolle. Der Berliner Verfassungsschutz musste sich in den  
554 letzten Jahren zwar wichtigen zusätzlichen Herausforderungen stellen, konnte  
555 beim islamistischen Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz und in der  
556 rechtsextremen Neuköllner Anschlagsserie aber nicht überzeugen und hat so weiter  
557 an Vertrauen verloren. Um eine Alternative für diesen Verfassungsschutz zu  
558 schaffen, setzen wir auf eine wissenschaftliche Evaluation der bundesweiten  
559 Sicherheitsarchitektur. So lange lehnen wir zusätzliche Befugnisse oder Mittel  
560 für den Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form ab.



## 561 5.5 Wir setzen auf den Rechtsstaat

562 Der Rechtsstaat ist das Rückgrat unserer offenen Gesellschaft und unserer  
563 Freiheit. Alle Menschen müssen ihre Rechte durchsetzen können und ohne Willkür  
564 und Diskriminierung behandelt werden. Dafür brauchen wir eine unabhängige,  
565 starke und moderne Justiz. In den vergangenen Jahren haben wir die Berliner  
566 Justiz in großen Schritten besser aufgestellt. Erstmals seit vielen Jahren ist  
567 im Allgemeinen Vollzugsdienst die Soll-Personalstärke wieder erreicht. Nach  
568 jahrzehntelangem Stillstand haben wir ein Raumkonzept erarbeitet und mit dessen  
569 Umsetzung begonnen: Mit dem Kathreiner-Haus am Kleistpark hat die Berliner  
570 Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten,  
571 in das das Verwaltungsgericht einziehen soll. Mit einem umfassenden  
572 Sanierungsprogramm haben wir insbesondere die Justizvollzugsanstalten in Tegel  
573 und Moabit grundsaniert. Wir sind dabei, Richter\*innen mit mobilen  
574 Arbeitsgeräten auszustatten, haben für den Jugendarrest eine gesetzliche  
575 Grundlage erarbeitet und die alte Jugendarrestanstalt saniert. Es ist viel  
576 geschafft, um die Berliner Justiz besser aufzustellen. Und noch viel haben wir  
577 vor.

## 578 Organisierte Kriminalität bekämpfen

579 Organisierte Kriminalität sorgt für schwere Schäden, untergräbt die Gesellschaft  
580 und schadet der Wirtschaft. Deshalb haben wir eine neue Spezialabteilung bei der  
581 Berliner Staatsanwaltschaft gegründet, die der organisierten Kriminalität den  
582 Geldhahn zudreht, indem die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von  
583 Vermögen voll ausgeschöpft werden. Mithilfe einer besseren Schulung und  
584 Ausstattung der Polizei und enger Kooperation mit anderen Bundesländern und  
585 europäischen Partner\*innen werden wir weiter konsequent gegen organisierte  
586 Kriminalität vorgehen. Um Geldwäsche einzudämmen, haben wir eine Taskforce zur  
587 intensiveren Überwachung der Pflichten der Notar\*innen eingerichtet. Den  
588 eingeschlagenen Weg, das Vermögen aus der organisierten Kriminalität  
589 einzuziehen, wollen wir weitergehen und wo möglich dafür nutzen, Opfergruppen zu  
590 unterstützen. Diese Arbeit wollen wir weiter stärken.

## 591 Wirtschafts- und Umweltkriminalität stoppen

592 Wirtschaftskriminalität ist Teil der organisierten Kriminalität und auch ihre  
593 Bekämpfung wollen wir weiter voranbringen. Im Alltag wird diese Kriminalität  
594 fälschlicherweise nicht als direkte Bedrohung wahrgenommen, sie bedeutet aber  
595 Gewinne für die Täter\*innen zum immensen Schaden der Allgemeinheit. Wir wollen  
596 den Verfolgungsdruck konsequent erhöhen – die Erfahrung zeigt, dass hier mit  
597 relativ wenig Mitteln große Erfolge erzielt werden können. Deswegen wollen wir  
598 die entsprechenden Abteilungen der Polizei stärken und durch einen Ausbau der  
599 Steuerfahndung verhindern, dass sich einige wenige zu Lasten aller bereichern.  
600 Bei der Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität, zum Beispiel der Fälschung von  
601 vermeintlich hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen Jahren an  
602 die Spitze der Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der  
603 beteiligten Behörden eingesetzt, von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll.  
604 Dies wollen wir weiter vorantreiben.

## 605 Opfer stärken

606 Rechts- und Sicherheitspolitik orientiert sich zu oft an Täter\*innen. Wir wollen  
607 die Opfer stärker in den Blick nehmen. Nach dem islamistischen Anschlag auf dem

608 Breitscheidplatz haben wir eine zentrale Anlaufstelle für Betroffene von  
609 Terroranschlägen und deren Angehörige eingerichtet. Wir wollen die Beratungs-  
610 und Betreuungsangebote ausbauen und aktiv auf die Opfer von Straftaten zugehen,  
611 statt sie allzu oft alleinzulassen. Auch die psychosoziale Betreuung von Opfern  
612 muss weiter deutlich verbessert werden, damit traumatische Folgen möglichst  
613 verhindert werden. Der Täter-Opfer-Ausgleich soll in Zukunft eine wichtigere  
614 Rolle spielen. Um ausuferndem Hass und Hetze insbesondere im Internet  
615 entgegenzutreten, haben wir bei der Staatsanwaltschaft eine Zentralstelle  
616 Hasskriminalität gegründet und wollen in einem Modellprojekt eine digitale  
617 Gewaltschutzambulanz einrichten. Sie soll psychologische Unterstützung,  
618 technische Hilfe und Beratung beim Stellen einer Anzeige bieten.

619 Rechtsstaat braucht Richter\*innen und Vollzugsbeamt\*innen

620 In den letzten Jahren haben wir die Rahmenbedingungen für eine leistungsstarke  
621 und bürgernahe Justiz geschaffen. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Ganz  
622 besonders liegt uns am Herzen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und  
623 familienfreundlicher zu machen, Quereinstiege und Wechsel zu erleichtern. So  
624 wollen wir ermöglichen, dass Anwält\*innen mit spezifischer Fachfahrung bei  
625 einem Wechsel in die Justiz auch in dieser Fachmaterie eingesetzt werden können.  
626 Vorerfahrenszeiten wollen wir großzügig anrechnen. Im Justizvollzug werden wir  
627 den Gesundheitsschutz weiterentwickeln, um vor allem die negativen Folgen der  
628 Schichtarbeit abzumildern. Um für genug Nachwuchs zu sorgen, wollen wir die  
629 Jurist\*innenausbildung reformieren. Auch die Förderung von Frauen werden wir  
630 weiter stärken: mit einem transparenten Bewertungssystem, Frauenvertretungen,  
631 paritätisch besetzten Gremien und Vorschlagslisten für den Richterwahlausschuss.

632 Wir wollen, dass unsere Justiz so divers wird wie Berlin. Besonders bei den  
633 Richter\*innen und Staatsanwält\*innen haben wir noch einen langen Weg vor uns,  
634 bis die Richterbank so divers wie die Stadt ist. Daher wollen wir dies  
635 langfristig bei Einstellungen und Beförderungen ändern.

636 Rechtsstaat braucht Infrastruktur

637 Unsere Platz-Offensive für die Justiz werden wir fortsetzen. Den Justiz-Campus  
638 in Moabit wollen wir weiterentwickeln und ein 12. Amtsgericht in Marzahn-  
639 Hellersdorf einsetzen, damit die Justiz überall in Berlin einfach zu erreichen  
640 ist. Die vorhandenen Justizgebäude werden wir energetisch sanieren und den  
641 bereits begonnen Bau von Solaranlagen und Blockheizkraftwerk forcieren.

642 Digitalisierung voranbringen

643 Wir digitalisieren die Berliner Justiz. Der elektronische Rechtsverkehr und die  
644 elektronische Akte (E-Justice) sollen bis zum Jahr 2026 kommen. Die Mehrheit der  
645 Berliner Richter\*innen wurde bereits mit mobilen Arbeitsgeräten ausgestattet,  
646 wir wollen, dass das künftig für alle möglich wird, die in Gerichten arbeiten.  
647 Dabei gilt: Sicherheit und Datenschutz stehen an oberster Stelle, kein  
648 Effizienzgewinn rechtfertigt die Beschränkung der Prozessgrundsätze.

649 Rechtsstaat für alle

650 Wer in unserer Stadt lebt, muss seine Rechte auch durchsetzen können. Es darf  
651 nicht sein, dass Armut, fehlende Bildung oder Diskriminierung dazu führen, dass  
652 Menschen nicht in vollem Umfang ihre Rechte kennen und wahrnehmen. Mit  
653 niedrigschwelligem Zugang zur Justiz und zu Beratungsangeboten sorgen wir dafür,

654 dass das Recht wirklich für alle gleich ist! Möglichkeiten kollektiver  
655 Rechtsdurchsetzung wie das Verbandsklagerecht wollen wir ausweiten. Das Projekt  
656 „Wir im Rechtsstaat“, ein Rechtsbildungsprogramm für Geflüchtete, werden wir  
657 weiterführen.

658 Gefangene werden Nachbar\*innen

659 Ein Rechtsstaat beweist sich ganz besonders darin, wie er mit Straffälligen  
660 umgeht. „Wegsperrten!“ kann niemals das Prinzip des Strafvollzugs sein.  
661 Strafvollzug soll dazu dienen, dass straffällig Gewordene nach ihrer Haft wieder  
662 voll in die Gesellschaft eintreten können und nicht rückfällig werden.

663 Projekte wie „Arbeit statt Strafe“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit  
664 verrichten, statt eine Freiheitsstrafe zu verbüßen, haben wir finanziell besser  
665 ausgestattet. Wo immer es zu verantworten ist, setzen wir auf offenen Vollzug,  
666 um den Weg zurück in die Gesellschaft zu erleichtern.

667 Strafgefangene brauchen mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung und eine bessere  
668 Betreuung vor und nach der Entlassung. Wir haben daher das bundesweit  
669 einzigartige Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ gestartet. In den  
670 kommenden Jahren werden alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist,  
671 Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – um den Kontakt mit ihren Familien zu  
672 verbessern, digitale Bildungsangebote zu nutzen und sich am Ende der Haft um  
673 einen Job zu bewerben. Nur so funktioniert Resozialisierung und wird die „zweite  
674 Chance“ auch eine echte Chance.

675 Im Bereich des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs stehen der  
676 Erziehungsgedanke und die Prävention für uns im Mittelpunkt. Jugendgerichte,  
677 Polizei und Jugendgerichtshilfe arbeiten bereits ortsbezogen. Daher war es nur  
678 konsequent, auch die Jugendstaatsanwaltschaft zu regionalisieren.  
679 Verfahrensabläufe „vor Ort“ zu vereinfachen und zu beschleunigen werden wir  
680 fortsetzen.

681 Strafrecht als „Ultima Ratio“

682 Strafrecht darf immer nur das letzte Mittel sein. Darum haben wir in den  
683 vergangenen Jahren Initiativen ergriffen, um zum Beispiel die  
684 Majestätsbeleidigung, das Informieren über Schwangerschaftsabbrüche und das  
685 Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren. Auch den Besitz von Cannabis  
686 wollen wir entkriminalisieren. Auch Elemente aus der NS-Zeit wollen wir endlich  
687 aus dem Strafgesetzbuch verbannen. All das muss auf Bundesebene geregelt werden  
688 – wir bleiben dran.

689 5.6 Demokratie braucht Engagement: Partizipation, Vielfalt und Transparenz  
690 stärken

691 Berlin ist seit Jahrzehnten ein Ort, an dem das Ringen um Demokratie eine ganz  
692 besondere Rolle spielt. Unzählige Ost-Berliner\*innen haben 1989 mit ihrem Mut  
693 und mit ihrem Einstehen für demokratische Werte die Mauer zwischen Ost- und  
694 West-Teil der Stadt zum Einsturz gebracht und für alle Menschen in der Stadt die  
695 Demokratie erkämpft.

696 Berlin war und bleibt ein Ort, an dem eine lebendige Zivilgesellschaft immer  
697 wieder Missstände benennt und dagegen aufsteht, an dem Demokratie gelebt und mit  
698 Engagement und Widerstandsgeist verbessert wird. Diese aktive Vielfalt ist –

699 gemeinsam mit unserem Grundgesetz und unserer Landesverfassung – die Basis  
700 unseres demokratischen Zusammenlebens. Wir wollen sie schützen und fördern, denn  
701 ohne diese Grundlage gibt es auf Dauer kein Leben in Freiheit. Deshalb haben wir  
702 in dieser Wahlperiode die direkte Demokratie gestärkt, indem wir das  
703 Abstimmungsgesetz geändert und dadurch die Durchführung von Volksinitiativen,  
704 Volksbegehren und Volksentscheiden erleichtert haben. Dadurch wurde mehr  
705 Mitbestimmung für die Berliner\*innen möglich.

#### 706 Demokratie heißt Vielfalt

707 Grundlage jeder Demokratie ist das Prinzip der Gleichheit der Menschen. Wir  
708 erleben in einer vielfältigen Stadt wie Berlin aber allzu oft, dass dieses  
709 Prinzip mit Füßen getreten, mit Hassparolen angegriffen und mit  
710 Verächtlichmachung ganzer Gruppen untergraben wird. Eine Demokratie ist nur so  
711 gut wie der Schutz, die Rechte und die Freiheit, die Minderheiten genießen. Wir  
712 stellen uns allen Tendenzen entgegen, die die Gleichheit aller Menschen infrage  
713 stellen.

#### 714 Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen

715 Die Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen ist eine zentrale  
716 Voraussetzung für das Vertrauen in demokratische Strukturen und die  
717 Landesverwaltungen. Wir wollen das Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz  
718 weiterentwickeln und damit die Veröffentlichungspflicht der Verwaltung und das  
719 Recht auf Akteneinsicht erweitern. Diese Veröffentlichungspflicht soll sowohl  
720 für die Verwaltung als auch für die landeseigenen Betriebe gelten. Die Kontrolle  
721 des Gesetzes soll durch eine\*n Beauftragte\*n für Datenschutz, Transparenz und  
722 Informationsfreiheit erfolgen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines  
723 Lobbyregisters im Land Berlin ein.

#### 724 Bürger\*innenräte in Berlin einführen

725 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf  
726 Bezirksebene und auch auf Landesebene sowie zu einzelnen thematischen  
727 Schwerpunkten Bürger\*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten Themen  
728 temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie ebenso wie die  
729 Instrumente der direkten Demokratie ergänzen. Die Teilnehmer\*innen an den Räten  
730 werden durch das Zufallsprinzip gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in  
731 einem Kiez abbilden zu können. Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen  
732 für konkrete Probleme im Kiez oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen  
733 wir die demokratischen Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die  
734 Akzeptanz politischer Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

#### 735 Stadtvertrag für Beteiligung

736 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Repräsentative,  
737 direktdemokratische und dialogische Elemente gehören zusammen. Sie eröffnen auch  
738 Einwohner\*innen ohne Wahlrecht, sich an konkreten Projekten in der Stadt zu  
739 beteiligen, sie machen eine Mitsprache zwischen den Wahlen und unabhängig von  
740 Parteien möglich, sie binden Engagement und Sachverstand der Bürger\*innen ein in  
741 eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung. Dazu wollen wir einen „Stadtvertrag  
742 Beteiligung“ erarbeiten: weitere Stärkung der direkten Demokratie, transparente  
743 Verwaltung und Zugang zu Verwaltungswissen, Ausbau der Beteiligungsbüros in der  
744 ganzen Stadt, das neue Instrument der Bürger\*innenräte, Bürger\*innenentscheide

745 auf Bezirksebene verbindlich machen, eine\*n Beauftragte\*n einsetzen, um diese  
746 Prozesse zu begleiten und voranzutreiben.

747 Demokratische Initiativen stärken

748 Engagement ist das Rückgrat unserer Demokratie, deshalb braucht es unsere  
749 Förderung. Wir haben mit dem Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt.  
750 Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“, der Initiative  
751 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und zahlreichen anderen Programmen  
752 schon vieles getan. Aber wir wollen mehr: Wir wollen eine dauerhafte und  
753 verlässliche Förderung solcher Projekte und deshalb wollen wir mit einem  
754 Landesdemokratiefördergesetz dauerhafte Strukturen schaffen, um Engagement für  
755 Demokratie und Vielfalt, gegen Hass und Rassismus zu stärken. Vor allem wollen  
756 wir Präventionsangebote stärken sowie Anlaufstellen und Aussteigerprogramme  
757 verstetigen.

758 Wissen schaffen, Demokratiebildung ausweiten

759 Wir wollen den Berlin Monitor fortführen. Er hat die Erfahrungen der  
760 Berliner\*innen im Zusammenleben wissenschaftlich untersucht und wertvolle  
761 Hinweise gegeben, um gezielt Probleme anzugehen. Um das demokratische  
762 Bewusstsein zu stärken, sind historische und politische Bildung unerlässlich.  
763 Wir wollen die Landeszentrale für politische Bildung stärken und insbesondere  
764 für junge Menschen und in Schulen ausweiten. Denn hier wird die Grundlage für  
765 die Zukunft unserer Demokratie gelegt. Die Auseinandersetzung mit Rassismus,  
766 Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehört  
767 ebenso dazu wie das Wissen um deutsche Kolonialgeschichte.

768 Hilfe und Beratung verbessern, Bewusstsein stärken

769 Viele Menschen erleben Diskriminierung und Hass, sei es wegen ihrer Herkunft,  
770 ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Identität. Die Betroffenen fühlen sich oft  
771 isoliert und ausgeschlossen und brauchen deswegen Anlaufstellen, denen sie  
772 vertrauen können. Wir wollen solche Stellen mit der Zivilgesellschaft schaffen  
773 und stärken. Ebenso werden wir in der öffentlichen Verwaltung und in Schulen  
774 regelmäßige Fortbildungen einführen, um Rassismus und Diskriminierung  
775 entgegenzuwirken.

776 Hass und politische Gewalt bekämpfen

777 Wir haben bereits eine Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft  
778 geschaffen, um gegen politisch motivierte und Hasskriminalität vorzugehen, und  
779 werden sie weiter stärken. Wir wollen damit insbesondere der Bedrohung jüdischen  
780 Lebens durch wachsenden Antisemitismus entgegentreten und Hassbotschaften im  
781 Internet Einhalt gebieten.

782 5.7 Berlin bleibt Kulturhauptstadt

783 Berlin ist eine Kulturhauptstadt. Kaum eine andere Stadt hat ein so  
784 reichhaltiges Angebot an Theatern, Museen, Orchestern und Chören, eine so  
785 vibrierende Film-, Literatur-, Musik- und Clubszene, mit der Künstler\*innen und  
786 Kreative Berlin spannend und lebenswert machen. Doch diese Kunst- und  
787 Kulturmétropole ist unter Druck: Der übergroße Teil der Kulturschaffenden gehört  
788 immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Steigende Mieten  
789 und Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust

790 künstlerischer Freiräume mit sich gebracht. Durch den Lockdown in der Corona-  
791 Pandemie haben zahllose freischaffende Künstler\*innen und private Kulturorte von  
792 heute auf morgen ihre Existenzgrundlage verloren. Wir stehen für den Erhalt und  
793 Ausbau von Berlins einmaliger Kulturlandschaft: Wir haben mit Mindesthonoraren  
794 und neuen Förderprogrammen für eine Besserstellung von Künstler\*innen gesorgt,  
795 durch die Sicherung öffentlicher Liegenschaften sowie gezielte Immobilienankäufe  
796 neue Kulturräume geschaffen und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken  
797 ausgebaut. Nun wollen wir den nächsten Schritt machen, indem wir die Kulturraum-  
798 Frage ins Zentrum der Stadtentwicklungspolitik rücken, die Fördersystematik  
799 zugunsten von mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren und die  
800 Dekolonisierung Berlins weiter vorantreiben.

801 Kunst und Kultur brauchen mehr Raum in Berlin – und zwar dringend

802 Berlins Kulturleben hat einen bedeutenden Anteil an der Attraktivität und  
803 internationalen Ausstrahlung der Stadt. Gleichzeitig waren und sind Kunst und  
804 Kultur immer mehr als ein Wirtschaftssektor und deshalb auf öffentliche  
805 Förderung und Infrastruktur angewiesen. Daher wollen wir bei der Neubau- und  
806 Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner Stadtentwicklungspolitik ganz  
807 generell kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund stellen.  
808 So, wie wir die Alte Münze als einen Kunst- und Kulturstandort mit dem  
809 Schwerpunkt Musik gesichert haben, werden wir weitere öffentliche Liegenschaften  
810 als künstlerische Produktions- und Präsentationsorte erschließen. Wir werden  
811 auch weiterhin private Immobilien für diesen Zweck gezielt ankaufen und das  
812 sogenannte Arbeitsraumprogramm im Dialog mit der Freien Szene und den  
813 Spartenverbänden weiterentwickeln. Bei Planung und dem Bau neuer Stadtquartiere  
814 müssen künstlerische Zwecke und die Schaffung kultureller Infrastruktur von  
815 vornherein mitberücksichtigt werden. Außerdem wollen wir sonstige öffentliche  
816 Liegenschaften und Bauprojekte zugunsten einer Kulturnutzung öffnen:  
817 Bildungseinrichtungen, Gerichte und Dienstgebäude der Berliner Verwaltung können  
818 außerhalb ihrer normalen Öffnungszeiten als Probe- und Aufführungsorte fungieren  
819 – und beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für  
820 die bezirkliche Musikschule oder Jugendkunstschule entstehen. Dabei denken wir  
821 Kunst und Klimaschutz zusammen: Auch der Kulturbereich muss seinen Anteil an der  
822 Einsparung von CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt  
823 erbringen. Das gilt insbesondere für die Museen und den Gastspiel- und  
824 Festivalbetrieb, die zu den größten Treibhausgas-Emittenten gehören. Deshalb  
825 unterstützen wir Konzepte für ein „Green Culture Desk“ und die Einrichtung eines  
826 entsprechenden Fonds.

827 Förderung der Freien Szene neu justieren

828 Berlins Freie Szene war schon immer eine Art Laboratorium für neue künstlerische  
829 Ausdrucks- und Arbeitsformen und trägt durch ihre Innovationen erheblich zu der  
830 internationalen Ausnahmestellung der Stadt bei. Die Förderstrukturen, die dies  
831 ermöglicht haben, werden den neueren Entwicklungen hinsichtlich der Bandbreite  
832 und Ausdifferenzierung von Sparten und Formaten sowie der künstlerischen  
833 Qualität und Professionalisierung dieser Szene allerdings schon lange nicht mehr  
834 gerecht. Wir wollen die vorhandenen Förderinstrumente und -strukturen deshalb  
835 zusammen mit Vertreter\*innen der freien Verbänden und Kulturorte einer  
836 kritischen Evaluation unterziehen und gemeinsam weiterentwickeln. Dabei wollen  
837 wir das fortsetzen, was wir in dieser Legislatur mit dem Runden Tisch Tanz und  
838 den neuen Stipendien, der Einrichtung eines Festivalfonds, der Ausweitung der

839 Kinder- und Jugendtheater-Förderung und der Stärkung der Ankerinstitutionen der  
840 Freien Szene begonnen haben. Auch die Arbeit und Strukturen der freien  
841 Spartenverbände selbst wollen wir kontinuierlich unterstützen.

842 Zeit für eine diverse und feministische Kulturpolitik

843 Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster  
844 Migrationsgeschichte. Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt  
845 sich in den städtischen Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies  
846 ist für uns eine Frage der gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine  
847 Chance für künstlerische Entwicklungen, die postmigrantische, transkulturelle  
848 Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt muss endlich besser in  
849 den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren Leitungspositionen und  
850 Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der Kulturförderung als  
851 solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem  
852 Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben  
853 wir einen Anfang gemacht. Nun wollen wir die Förderpolitik nach Vorbild des New  
854 Yorker „Culture-Plan“ umbauen.

855 Bei der Besetzung von Intendanten und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich  
856 müssen auch endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und  
857 Intendant\*innen-Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern  
858 Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir werden dem sogenannten  
859 Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen  
860 entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren  
861 lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote.

862 Ein Zentrum der Kunst und Kreativwirtschaft im Flughafen Tempelhof

863 Wir wollen kreative Innovationen, speziell von Kleinstunternehmen, Solo-  
864 Selbstständigen und freien Gruppen, fördern. Im Gebäude des Flughafens Tempelhof  
865 soll ein Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft entstehen, in dem Ateliers,  
866 Galerien, Proberäume und freie Spielorte ebenso wie Produktions- und  
867 Präsentationsstätten für Design, Mode, Architektur oder Games Platz finden.  
868 Alles, was dort produziert wird, soll unter dem Label „made in Berlin“ gezielt  
869 vermarktet und präsentiert werden. Dazu wollen wir als digitale Ergänzung eine  
870 landeseigene virtuelle „Plattform Berlin“ aufbauen. Auch im ehemaligen Flughafen  
871 Tegel wollen wir Raum für die Kreativwirtschaft schaffen.

872 Freiheit der Medien garantieren

873 Die Medien erfüllen durch Information und Unterhaltung eine wichtige  
874 gesellschaftliche Funktion. Freie Medien sind Grundlage für Demokratie. Mit  
875 großer Sorge verfolgen wir die Angriffe, denen freie Medien verstärkt ausgesetzt  
876 sind. Wir stehen ein für Pressefreiheit und werden die Unabhängigkeit von  
877 Journalist\*innen wahren und sichern. Gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk  
878 hat die Aufgaben, die Breite der Gesellschaft abzubilden und Ort der offenen  
879 Debatte der Gesellschaft zu sein. Deshalb ist es wichtig, dass die jeweiligen  
880 Medienformate in ihrer Darstellung auch die Diversität der Gesellschaft  
881 widerspiegeln und adressieren. Um die Vielfalt und Teilhabe von  
882 unterrepräsentierten Gruppen im rbb zu erhöhen, wollen wir den Rundfunk-  
883 Staatsvertrag zusammen mit Brandenburg weiterentwickeln.

884 „Berlin-Jahr“ für Absolvent\*innen der Filmhochschulen

885 Der Film entwickelt sich zunehmend zu einem Aushängeschild der Berliner  
886 Kulturlandschaft. Um hier ausgebildete Filmschaffende an Berlin zu binden,  
887 wollen wir ihnen in einem „Berlin-Jahr“ eine Anschlussförderung und in  
888 Kooperation mit der Filmwirtschaft Arbeitsangebote bieten. Um Möglichkeiten der  
889 Aus-, Weiter- und Fortbildung für Film- und Medienschaffende zu verbessern,  
890 wollen wir die Angebote der Medienanstalt Berlin-Brandenburg ausweiten. Dazu  
891 soll die Medienanstalt auch mit den Filmhochschulen kooperieren.

892 Clubkultur erhalten

893 Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten und dazu Standorte sichern. Um  
894 Nutzungskonflikte mit Anrainern zu entschärfen, haben wir 2018 einen  
895 „Lärmschutzfonds für Berliner Clubs“ ins Leben gerufen und mit einer Million  
896 Euro ausgestattet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Das „Agent of Change“-  
897 Prinzip wollen wir in ganz Berlin etablieren. Um Clubs bauplanungsrechtlich  
898 besser abzusichern und ihnen einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln zu  
899 verschaffen, wollen wir diese Clubs auch offiziell als Kulturstätten anerkennen.  
900 Uns ist wichtig, Clubs in ihrer Funktion als Orte der gesellschaftlichen  
901 Begegnung und „Safer Spaces“, zum Beispiel für queere Menschen, zu stärken und  
902 gleichzeitig gemeinsam mit den Betreiber\*innen und der Clubkommission gegen  
903 Diskriminierung an der Tür und im Clubleben vorzugehen.

904 Decolonize!

905 Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und  
906 Erinnerung der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum  
907 Vorreiter bei der Dekolonisierung geworden. Doch die ist ein Prozess, der nur im  
908 engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen Communities und den  
909 Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen kann. Wir wollen die  
910 Dekolonisierung der Berliner Kultureinrichtungen und deren Arbeit im  
911 Bildungsbereich und öffentlichen Raum weiter vorantreiben. Dafür wollen wir die  
912 in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle und die Zusammenarbeit  
913 mit Initiativen wie „Decolonize Berlin e. V.“ verstetigen. Die Berliner Bezirke  
914 und Stadtteilinitiativen wollen wir bei der Umbenennung von Straßen und Plätzen,  
915 die noch heute den Kolonialismus und die Kolonialverbrecher ehren, bestmöglich  
916 unterstützen, etwa indem wir auf Landesebene Ressourcen für die  
917 wissenschaftliche Erforschung dieser Straßengeschichte zur Verfügung stellen. An  
918 den Berliner Hochschulen sollen endlich Postcolonial und Black Studies angeboten  
919 werden, wie es im angelsächsischen Raum längst der Fall ist. Und wir fordern  
920 weiterhin die Errichtung eines Lern- und Erinnerungsortes gemeinsam mit dem Bund  
921 als zentrale Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus. Als  
922 ehemalige Hauptstadt des deutschen Kolonialreichs und Ort zahlreicher kolonialer  
923 Sammlungen und Institutionen steht Berlin ganz besonders in der Pflicht, deren  
924 Geschichte aufzuarbeiten: Wir setzen uns für eine systematische  
925 Provenienzforschung und die Offenlegung der Inventarlisten der Berliner Museen  
926 und Sammlungsbestände ein. Koloniale Raubkunst und menschliche Überreste müssen  
927 den Herkunftsgesellschaften zurückgegeben werden, und das proaktiv. Wir wollen  
928 außerdem Berlins Städtepartnerschaft mit Windhoek, Namibia, dafür nutzen, eine  
929 Wiedergutmachung der Bundesrepublik für den Genozid an den Nama und Herero und  
930 die Aussöhnung mit deren Nachkommen zu erreichen.

931 5.8 Berlin ist solidarisch: Europa und die Welt im Blick



932 Wir wollen Berlin zu einer Stadt machen, die keinen zurücklässt. Berlin soll ein  
933 sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder  
934 der Klimakrise fliehen mussten, und eine gute Heimat all denjenigen bieten, die  
935 in einer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt leben wollen. Alle  
936 Menschen, die in Berlin ankommen, müssen eine Chance erhalten, sich in unserer  
937 Stadt ein Leben aufbauen zu können.

938 Berlin ist sicherer Hafen

939 Wir bekennen uns zu den europäischen Werten von Frieden, Demokratie,  
940 Menschenrechten und Solidarität. Die Abschottungspolitik an den europäischen  
941 Außengrenzen steht diesen Werten entgegen und ist eine Schande für Europa. Die  
942 Unterbringung von Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern, wie in Moria auf  
943 Lesbos, zeigt das Scheitern der bisherigen europäischen Asyl- und  
944 Migrationspolitik. Wir fordern stattdessen eine solidarische und  
945 menschenrechtsbasierte europäische Flüchtlingspolitik, die allen Asylsuchenden  
946 ein faires Asylverfahren zusichert. Berlin hat bereits gezeigt, dass es bereit  
947 ist, Solidarität zu zeigen und Menschen aufzunehmen. Bisher sind wir mit  
948 unserem Landesaufnahmeprogramm immer wieder am Nein des Bundesinnenministers  
949 gescheitert. Diese Ablehnung ist für uns Ansporn. Wir werden uns weiterhin für  
950 ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus den griechischen Lagern einsetzen  
951 und haben erreicht, dass Berlin dafür sogar gegen das Bundesinnenministerium  
952 klagt. Intensiv bemühen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete. Das  
953 entsprechende Aufnahmeprogramm wollen wir verlängern und dafür sorgen, dass  
954 alleinreisende Frauen, Traumatisierte, Geflüchtete mit Behinderungen, LSBTIQ\*  
955 und Familien unmittelbar nach ihrer Ankunft die Beratung und Betreuung bekommen,  
956 die sie benötigen.

957 Eine echte Willkommensbehörde für Berlin

958 In Berlin ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange  
959 Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es  
960 jetzt schon ist. Nun gilt es, diese Realitäten in Politik und Verwaltung  
961 abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und freies Leben  
962 für alle Berliner\*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt  
963 für Einwanderung zu einer echten Willkommensbehörde weiterentwickeln und alle  
964 nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über  
965 die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln. Die  
966 Willkommensbehörde soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung  
967 unterstellt werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht  
968 länger im Innenressort angesiedelt bleiben. Neuen Berliner\*innen soll dadurch  
969 das Ankommen erleichtert und Teilhabe soll ihnen ermöglicht werden. Die  
970 gesetzlichen Spielräume wollen wir konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.  
971 Dazu gehört, dass die, die arbeiten oder sich bilden, auch bleiben können. Ein  
972 prekärer Aufenthaltsstatus darf nicht länger die Aufnahme einer Ausbildung,  
973 berufsvorbereitende Maßnahmen oder den Abschluss eines angebotenen  
974 Arbeitsvertrages verhindern. Berlin kann nur all seine Potentiale ausschöpfen,  
975 wenn die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, von  
976 Ausbildung und Studium, vereinfacht wird. Abschiebungen während  
977 Ausbildungsvorbereitung oder Ausbildung – dazu zählt auch die Schulzeit oder der  
978 Besuch einer Hochschule – müssen für die gesamte Familie konsequent  
979 ausgeschlossen sein. Abschiebungen sollen generell nur in Ausnahmefällen

980 erfolgen. Die Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen, wie nach  
981 Afghanistan, lehnen wir ab.

982 Programm zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen

983 Auch politisch Verfolgten wollen wir in Berlin eine sichere Anlaufstelle geben.  
984 Besonders Menschenrechtsverteidiger\*innen sind in autoritären Regimen immer  
985 wieder massiver Repression ausgesetzt. Wir haben in dieser Legislatur mehrere  
986 Programme zur Unterstützung von Menschen aufgelegt, die in ihrer Heimat  
987 politisch verfolgt werden. Dadurch haben Betroffene aus Journalismus, Kultur,  
988 Wissenschaft und Unternehmen die Möglichkeit, für eine gewisse Zeit in Berlin in  
989 Sicherheit zu leben. Diese Programme wollen wir verstetigen und unter einem  
990 gemeinsamen institutionellen Dach, einem Haus des Exils, ansiedeln. Berlin setzt  
991 dadurch ein starkes Signal für den Schutz von Menschenrechten weltweit. Darüber  
992 hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum“ entsteht,  
993 das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie  
994 Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht.

995 Berlin ist Fair Trade Town – das verpflichtet zu Verantwortung

996 Viele Produkte auf dem deutschen Markt werden in anderen Ländern oft unter  
997 katastrophalen Bedingungen hergestellt: Umweltzerstörungen,  
998 Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse werden für  
999 Profite in Kauf genommen. Für uns ist klar: Unternehmen und Importeure müssen  
1000 Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen. Die Auszeichnung Berlins  
1001 als Fair-Trade-Town im Jahr 2018 und die Gründung des Eine-Welt-Hauses waren  
1002 dafür erste wichtige Schritte. Wir wollen diesen Weg weitergehen und  
1003 schrittweise eine faire und ökologische Beschaffung in der Berliner Verwaltung  
1004 umsetzen. Von Kaffee über Computer und Kleidung bis zu Baumaterial – Berlin muss  
1005 fair, sozial und nachhaltig einkaufen. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein  
1006 Lieferkettengesetz ein, damit Verbraucher\*innen Transparenz erhalten und Umwelt-  
1007 und Sozialstandards weltweit eingehalten werden.

1008 Soziales Europa statt Ausbeutung

1009 Ausbeutung von Arbeitskräften aus Europa ist in Berlin leider an der  
1010 Tagesordnung – auf Baustellen, in Hotels, im Bereich der Prostitution. Gegen  
1011 diesen Missbrauch europäischer Freizügigkeit gehen wir mit aller Kraft vor. Wir  
1012 unterstützen entsprechende Kontrollen des Zolls, zum Beispiel um die Missachtung  
1013 des Mindestlohns auf Baustellen zu verhindern. Und wir stärken  
1014 zivilgesellschaftliche Organisationen, die wertvolle Arbeit leisten, um für  
1015 Transparenz zu sorgen und betroffene Menschen zu beraten, häufig sind dies  
1016 Migrant\*innen-Selbst-Organisationen. Wir wollen diese sicher finanzieren und bei  
1017 der Vernetzung unterstützen, zum Beispiel mit Gewerkschaften und der Berliner  
1018 Justiz. Häufig entsteht das Problem, dass EU-Bürger\*innen keine Ansprüche auf  
1019 Sozialleistungen geltend machen können. Auf Bundesebene arbeiten wir darum  
1020 dafür, dass Leistungsausschlüsse abgeschafft werden. In Berlin wollen wir mit  
1021 einer Clearing-Stelle dafür sorgen, dass zentral alle Möglichkeiten geprüft  
1022 werden können. Wenn nötig werden wir Menschen auch auf Basis des Allgemeinen  
1023 Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringen. Ein Dach über dem Kopf zu haben  
1024 ist ein Grundrecht, dafür stehen wir ein, ausnahmslos.

1025 Partnerschaften in der Europäischen Union

1026 Es ist der historische Verdienst der Europäischen Union, einen Kontinent, der  
1027 jahrzehntelang von Krieg und Zerstörung gezeichnet war, in einen stabilen  
1028 Frieden geführt zu haben. Der Blick in unsere europäische Nachbarschaft zeigt,  
1029 dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen das europäische Projekt  
1030 aktiv am Leben halten, Brücken bauen und den europäischen Austausch fördern.  
1031 Deshalb wollen wir zukünftig vor allem mit denjenigen Städten – vor allem in  
1032 Osteuropa – gezielt Kooperationen und Partnerschaften eingehen, die unsere Werte  
1033 teilen. Auch die Mitgliedschaft in bestehenden Städtenetzwerke, die sich für  
1034 Klimaschutz, den humanen Umgang mit Geflüchteten und gegen Rassismus einsetzen,  
1035 wollen wir weiter ausbauen und stärken. Auf EU-Ebene wollen wir die EU-  
1036 Städteagenda nutzen, um noch stärker den Austausch und die Kooperation,  
1037 besonders im Bereich des Klimaschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der  
1038 Energiewende, zu suchen.

#### 1039 Europa in die Berliner Landesverfassung

1040 In der Stadt wollen wir Europa sichtbarer machen. Deshalb fordern wir, ein  
1041 Bekenntnis zur Europäischen Union auch in die Berliner Landesverfassung  
1042 aufzunehmen, wie es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist. Darüber hinaus  
1043 sollen die Bezirke über den Rat der Bürgermeister besser in die Programmplanung  
1044 des Landes Berlin für den Europäischen Sozialfond (ESF) und den Europäischen  
1045 Fond für regionale Entwicklung (EFRE) eingebunden werden. Die Europabeauftragten  
1046 auf Bezirksebene sollen gestärkt werden und regelmäßig über ihre Arbeit  
1047 berichten. Auch das Abrufen von EU-Geldern durch die Bezirksverwaltungen wollen  
1048 wir vereinfachen, indem diese Koordinierungsstelle bei der Antragstellung  
1049 unterstützt.

#### 1050 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

##### 1051 1. Gleichstellung in allen Gesellschaftsbereichen

1052 Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen  
1053 Gesellschaftsbereichen – nicht erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso  
1054 mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien müssen divers und  
1055 geschlechterparitätisch besetzt sein. Um alle Haushaltsmittel  
1056 geschlechtergerecht zu verteilen, wollen wir das Gender-Budgeting weiter  
1057 vorantreiben, indem wir ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung  
1058 einsetzen. Und damit Politik für Frauen endlich als Querschnittsthema in allen  
1059 Bereichen mitgedacht wird, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche,  
1060 datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und  
1061 umsetzen und eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung  
1062 von Frauen sicherstellt.

##### 1063 2. Rechtsextremen Terror aufklären – parlamentarischer Untersuchungsausschuss 1064 zur Terrorserie in Neukölln

1065 Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln steht in einer Linie mit Hanau und  
1066 den NSU-Morden. Es wurden Verbindungen der Berliner Polizei zur Polizeibehörde  
1067 in Hessen bekannt, aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt  
1068 wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden.  
1069 Noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und  
1070 auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr 2012. Wir brauchen Klarheit  
1071 über die Fälle, aber auch darüber, welche Rolle Berliner Polizist\*innen und  
1072 Staatsanwält\*innen spielen. Darum werden wir direkt zu Beginn der neuen

1073 Legislaturperiode einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen.

1074 Aufklärung schafft Vertrauen. Genau das braucht unsere Hauptstadt-Polizei.

### 1075 3. Bürger\*innenräte in Berlin einführen

1076 Wir wollen unsere Demokratie weiterentwickeln und stärken. Dazu wollen wir auf

1077 Bezirks- und Landesebene Bürger\*innenräte etablieren, die sich zu bestimmten

1078 Themen temporär bilden und die Institutionen repräsentativer Demokratie

1079 ergänzen. Die Teilnehmer\*innen an den Räten werden durch das Zufallsprinzip

1080 gelost, um die Bandbreite der Gesellschaft in einem Kiez abbilden zu können.

1081 Gemeinsam mit der Verwaltung können dort Lösungen für konkrete Probleme im Kiez

1082 oder im Bezirk erarbeitet werden. Dadurch wollen wir die demokratischen

1083 Entscheidungsprozesse stärker vor Ort verankern und die Akzeptanz politischer

1084 Entscheidungen auf lokaler Ebene erhöhen.

### 1085 4. Kulturförderung gerechter, transparenter und diverser gestalten

1086 Wir wollen die Berliner Kulturförderung angesichts neuer Entwicklungen und

1087 gesellschaftlicher Realitäten umgestalten: Die gesellschaftliche Diversität muss

1088 sich besser in den kulturellen Angeboten und – nach New Yorker Vorbild – auch in

1089 der Besetzung von Leitungsfunktionen und Förderstrukturen widerspiegeln. Mit

1090 innovativen Programmen und neuen Kooperationsformen wollen wir mehr

1091 Fördergerechtigkeit für diejenigen erreichen, die bislang durchs Raster fallen

1092 und sich von einem unterfinanzierten Projekt zum nächsten hangeln müssen. Dies

1093 erreichen wir nur gemeinsam mit Vertreter\*innen der freien Verbände und

1094 Institutionen sowie mehr Partizipation und Transparenz bei kulturpolitischen

1095 Entscheidungen.

### 1096 5. Eine Willkommensbehörde für Berlin

1097 Berlin soll eine Willkommensbehörde bekommen. Wir haben bereits aus der

1098 „Ausländerbehörde“ das „Landesamt für Einwanderung“ gemacht. Jetzt kommt der

1099 nächste Schritt. In einer Willkommensbehörde sollen alle Kompetenzen für eine

1100 gelingende Einwanderung gebündelt werden – vom Aufenthaltsrecht über den

1101 Integrationskurs bis zur Arbeitserlaubnis. Die Willkommensbehörde soll im

1102 Kompetenzbereich der für Integration zuständigen Senatsverwaltung liegen. Auch

1103 die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht soll vom Innenressort an die

1104 Integrationsverwaltung übertragen werden. Gesetzliche Spielräume wollen wir

1105 konsequent zugunsten der Betroffenen nutzen.

## A6 K-6: Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

### Text

#### 1 6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

2 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“  
3 ausgerufen und kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-  
4 Bahn-Wagen in Milliardenhöhe bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -  
5 sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in der öffentlichen Verwaltung  
6 geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen Bundesländer angehoben,  
7 massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz und die  
8 Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit  
9 von vor der Grünen Regierungsverantwortung.

10 Berlin war heruntergewirtschaftet

11 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat  
12 die Devise ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke  
13 waren kaum noch handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der  
14 Personalabbau. Die Berliner Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals  
15 landeseigene Wohnungsbaugesellschaft „Gemeinnützige Siedlungs- und  
16 Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte Gesellschaft mittlerweile  
17 der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der Beamt\*innen weit  
18 hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische  
19 Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der  
20 Politik ein Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht  
21 mal am Horizont erkennbar.

22 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

23 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit  
24 zurückgegeben. Seit 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf  
25 etwa 24.300 Stellen aufgestockt. Ein Plus von 20 Prozent in einer  
26 Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar um 25 Prozent auf  
27 heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu  
28 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder  
29 in die Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der  
30 „Zukunftspakt Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der  
31 Regierende Bürgermeister, alle zwölf Bezirksbürgermeister\*innen und alle  
32 Senator\*innen auf ein konkretes gemeinsames Vorgehen verständigt, um Berlins  
33 Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt müssen wir den nächsten  
34 Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und Bezirksebene  
35 weiter beschleunigen.

36 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

37 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir  
38 wollen das Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der  
39 Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der  
40 kommenden Legislaturperiode werben wir weiter bei anderen Parteien für eine  
41 echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den Aufbau von

42 Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner  
43 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften  
44 forcieren. Dabei wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen,  
45 Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

46 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

47 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen.  
48 Wir verstehen die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als  
49 zentralen Hebel dafür. Mit einem Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß  
50 von CO<sub>2</sub> reduzieren und die Reduzierung von Treibhausgasen auch noch stärker in  
51 die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der Berliner Klimaschutzrat  
52 soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

53 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

54 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine  
55 leistungsstarke Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral.  
56 Berlin kann nur dann funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng  
57 zusammenarbeiten. Darum werden wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“  
58 und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen relevanten Themen und Aufgaben wollen  
59 wir ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen schließen.  
60 Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen Hauptverwaltung und  
61 Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren wird ein  
62 erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen  
63 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen.  
64 Dafür werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und  
65 die Berliner Verwaltung so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser  
66 Stadt längst ist.

67 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

68 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter  
69 zu stärken. Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz  
70 besetzen, sondern eine echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren  
71 Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der einen Seite und klarer  
72 Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen Bezirksamt“  
73 wird für die Bürger\*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit  
74 geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen,  
75 zum Beispiel dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine  
76 bindende Wirkung haben.

77 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die  
78 Corona-Krise stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen  
79 der öffentlichen Ausgaben und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer  
80 machen – das hat uns die Vergangenheit gelehrt. Zumal auch unterlassene  
81 Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der städtischen  
82 Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt  
83 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem  
84 1,5-Grad-Pfad folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für  
85 eine demokratische, gerechte und vielfältige Hauptstadt.

86 6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern, Berlin klimaneutral und  
87 gerechter machen

88 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016  
89 einen neuen Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der  
90 Stadt, in Schulen, U- und S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal  
91 und Digitalisierung. Die Corona-Krise hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten  
92 Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite aufnehmen. Wir haben dies getan, um die  
93 wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten Jahren und ihre weitere  
94 Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer\*innen wurden mit  
95 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen  
96 wir der Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit  
97 überzogener Sparpolitik begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie  
98 die Krise nur noch teurer macht. Wir bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns  
99 weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem Schuldenabbau, ebenso  
100 wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute  
101 Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin  
102 klimaneutral zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

103 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

104 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei  
105 Vermögen im Wert von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser  
106 Privatisierung öffentlichen Eigentums haben wir in der Landeshaushaltsordnung  
107 einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt, aber nicht genug. Wir wollen  
108 eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und durch  
109 eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir um Mehrheiten über  
110 die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem  
111 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz  
112 und in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des  
113 Abgeordnetenhauses.

114 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns  
115 aber nicht genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil  
116 Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert,  
117 wollen wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand  
118 zurückholen. Der vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht  
119 nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte  
120 Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt. Den Einfluss des  
121 Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen  
122 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50  
123 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und  
124 vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren  
125 setzen wir auf das beste Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private  
126 Partnerships stehen wir kritisch gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten  
127 für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne meist an die Privaten gehen.  
128 Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner Energie-Agentur,  
129 zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur  
130 Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

131 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

132 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche  
133 CO<sub>2</sub>-Emissionen verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer  
134 Maxime auch haushalts- und finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen  
135 wir ein „Klima-Budget“ für die Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne

136 Bereiche hinter den Pariser Klimazielen und dem davon abgeleiteten Berliner  
137 Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer Klimaschutzmaßnahmen im  
138 Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere Sondervermögen  
139 des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an –  
140 Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine  
141 Gesellschaften Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll  
142 ausgeweitet werden und systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser  
143 Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit einer jährlichen Berichtspflicht  
144 gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur Klima- und CO<sub>2</sub>-Bilanz  
145 der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken die  
146 Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der  
147 Ausgabe von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher  
148 Investitionsvorhaben, etwa im Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

149 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

150 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des  
151 Staates wie seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten  
152 Ländersteuern und durch eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur  
153 Umverteilung von Reichtum und zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen  
154 die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer Bodenwertsteuer prüfen und dazu  
155 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt, Spekulation mit  
156 Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu steigern  
157 und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht  
158 es eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten  
159 landeseigenen „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit  
160 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen  
161 kooperieren.

162 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren  
163 arbeiten wir in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten  
164 liegen mittlerweile ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen  
165 wir konkrete Zielmarken formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um  
166 Lohnungleichheiten zwischen Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern  
167 bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass sich die  
168 gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der öffentlichen Förderung  
169 widerspiegelt. Um Bürger\*innen mehr direkte Mitsprache über die Verteilung von  
170 öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt  
171 Bürger\*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

172 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von  
173 Berlin aus auf Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem  
174 Investor\*innen beim Immobilienkauf die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf  
175 Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur Finanzierung nötiger  
176 Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung einer  
177 Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu  
178 gestalten.

179 6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient, digital und vielfältig

180 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür,  
181 dass Anliegen und Anträge von Bürger\*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet  
182 werden, Beteiligung selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig



183 gebaut werden. Zuletzt hat die Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie  
184 elementar es für uns alle ist, eine gut ausgestattete, effiziente Verwaltung zu  
185 haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten Service garantieren kann und in  
186 der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und reibungslos  
187 ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen  
188 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne  
189 gemeinsamer Standards. Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren  
190 und die Mitarbeiterschaft so divers aufstellen, wie unsere Stadt auch  
191 tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind die Basis für  
192 Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die  
193 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

194 Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen  
195 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts  
196 eng zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser  
197 „gesamtstädtischen Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den  
198 wir 2019 geschlossen haben, und zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der  
199 kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen relevanten Themen und Aufgaben  
200 ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen. Die Bezirke wollen  
201 wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort zusätzliche  
202 Handlungsspielräume zu eröffnen.

203 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen  
204 Neuordnung der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu  
205 erreichen, wollen wir einen Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre  
206 Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen. Dies ist in manchen Punkten nur  
207 durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus  
208 möglich.

209 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

210 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene  
211 Berliner Service- und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger\*innenamt  
212 weiterentwickeln, das so viele Verwaltungsdienstleistungen wie möglich  
213 automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel für die Nutzer\*innen und  
214 hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können sich deren  
215 Mitarbeiter\*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

216 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City  
217 wollen wir digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen  
218 verhindert Stau und sorgt dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind,  
219 wo sie gebraucht werden. Intelligentes Müllmanagement sorgt für saubere Kieze,  
220 die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird automatisch mit den Geburten- und  
221 Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

222 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für  
223 Digitalisierung, die derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der  
224 Wirtschaftsverwaltung liegen, besser strukturieren und zusammenführen. Wir  
225 brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat, Ressourcen und Budgets.  
226 Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über 100  
227 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-  
228 Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen  
229 Gebäude ans Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen,

230 inwieweit ein landeseigenes Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller  
231 meistert. Auf Landesebene wollen wir die Verantwortung für die Digitalisierung  
232 in einer zentralen Steuerungsstruktur zusammenfassen, anstatt es weiterhin über  
233 mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das Zusammenspiel dieser neuen  
234 zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir auch in jedem  
235 Bezirksamt eine\*n zentrale\*n Digitalisierungsbeauftragte\*n einführen und die  
236 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

237 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der  
238 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben  
239 Bürger\*innen und die Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare  
240 Verantwortlichkeiten, „privacy by design“, schnell reagierende Beschwerdestellen  
241 und ein\*e gut ausgestattete IT-Sicherheitsbeauftragte\*r sind für uns integraler  
242 Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt für die Effizienz: Mit zentralem  
243 Management der Hardware- und Softwarestrukturen und Beauftragten der Bezirke  
244 sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir den richtigen  
245 Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem Eingehen  
246 auf besondere Bedürfnisse.

247 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für  
248 Verwaltungsmitarbeiter\*innen als auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale  
249 Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen Bestandteil von Weiterbildungen der  
250 Verwaltungsmitarbeiter\*innen werden.

251 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

252 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter\*innen. In den kommenden  
253 Jahren wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden,  
254 für die anderen stehen große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter\*innen  
255 zu gewinnen, setzen wir auf gute Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und  
256 gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns gelungen, dass Beamt\*innen mit dem  
257 Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der Besoldung anderer  
258 Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-Option  
259 machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger\*innen, Austauschprogramme  
260 auch mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder  
261 Möglichkeiten, die Laufbahn zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

262 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den  
263 (Sicherheits-) Behörden

264 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische  
265 Enquete-Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der  
266 Berliner Verwaltung und den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu  
267 erfassen, diese abzubauen und die Verwaltung offener und diverser zu machen.  
268 Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können dort ihre  
269 diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven  
270 potentiell Betroffener sicherstellen.

271 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf  
272 den höheren Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze  
273 Menschen, People of Color, queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder  
274 Menschen aus bildungsferneren Milieus attraktiver zu machen, setzen wir bei  
275 Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle Führungskräfte der Verwaltung  
276 sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

---

277 6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort entscheidet sich unser

278 Zusammenleben

279 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir  
280 gemeinsam Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig  
281 sind. Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch  
282 gegeben. Das Spardiktat des vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke  
283 ausbluten lassen. Wir haben seitdem die Personalstellen in den Bezirken um 20  
284 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25 Prozent. Und wir haben  
285 Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg fortzusetzen,  
286 wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger\*innendienstleistungen in  
287 den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert  
288 sowie mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

289 Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen

290 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln  
291 Wettbewerb um den billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk  
292 billiger erfüllt wird, müssen alle nachziehen, was zu einer fatalen  
293 Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir durchbrechen, indem wir die Kosten-  
294 und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen neben Kostendaten auch  
295 Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht alleiniges Merkmal  
296 guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir wollen  
297 einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die  
298 Logik der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die  
299 Prüfung, ob die Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker  
300 verankern.

301 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt  
302 werden, da mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir  
303 wollen gemeinsames Ringen um den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der  
304 Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die Bezirke an Grenzen kommen. Darum  
305 wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse effizienter gestalten, um  
306 Kosten zu senken.

307 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen  
308 abgerechnet werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum  
309 abgebildet werden. Manche Angebote zeichnen sich durch viele Besucher\*innen aus,  
310 andere durch eine lange Verweildauer. Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-  
311 Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und Weiterbildung in einem  
312 Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die Zuweisungen in  
313 anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung  
314 bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

315 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

316 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten  
317 Jahren haben wir Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu  
318 verwenden haben, um ein Drittel zurückzufahren und Mittel direkt in den  
319 Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch gelten: Sonderprogramme  
320 dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr zur  
321 Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

322 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel  
323 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der

324 Erarbeitung des Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmenvorgaben  
325 wollen wir absenken und konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive  
326 hoher Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards.

327 Mehr Demokratie in den Bezirken

328 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses  
329 Versprechen wollen wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen.  
330 Bisher werden Bezirksämter nach Proporz besetzt – die Parteien stellen  
331 Stadträt\*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis, anders als auf Bundes- und  
332 Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt. Dieses Prinzip  
333 wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird  
334 für die Bürger\*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der  
335 Verantwortung stehen.

336 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die  
337 Bezirksverordnetenversammlung (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVV  
338 in einigen Bereichen über Beschlussrechte und können überall sonst lediglich  
339 Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir wollen mehr BVV-Beschlüsse  
340 mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete die Möglichkeit  
341 erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem  
342 wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

343 Auch die direkte Beteiligung von Bürger\*innen wollen wir stärken. Wir wollen  
344 Bürger\*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger\*innen-Haushalte wird  
345 bisher ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze  
346 evaluieren und die besten in allen Bezirken etablieren.

347 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den  
348 Bezirksverwaltungen stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch  
349 gilt künftig: Werden neue Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, müssen  
350 dem auch die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen folgen.  
351 Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein zentrales Kriterium. Ziel  
352 ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

353 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

354 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

355 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines  
356 Bodensicherungsgesetzes und eine Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt:  
357 Das Grundstockvermögen darf in seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert  
358 werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in außergewöhnlichen Notsituationen mit  
359 einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass Berlins Vermögen nicht  
360 nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische  
361 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur  
362 langfristigen Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass  
363 in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand  
364 sind, und vergeben öffentliche Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

365 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und  
366 Bezirken

367 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder  
368 Sektor – Verkehr, Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes

369 jährliches Klima-Budget aus. Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der  
370 daraus abgeleitete CO<sub>2</sub>-Einsparpfad für Berlin. Wird der nicht eingehalten,  
371 müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten zusätzlicher Treibhausgas-  
372 Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im Haushalt oder  
373 ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin transparenter,  
374 kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische  
375 Entscheidungsfindung ein.

### 376 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

377 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene  
378 verankert. Dies führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren  
379 Zuständigkeiten. Für uns gilt der Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die  
380 dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen Arbeitsbereiche, von der Planung bis  
381 zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen Verwaltung verantwortet  
382 werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit auch das  
383 notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres  
384 Zusammenspiel der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten  
385 öffentlichen Aufgaben und Bürger\*innendienstleistungen Zielvereinbarungen  
386 abschließen. Damit beschleunigen wir auch die Modernisierung der Stadt,  
387 beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei Hauptstraßen und dem  
388 Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen komplett  
389 auf Bezirksebene angesiedelt ist.

### 390 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

391 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives  
392 digitales Bürger\*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort  
393 online, medienbruchfrei und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die  
394 bundesgesetzlichen Voraussetzungen schaffen und die internen Verwaltungsabläufe  
395 vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das Hin und Her zwischen  
396 verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden. Wir Grüne  
397 tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den  
398 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter\*innen  
399 umfassend geschult werden.

### 400 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

401 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung  
402 der Bezirke basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen  
403 Wettbewerb um den billigsten Preis. Das führt zu weniger Qualität und  
404 unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner Bezirken. Wir wollen  
405 Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste Leistung,  
406 nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit  
407 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.

A7 K-7: Wir sind bereit, Verantwortung für die Zukunft Berlins zu übernehmen

Antragsteller\*in: Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

## Text

### 1 7. Wir sind bereit, Verantwortung für die 2 Zukunft Berlins zu übernehmen

3 Als wir 2016 Verantwortung übernommen haben, war das Wort „Klima“ in Berlins  
4 Regierung ein Fremdwort. Über Jahrzehnte war die Substanz der Stadt ausverkauft.  
5 Die Bezirke waren kaum noch handlungsfähig, Busse und Bahnen fuhren mit der  
6 letzten Schraube. Eine aktive Mietenpolitik gab es nicht, in Schulen war seit  
7 Jahren nicht investiert worden, genauso wenig wie in Krankenhäuser. Polizei und  
8 Feuerwehr waren deutlich schlechter bezahlt als in den anderen Bundesländern,  
9 Sozialarbeiter\*innen waren in vielen Bezirken nicht mehr existent. Und während  
10 in vielen Städten der Welt längst für die Verkehrswende gearbeitet wurde, hatten  
11 die Regierenden in Berlin Autobahnen mitten durch die Stadt im Kopf.

12 Wir haben umgesteuert – Berlin hat die Entscheidung

13 Wir haben umgesteuert. Es hat viel Kraft gekostet, nicht alles hat auf Anhieb so  
14 funktioniert, wie wir es uns vorgestellt haben und wir sind noch weit von  
15 unserer Vision entfernt. Aber wir haben eine Tür aufgestoßen, die Weichen sind  
16 neu gestellt. In diesem Programm haben wir beschrieben, wo Berlin nach der  
17 Übernahme von Regierungsverantwortung durch uns Grüne steht und wo wir  
18 hinwollen. Jetzt entscheidet sich, ob Berlin den Weg in eine gute Zukunft  
19 tatsächlich geht.

20 Der Blick in die Welt zeigt – es stehen zwei Optionen zur Debatte: Der Weg der  
21 rechten Populist\*innen, der Verfechter illiberaler Demokratien, der  
22 Klimaleugner\*innen und Spalter\*innen. Und der Weg in eine klimaneutrale,  
23 lebenswerte und gerechte, eine offene und freie Weltstadt der Zukunft. Wir Grüne  
24 stehen für den zweiten Weg und wir sind überzeugt: Die Zeit ist reif und es ist  
25 unsere Zeit.

26 Ein Bündnis der Berliner Zukunftskräfte

27 Berlin in die Zukunft zu führen geht nicht alleine. Als Partei, die aus vielen  
28 Bewegungen entstanden ist, wissen wir, Zukunft wird nicht in Verwaltungen  
29 entwickelt, sondern in breiten gesellschaftlichen Bündnissen. Aber es braucht  
30 Verantwortliche in Parlament und Regierung, die bereit sind und dafür brennen,  
31 gemeinsam mit den Menschen in Berlin die Zukunft zum Guten zu gestalten. Denn  
32 wir wissen, dass wir nur zusammen noch viel weiter kommen.

33 Genau darum geht es uns. Mit dem Mandat der Berliner\*innen sind wir bereit,  
34 Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen.